

WIRTSCHAFTLICH-SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN  
IN DEN REFORMLÄNDERN



Bibliothek ZBORNICI, Band 11

Copyright © 2001  
Institut für Sozialwissenschaften IVO PILAR in  
Zusammenarbeit mit dem Zentrum zur Förderung  
der Soziallehre der Kirche

# WIRTSCHAFTLICH-SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN IN DEN REFORMLÄNDERN

Herausgegeben von  
Stjepan Baloban

**Institut**  
društvenih znanosti  
**Institute**  
of Social Sciences  
IVO **PILAR**  
  
Zagreb, 2001

---

Bibliothek ZBORNICI, Band 11

**WIRTSCHAFTLICH-SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN IN DEN REFORMLÄNDERN**

*Herausgeber:*  
Stjepan Baloban

*Rezensenten:*  
Josip Grbac  
Ivan Rogić

*Verlag:*  
Institut für Sozialwissenschaften IVO PILAR in  
Zusammenarbeit mit dem Zentrum zur Förderung  
der Soziallehre der Kirche

*Übersetzung aus dem Kroatischen:*  
Anna Margarete Mikić

*Fachliche Lektorierung:*  
Josip Baloban  
Marijan Valković

*Sprachliche Lektorierung und Korrektur:*  
Anna Margarete Mikić

*Grafische und technische Redaktion und Umschlaggestaltung:*  
Zlatko Rebernjak

*Herstellung:*  
TERCIJA, Zagreb

*Druck:*  
M.A.K.-GOLDEN, Zagreb

*Auflage:*  
1000 Exemplare

---

## VORWORT

---

Nach der historischen Wende der Jahre 1989/90 kam es zu großen Veränderungen auf dem europäischen Kontinent. Für die ehemals kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas zog eine neue Ära herauf, anfangs voller Hoffnung und hoher Erwartungen, die sich auf verschiedene Bereiche des Lebens erstreckten, auf Wirtschaft, Politik, Kultur, Religion ... Und es begann der Prozess der 'Transition', des Übergangs von einer Lebensweise zu einer anderen, von einem Wirtschaftssystem zu einem anderen, von einer politischen Ordnung zu einer anderen. Allgemein gesehen umfasst der Begriff 'Transformation' alle tiefgreifenden Veränderungen in den postkommunistischen Ländern, die zu Transitionsländern wurden. Jedes dieser Länder Mittel- und Osteuropas ist spezifisch und erlebt auch seine spezifische Transformation. Doch bei aller Besonderheit weist der Prozess auch eine ganze Reihe von gemeinsamen Zügen auf, sodass die Länder insgesamt Transformationsländer genannt werden. Ihr Schicksal hängt in hohem Maße von der Haltung der Europäischen Union gegenüber dem jeweiligen, im Prozess der Demokratisierung und Modernisierung befindlichen Lande ab.

Seit 1990 kommen die Sozialethiker Mittel- und Osteuropas, unter der Leitung von Prof.

DDr. Rudolf Weiler, auf verschiedenen Symposien zusammen, um auf der Grundlage der Soziallehre der Kirche aktuelle soziale Themen zu besprechen. Außer in Wien und Österreich, wo bislang die meisten dieser Tagungen stattfanden, wurden solche Symposien in jüngster Zeit auch in einigen Reformländern organisiert.

Vom 20. bis 23. Februar 2000 fand in Zagreb, also in Kroatien, einem der mitteleuropäischen Länder, die Sozialethikertagung Zagreb 2000 statt. Das Thema lautete 'Wirtschaft und Politik unter besonderer Berücksichtigung der Transformationsländer'. Veranstalter war das Zagreber 'Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche' der Kroatischen Bischofskonferenz, mit Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung, die in Zagreb ein Büro unterhält, und unter Mitwirkung des Vereins zur Förderung der katholischen Sozialethik in Mittel- und Südosteuropa, des Instituts für den Donauraum und des Dr. Karl Kummer-Instituts für Sozialreform und Sozial- und Wirtschaftspolitik (alle Wien).

Das Zagreber Symposium konnte Teilnehmer aus Kroatien und acht weiteren europäischen Ländern versammeln, nicht nur Sozialethiker, sondern Personen unterschiedlichster Berufe, Fachgebiete und gesellschaftlicher Stellung, wie der Teilnehmerliste im Anhang des Buches zu entnehmen ist. Die große Anzahl kroatischer Intellektueller unter den Teilnehmern sowie das lebhafteste Interesse der Medien zeigen, wie lohnend es ist, in den einzelnen Reformländern solche Symposien zu veranstalten, da auf diese Weise das Interesse für einige gemeinsame Themen geweckt werden kann. Außerdem bietet sich aber auch ei-

ne günstige Gelegenheit zu gegenseitigem Kennenlernen und Gedankenaustausch.

In der Gesellschaft und im Staat von heute wird der Wirtschaft ein immer höherer Stellenwert beigemessen. Zehn Jahre nach der historischen Wende treten in den Reformländern mehr und mehr wirtschaftliche und politische Probleme zu Tage, die zum einen aus dem ehemaligen kommunistischen System, zum anderen aber auch aus Fehlern und Versäumnissen der vergangenen zehn Jahre hervorgegangen sind. Dieser Tatsache waren sich die Organisatoren der Tagung bewusst, als sie Themen und Referenten auswählten, welche die Lage der Reformländer und ihre Beziehung zu Europa und der Welt aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchteten und analysierten. Da sowohl bei den Vorträgen als auch auf der Tagung insgesamt die Wirtschaft das vorherrschende Thema war, haben wir dem vorliegenden Buch den Titel *Wirtschaftlich-soziale Herausforderungen in den Reformländern* gegeben. Es enthält – bis auf eins – die Referate der internationalen Sachverständigen sowie der kroatischen Sozial- und anderen Wissenschaftler, die alle mit hoher Fachkompetenz auf aktuelle Themen eingehen.

Drei der Autoren ordnen ihre Themen in den weiteren Rahmen ‘Transformation und Europa’ ein: J. M. Schnarrer, *Reformdemokratien und Europa: wirtschaftlich-politische Aspekte aufgrund des Wandels von Systemen und Mentalitäten*, V. Zsifkovits, *Globalisierung und Ethik*, und M. Valković, *Bedeutung der Soziallehre der Kirche in den Reformländern*. Die anderen drei Artikel zeichnen ein Bild von Kroatien als Reformland: Đ. Njavro / V. Botrić, *Wirtschaft und Politik in Kroatien*, V. Šakić, *Die*

*Privatisierung in den Augen der kroatischen Öffentlichkeit, und V. Puljiz, Soziale Sicherheit zwischen Wirtschaft und Politik in Kroatien.*

Die Reihenfolge der Texte im vorliegenden Buch ist dieselbe wie die der Referate auf der Tagung.

Alle sechs Beiträge sowie überhaupt das ganze Buch sind auf Kroatisch und Deutsch zu lesen. Für den kroatischen Begriff *Transitionsländer* hat das Deutsche zwei Entsprechungen, *Transformationsländer* und *Reformländer*. Da in der einschlägigen Literatur der letztere Terminus eindeutig überwiegt, haben wir uns in unseren Übersetzungen vorwiegend für ihn entschieden. Bei den Titeln und Anmerkungen trägt das Buch der den einzelnen Autoren eigenen Methodologie Rechnung. Außer den Referaten enthält der Sammelband auch die zu Beginn des Symposiums verlesenen Grußworte sowie die Teilnehmerliste und Anmerkungen über die Autoren.

Die Veranstaltung der Sozialethikertagung – Zagreb 2000 und die Erstellung des vorliegenden zweisprachigen Buches wurden ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung und umfassende Hilfe jeglicher Art, die uns von verschiedenen Personen und Institutionen entgegengebracht wurde.

Mit besonderer Wertschätzung und Dankbarkeit möchte ich als Ersten Herrn Prof. DDr. Marijan Valković nennen, der die Organisation des Symposiums und die Erstellung dieses Buches von Anfang an begleitet hat. Von der Auswahl der Themen und Referenten, über seinen eigenen Vortrag, bis hin zur sachverständigen Durchsicht aller auf Deutsch übersetzten Texte – durch all dies hat er einen unschätzbaren Beitrag geleistet. Doch leider sollte es ihm nicht vergönnt sein, das



Erscheinen des Buches zu erleben. Er starb am 3. Dezember 2000 in Zagreb, im Ruf eines emeritierten Professors der Katholischen Theologischen Fakultät Zagreb. Prof. Valković, in den Sozialethikerkreisen Mittel- und Osteuropas und anderen internationalen theologischen Vereinigungen allseits bekannt und anerkannt, nahm stets Anteil an den Sozialethikertreffen und war regelmäßig aktiver Teilnehmer. In der Zeit des Kommunismus verstand er es, durch seine Aktivitäten die Verbindung von Kroatien mit Europa aufrecht zu erhalten. Als Sozialethiker und Moraltheologe hinterlässt er tiefe Spuren im Reformland Kroatien.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern des Zentrums zur Förderung der Soziallehre der Kirche, die an der Organisation der Tagung und der Erstellung des Buches mitgewirkt haben, insbesondere bei den Übersetzern.

Erstellung und Drucklegung wurden ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung von mehreren Seiten. Der Verein zur Förderung der katholischen Sozialethik in Mittel- und Osteuropa (Wien) übernahm neben dem Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche (Zagreb) die Kosten der Übersetzungen, während die Hanns-Seidel-Stiftung einen Beitrag zu den Druckkosten geleistet hat. Besonders danken wir Baronin Angela Adamovich und Herrn Prof. em. DDr. Rudolf Weiler, durch deren Hilfe das Buch zweisprachig erscheinen kann.

In den vergangenen Jahren haben einzelne Mitarbeiter des Zentrums zur Förderung der Soziallehre der Kirche und des Instituts für Sozialwissenschaften 'Ivo Pilar' in Zagreb des Öfteren gemeinsam an verschiedenen Projekten gearbeitet

und damit gezeigt, dass fächerübergreifende Zusammenarbeit zwischen Sozialethikern und Soziologen in den Reformländern möglich ist. Diese Zusammenarbeit schlägt sich nun in besonderer Weise im Druck des vorliegenden Buchs nieder. Wir bedanken uns beim Institut Pilar und seinem Direktor, Prof. Dr. Šakić, für die finanzielle Hilfe beim Druck sowie für die Bereitschaft, gemeinsam mit dem Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche Mitherausgeber dieses Sammelbandes zu sein.

Sozialethikern wie Sozialwissenschaftlern bietet der Inhalt des Buches 'Wirtschaftlich-soziale Herausforderungen in den Reformländern' eine Fülle von interessanten und nützlichen Informationen sowie Anreize für weitere Erörterung und Erforschung.

Stjepan Baloban

---

Grußworte .....	13
Johannes Michael Schnarrer <i>Reformdemokratien und Europa: wirtschaftlich-politische Aspekte aufgrund des Wandels von Systemen und Mentalitäten</i> .....	25
Đuro Njavro, Valerija Botrić <i>Wirtschaft und Politik in Kroatien</i> .....	63
Vlado Šakić <i>Die Privatisierung in den Augen der kroatischen Öffentlichkeit</i> .....	91
Valentin Zsifkovits <i>Globalisierung und Ethik</i> .....	121
Marijan Valković <i>Die Bedeutung der Soziallehre der Kirche in den Transformationsländern</i> .....	143
Vlado Puljiz <i>Soziale Sicherheit zwischen Wirtschaft und Politik in Kroatien</i> .....	179
Programm .....	201
Teilnehmerinnen und Teilnehmer .....	205
Autoren .....	211



**ZENTRUM ZUR FÖRDERUNG DER  
SOZIALLEHRE DER KIRCHE**

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Sozialethikertagung Zagreb 2000!

Im Namen des Zentrums zur Förderung der Soziallehre der Kirche der kroatischen Bischofskonferenz, einem der Veranstalter, möchte ich Sie zur Eröffnung dieses internationalen Symposiums in Zagreb herzlich willkommen heißen. Die Tagung findet in Kroatien statt, einem der Länder Mitteleuropas, das die volle Mitgliedschaft in der Europäischen Union in möglichst naher Zukunft anstrebt. Ermöglicht wurde die Veranstaltung durch die allumfassende Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung und Baronin Angela Adamovich sowie auch durch die Hilfe des Vereins zur Förderung der katholischen Sozialethik in Mittel- und Südosteuropa und Prof. em. DDr. Rudolf Weiler.

Durch ihr Thema ist die Tagung aktuell und durch die Zusammensetzung der Teilnehmerenschaft spezifisch. Das Thema, 'Wirtschaft und Politik unter besonderer Berücksichtigung der Transformationsländer', ist sowohl für die Re-

formländer als auch für das wirtschaftlich und politisch zusammenwachsende Europa wichtig. Unter den Anwesenden befinden sich neben Teilnehmern aus Kroatien auch Teilnehmer aus Österreich, Deutschland, Ungarn, Tschechien, Slowenien, der Slowakei, der Ukraine sowie aus Bosnien-Herzegowina, Personen unterschiedlicher Berufe und Fachrichtungen, die in Gesellschaft und Kirche unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen und verantwortungsvolle Ämter bekleiden.

Mein Dank gilt den verehrten Referenten aus dem In- und Ausland für ihre Bereitschaft, mit der sie die Bearbeitung dieser äußerst anspruchsvollen Themen auf sich genommen haben. Gleichzeitig begrüße ich auch die Vertreter der Medien. Es wäre uns lieb, wenn Sie das, was hier auf diesem internationalen Symposium geschieht, der breiten kroatischen Öffentlichkeit näher brächten.

Durch seine Mitwirkung an der Organisation dieser Tagung möchte das Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche, dessen Aufgabe die Förderung der katholischen Soziallehre in Kroatien ist, einen Beitrag leisten zur Entfaltung der 'Kultur des Dialogs' in Kroatien und Europa. Das Ziel des Symposiums liegt darin, den Teilnehmern Gelegenheit zum Gedankenaustausch zu geben - zu Themen, die für die ehemals kommunistischen Länder, aber auch für Europa als Ganzes äußerst wichtig sind. Allen Mitwirkenden wünsche ich ein segensreiches Schaffen und den aus dem Ausland angereisten Teilnehmern in einem auch einen angenehmen Aufenthalt in Zagreb und Kroatien.

Prof. Dr. Stjepan Baloban,  
Leiter

## **HANNS-SEIDEL-STIFTUNG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Hanns-Seidel-Stiftung, in deren Namen ich Sie sehr herzlich begrüßen möchte, ist es eine große Ehre, diese Tagung zusammen mit dem Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche und seinem Leiter, Prof. Stjepan Baloban, hier in Zagreb veranstalten zu dürfen. Auch Herrn Prof. Rudolf Weiler, der von Wien aus diese Tagung mit vorbereitet hat und jetzt hier begleitet, möchte ich sehr herzlich begrüßen.

Für alle, die uns nicht kennen: die Hanns-Seidel-Stiftung ist eine der bayrischen CSU nahe stehende deutsche politische Stiftung. Sie ist nicht nur in Deutschland, sondern, wie man heute hier sieht, auch außerhalb, in der Erwachsenenbildung tätig, und zwar auf der Grundlage eines christlich-humanistischen Menschenbildes. Diese Tagung mit dem neutralen Thema 'Wirtschaft und Politik unter besonderer Berücksichtigung der Transformationsländer' dient durch die Betrachtung aus dem Blickwinkel der christlichen Sozialethik einem wesentlichen Anliegen unsrer Stiftungsarbeit. Auf der Suche nach Antworten auf die enormen und vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit, ist die Besinnung auf die gemeinsamen Wurzeln unentbehrlich. Für die Länder West-, Mittel- und Osteuropas ist dies die von christlich-abendländischen Werten geprägte gemeinsame Kultur.

So wünschen wir, dass Sie, die Fachleute aus Wirtschaft und Sozialpolitik und die Vertreter der katholischen Soziallehre, die Sie aus den verschiedenen Teilen Europas hier zusammengekommen sind, im Lehren und Lernen und im

Austausch von Erfahrungen ein kleines Stück weiterkommen auf dem Weg zu einer guten und gerechten Ordnung.

Baronin Angela Adamovich  
Leiterin des Büros in Zagreb

### **VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER KATHOLISCHEN SOZIALETHIK IN MITTEL- UND SÜDOSTEUROPA**

Hohes Präsidium, Baronin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Namens des Vereins zur Förderung der katholischen Sozialethik in Mittel- und Südosteuropa darf ich diese Tagung der Vertreter der Sozialethik und der katholischen Soziallehre in diesem Raum eröffnen. Seit dem Jahr 1990 ist es diesem Verein möglich, vor allem die katholischen Fachleute der Sozialethik über die Staatsgrenzen hinweg zu Tagungen einzuladen. Unter den schwierigen politischen Verhältnissen der Jahre vorher war es uns schon gelungen – etwa unter dem Titel ‘Societas Ethica’ oder auch pastoralen Tagungen – unsere Verbindung aufzubauen. Dies galt vor allem auch für Kollegen aus Kroatien. Wir haben es als besondere Verpflichtung empfunden, bis heute aus der günstigen Situation Österreichs heraus, von der freien Welt heraus diese Verbindungen zu pflegen und auszubauen. Natürlich lässt sich das schlimme Erbe der Geschichte in den postkommunistischen Ländern hinsichtlich der Kenntnis und der Einschätzung der Bedeutung der katholischen Soziallehre im politischen, wirtschaftlichen oder religiösen Leben nicht leicht wiedergutmachen.



Daher ist unsere erste regionale Tagung in Zagreb zunächst dem traditionellen Verständnis der allgemeinen Grundsätze und Prinzipien der Sozialethik gewidmet, um daraus die Anwendbarkeit auch der Lehren der katholischen Soziallehre im konkreten gesellschaftlichen Kontext besser verstehen zu können. Kurz darauf werden wir uns in Wien in der regelmäßigen Jahresversammlung unserer Vereinigung wieder ein spezielles Thema vornehmen, nämlich die Sicht auf die Bedeutung der sog. 'shareholder-values' für Wirtschaftswachstum, Einkommens- und Vermögensverteilung.

Ich freue mich auch, darauf hinweisen zu können, dass solche lokale Tagungen wie diesmal in Zagreb schon seit einigen Jahren mit internationaler Beteiligung unter Hilfe der Österreichischen Bischofskonferenz, Stellen der katholischen Kirche vor Ort und international tätiger christlicher Institute, wie hier der Hanns-Seidel-Stiftung, stattfinden konnten. So waren wir im Nachbarland Slowenien bereits 1996 in Maribor gegenwärtig mit dem Thema 'Gesellschaftsordnung und Privateigentum am Beispiel der Privatisierung (insbesondere des Bankwesens)'. Erschienen ist der Tagungsbericht, herausgegeben von Ivan Štuhec mit dem Titel 'Lastnina in kapital. Zbornik mednarodnega simpozija, Družina', Ljubljana 1997. Weitere Tagungen gab es noch 1997 in jährlicher Abfolge in der Slowakei (in Modra/Harmonia) zum Thema 'Arbeitslosigkeit in den ehemaligen sozialistischen Ländern und in den westlichen Demokratien', 1998 in Velehrad in Tschechien mit dem Titel 'Die sozialethische Sicht der ökonomischen Transformation der Tschechischen Republik' sowie in Budapest mit dem Thema 'Die Bedeutung der katholischen So-

ziallehre für die Entwicklung der mittel- und süd-  
osteuropäischen Staaten’.

Alle Referate des Symposiums wurden in der  
Landessprache und in Deutsch gehalten und  
dann auch publiziert. Die Publikation der Ta-  
gung in Budapest 1999 konnte auch als Fest-  
schrift zur Emeritierung unseres Kollegen Vilmos  
Lenhardt erscheinen. Bei der Tagung in Budapest,  
die mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-  
Stiftung stattgefunden hatte, kam es zum Kon-  
takt mit Freiherrn von Solemacher von der  
Hanns-Seidel-Stiftung, der die Förderung dieser  
Tagung vorgeschlagen hatte. Wir danken es vor  
allem Kollegen Stjepan Baloban, dieses Angebot  
übernommen und Thema und Organisation ge-  
meinsam mit Hilfe von Baronin Angela Adamo-  
vich vorbereitet zu haben.

Im Programm ist es gelungen, die Zusam-  
menarbeit zwischen mit in den Prinzipien der ka-  
tholischen Soziallehre und der Aktualität ihrer  
Anwendung vertrauten internationalen Fachleu-  
ten und mit Experten der Sozialwissenschaften  
hier aus Kroatien zustande zu bringen. Es ist  
wichtig zu betonen, dass der katholischen Sozial-  
lehre und Sozialethik keine ideologischen Rezep-  
te zur Lösung gesellschaftlicher Fragen, aber  
wichtige Orientierungen und Ordnungsprinzi-  
pien aus dem christlichen Menschenbild in Ver-  
bindung mit den Grundwerten und der Men-  
schenwürde zur Verfügung stehen. Hinzu kom-  
men das Sachwissen und die Sachkenntnisse der  
Sozialwissenschaften, die in Lehre und Forschung  
frei ausgeübt werden, deren Vertreter wir hier be-  
sonders begrüßen dürfen.

Em. Univ. Prof. DDr. Rudolf Weiler  
Obmann

## **KROATISCHE BISCHOFSKONFERENZ ERZBISTUM ZAGREB**

Liebe Brüder und Schwestern im Glauben,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Freude richte ich dieses Grußwort an die Teilnehmer der internationalen Sozialethikertagung, an dessen Organisation auch das Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche der Kroatischen Bischofskonferenz mitgewirkt hat.

Für ihre Unterstützung bei der Organisation bedanke ich mich bei der Hanns-Seidel-Stiftung, beim Verein zur Förderung der katholischen Sozialethik, beim Institut für den Donaauraum und Mitteleuropa sowie beim Dr. Karl Kummer-Institut für Sozialreform und Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Das Thema der Tagung, 'Wirtschaft und Politik unter besonderer Berücksichtigung der Transformationsländer', die Titel der einzelnen Vorträge sowie auch die geschätzten und namhaften Referenten aus dem In- und Ausland bürgen dafür, dass diese Tagung nicht nur für uns hier in Kroatien, sondern auch für unsere europäischen Nachbarländer ein Gewinn wird.

Allen Teilnehmern wünsche ich ein segensreiches und von Erfolg gekröntes Schaffen und all unseren verehrten Gästen einen angenehmen Aufenthalt in Zagreb und Kroatien.

Mit dem Wunsch um die Fülle des göttlichen Segens grüße ich Sie alle aufs Herzlichste.

Mons. Josip Bozanić  
Erzbischof von Zagreb  
Vorsitzender der kroatischen Bischofskonferenz

**KOMMISSION DER  
BISCHOFSKONFERENZEN DER  
EUROPÄISCHEN UNION  
UND KOMMISSION FÜR  
GESELLSCHAFTLICHE UND SOZIALE  
FRAGEN DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ**

Es ist mir eine Freude und Ehre, Ihnen die Grüße und guten Wünsche von Herrn Bischof Homeyer, dem Präsidenten der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft und Vorsitzenden der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz überbringen zu dürfen.

Die epochale Zäsur von 1989/90 hat den Horizont auf das ganze Europa geöffnet und die europäischen Staaten und Völker zugleich vor die Aufgabe gestellt, ihr Zusammenleben über die bestehenden Verträge und Institutionen hinaus neu zu gestalten. Dies wird nicht nur im Zuge eines politisch-pragmatischen Handelns geschehen können, vielmehr stellt sich erneut die Frage: Welche sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leitvorstellungen werden für das künftige Europa maßgebend sein?

Hier kommt dem Beitrag der katholischen Soziallehre eine unverzichtbare Bedeutung zu, tritt sie doch ein für eine europäische Wertegemeinschaft, in deren Zentrum die Achtung der Menschenwürde und Menschenrechte, eine gerechte, sowohl dem Einzelnen wie auch dem Gemeinwohl verpflichtete Sozial- und Wirtschaftsordnung, Demokratie und Rechtsstaat stehen.

Ich darf Sie zu der Initiative beglückwünschen, die Sie mit der Gründung des Zentrums zur Förderung der Soziallehre der Kirche hier in

Zagreb ins Werk gesetzt haben. Damit besitzt die katholische Soziallehre in Kroatien einen prominenten Ort und eine gleichsam institutionell gesicherte Stimme. Sie ist zugleich ein Ausdruck dafür, wie ernst die Kirche ihre Gesellschaftsverantwortung nimmt.

Es wäre für alle von Nutzen, wenn der gegenseitige Austausch zwischen den verschiedenen Zentren, die es in den europäischen Ländern zur Fortentwicklung und Verbreitung der katholischen Soziallehre gibt, verstärkt werden könnte. Professor Rauscher, der Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach – seine Grüße und guten Wünsche darf ich Ihnen ebenfalls übermitteln – wäre jedenfalls an einer solchen Zusammenarbeit sehr interessiert.

Sehr geehrter Herr Professor Baloban, ich danke herzlich für die Einladung und die gastliche Aufnahme. Ich wünsche Ihrer Sozialethikertagung, die dem Thema ‘Wirtschaft und Politik unter besonderer Berücksichtigung der Transformationsländer’ gewidmet ist, einen guten Verlauf, interessante und weiterführende Gespräche, mit einem Wort: viel Erfolg.

Günter Baadte  
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
in Mönchengladbach

**KATHOLISCH-THEOLOGISCHE  
FAKULTÄT  
DER UNIVERSITÄT ZAGREB**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Zagreb möchte ich Sie, verehrte Referenten und Teilnehmer an der Sozialethikertagung, aufs Herzlichste begrüßen und willkommen heißen.

Zwischen Wirtschaft und Politik kann der Mensch verloren gehen. Der Wunsch der Reformländer, in aller Eile – d.h. ohne die dazu erforderliche Entwicklung und Zeit – die Industrieländer einzuholen, kann den Menschen außer Acht lassen. Dann ist er ‘Ware’ und ‘Arbeitskraft’ statt Subjekt der Arbeit und wird zum Produktionsmittel, statt Schöpfer und Ziel des Herstellungsprozesses und der Politik zu sein, wie dies Papst Johannes Paul II. sieht (vgl. LE 7). Und deshalb, so sagt der Papst, stoße eine Analyse der Arbeit und des Verhältnisses zwischen Wirtschaft und Politik auch bis in den Kern der ethisch-sozialen Problematik vor.

Obwohl für die sog. Proletarier- oder Arbeiterfrage vom 19. Jahrhundert bis heute unterschiedliche Lösungen vorgelegt wurden, unterstützen verschiedene Systeme, Ideologien und staatliche Ordnungen auch heute noch flagrante Ungerechtigkeiten. Man sieht sogar ein, dass die globale Entwicklung von Wirtschaft, Zivilisation, Kommunikation und Politik noch neue Formen von Unrecht hervorbringen wird, die diejenigen, die im vergangenen Jahrhundert die Arbeiter im solidarischen Kampf für ihre Rechte vereint haben, noch um einiges übertreffen werden.

Heute kommt es vor allem zu einer 'Proletarisierung der Intellektuellen', sodass neue Solidaritätsbewegungen notwendig sind, die nun nicht mehr nur die Arbeiterschaft, sondern sämtliche Schichten und Strukturen der Gesellschaft erfassen müssen. Es gilt, gegen die Degradierung des Subjekts der Arbeit anzukämpfen, gegen die Ausbeutung des Menschen und die sich ausbreitenden Zonen der Armut und des Hungers (vgl. a.a.O. 8).

Unter den gegenwärtigen veränderten Umständen der politischen Umorientierung und neuen wirtschaftlichen Herausforderungen muss gerade in Kroatien, aber auch in den übrigen Reformländern unbedingt zwischen Wesentlichem und Nebensächlichem unterschieden werden, zwischen dem Menschen auf der einen und der menschlichen Arbeit und Kraft, dem Profit, dem Kapital und der Produktion auf der anderen Seite. Fest steht, dass diese Aufgabe nicht allein durch Politik und unser aller guten Willen zu lösen ist, sondern nur, wenn auch jene Teile der Gesellschaft mitmachen, die in der Lage sind, Herz und Mentalität der Menschen zu verändern. Das kann, wie wir aus der Botschaft des Evangeliums und der Existenz der Kirche wissen, nur mit Gott gelingen. Daher setze ich in diese Tagung die Hoffnung, dass sie bis zur Transparenz neuer Erkenntnisse und Überzeugungen vordringt und diese dann zunächst uns hier in Kroatien und dann auch den Menschen in den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften vermitteln wird.

Das Licht und der Segen des Allmächtigen möge Ihre Arbeit begleiten. Danke.

Prof. Dr. Tomislav Ivančić  
Dekan





---

Johannes Michael  
SCHNARRER

REFORMDEMOKRATIEN  
UND EUROPA:  
WIRTSCHAFTLICH-  
POLITISCHE ASPEKTE  
AUFGRUND DES  
WANDELS VON  
SYSTEMEN UND  
MENTALITÄTEN



## EINFÜHRUNG

---

Einige Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und den viel zitierten Wendeereignissen von 1989 sieht die Welt heute anders aus, als von vielen erwartet wurde. Fraglos war der plötzliche Wegfall der "hohen Trennmauer quer durch Europa 1989/90 ... ein geschichtlicher Einschnitt, ein Kairos. Es ereignet sich höchst selten, dass ein großes totalitäres System ohne großen Krieg zerfällt und den Menschen und Völkern Freiheit und Neugestaltung ermöglicht."<sup>1</sup> Plötzlich hieß es, dass die Reformdemokratien vor den Problemen der *Transformation*<sup>2</sup> stehen. Und so wurde der graue Alltag im Leben vieler Menschen schnell eingeholt.<sup>3</sup> Auf den Siegestaumel über das Bewusstsein, unmittelbar an einem historischen Ereignis teilhaben zu dürfen, das die Möglichkeit zur Gestaltung neuer Wege auf allen Ebenen des öffentlichen und vielen Ebenen des privaten Lebens einschließt, folgte die 'Katerstimmung'. Nach trunkenem Jubel in der Nacht kamen die Kopfschmerzen, die Unsicherheiten des neuen Tages, der eine andere Epoche einläuten sollte ...

## KURZER BLICK IN DIE VORGESCHICHTE DER REFORMDEMOKRATIEN ALS VERSTÄNDNISHILFE FÜR DIE HEUTIGE SITUATION

---

Zuerst übernahm der marxistisch-leninistische Wissenschaftsanspruch des Sozialismus die Funktion einer Religion, denn nur Religionen hatten bis Karl Marx beansprucht, ein ganzheitliches und verbindliches Lehrgebäude aufzurichten. Das, was bei Marx grundgelegt wurde, meinte Lenin noch ausbauen zu müssen. Denn die Aufgabe der Wissenschaft war es nicht, die bestehenden Lehrsysteme zu hinterfragen, sondern Wissenschaft sollte diese Systeme, welche ab 1917 nur noch rein dogmatische und politische sowie systemerhaltende Funktionen hatten, rechtfertigen. Damit wurde die Wissenschaft zu Ideologie, Propaganda und Religionsersatz degradiert. Und so wurde der Marxismus-Leninismus zum geschlossenen System, das die Regierenden mit immunisierten Rechtfertigungen versorgte, weil diese als Wissenschaft getarnt waren.<sup>4</sup>

Von Beginn an musste ein solches System an strukturellen Mängeln und Offenheit – und damit ebenso an Lern- und Anpassungsfähigkeit – leiden. Der intensive Verzicht auf Terror wie bei Stalin führte im Realsozialismus zu Vergreisung und Erstarrung. Das Tragische und Paradoxe schlechthin war aber der Umstand, dass das System dann zu kippen begann, als sein Maß an Totalitarismus ein Minimum unterschritt. Deshalb brach auch nicht der Kommunismus als solcher zusammen, wie mancherorts fälschlicherweise festgestellt wird, sondern vielmehr brach der Kommunismus ohne seine wichtigste Stütze zusammen, nämlich ohne Totalitarismus. Wenn eine Diktatur als Diktatur zusammenbricht, dann

ist sie nicht reformierbar, sondern das ganze System ist dann neu aufzubauen. Das Scheitern des Kommunismus bzw. Realsozialismus war somit eine unvermeidliche Konsequenz vorgegebener Strukturdefizite.<sup>5</sup>

Bevor es zur Wende kam, wurde eine gegen die offizielle Propaganda gerichtete Antipolitik zum bestehenden System aufgebaut, die als notwendiges Übergangsstadium auf dem Weg zur 'civil society' diente. Dieses antipolitische Grundverständnis der Politik wies den Intellektuellen der Gesellschaft, den kritischen Schriftstellern, Wissenschaftlern und Künstlern eine Schlüsselrolle zu. In seinen *Mitteleuropäischen Meditationen* skizzierte György Konrad die sog. autonomen Intellektuellen als die wahren Hüter der geistigen Macht, die sich grundlegend von der Macht des Staates unterscheiden und als Wortführer der Antipolitik der Selbstverteidigung des bürgerlichen Individuums gegen einen aufgerüsteten Staat auftreten.<sup>6</sup> Stück für Stück kristallisierte sich eine Opposition heraus, die eine *parallele Polis* aufbaute und zur vollständigen Gegenkultur des kommunistischen Parteistaates führte. Genau hier lag die Keimzelle für den friedlichen Wandel der gesamten Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks.<sup>7</sup>

Letztlich waren aber die Beherrschten nur so lange machtlos, wie sie sich ohnmächtig glaubten.<sup>8</sup> Denn die Macht der Machtlosen liegt in der Entscheidung eines jeden Individuums, besonders die Autonomie des eigenen Willens zu bewahren. Vor allem ging es darum, dass sich der Bürger auflehnen sollte, aus dem Leben in Lüge zum Leben in der Wahrheit zurückzufinden, und den Mut aufzubringen, die eigene Meinung auch tatsächlich zu sagen. Mit *Leben in der Wahrheit*

meint Vaclav Havel die Rebellion des Menschen gegen die ihm aufgezwungenen Positionen, was im totalitären System Ausgangspunkt, Basis und Hinterland für Opposition ist.

Für jeden Humanismus ebenso wie die Katholische Soziallehre ist der Einzelmensch die Grundeinheit einer Zivilgesellschaft. Der Versuch, in Wahrheit und Menschenwürde zu leben, sollte aber nicht nur die Person verändern, sondern allmählich auch den Staat, selbst den diktatorischen des Realsozialismus. Dahinter stand die Überzeugung, dass jeglicher moralischer Wertewandel einen überproportionalen politischen Effekt auslösen könnte.<sup>9</sup> Das Leben in der Lüge war die wesentlichste Stütze des Systems der Diktatur.

Und so konnte erst die Entscheidung, sich dem eingeübten ideologischen Ritual zu verweigern, die bekannten Spielregeln der Institutionen und Systeme von Heuchelei und Lüge zu durchbrechen, eine *civil society* aufrichten. Es waren die vielen kleinen Kompromisse, die in der äußerlichen wie innerlichen Spielweise die Arterhaltung des Systems absicherte. Die erzwungene Konformität und Uniformität wirkte wie einer der winzigen Stricke, mit welchen die Liliputaner Gulliver fesselten und zu Boden zwangen. Da die Menschen nicht gegen die Propaganda des Systems protestierten, lebten sie mit der Lüge. Genau dieses ideologische Lügengespenst ermöglichte es dem einzelnen Bürger, die wahre Natur seiner Unterwerfung unter die Macht vor sich selbst zu verhüllen. Damit hat das Lügengespenst das unmögliche System zusammengehalten und die Gesellschaft dem Staat unterworfen.

Nur eine Philosophie der Bürgerbewegung war in der Lage, diese Reformen so weit zu brin-

gen, dass das System zusammenbrechen konnte.<sup>10</sup> Es stand eine Politik der Wahrheit gegen die offizielle Parteidoktrin, also eine Politik der Lüge. Die 'Macht der Machtlosen' ging so weit, dass sie unter Verzicht auf Gewalt eine Bürgergesellschaft in Osteuropa konzipierten, die plötzlich als Alternativmodell zu Lüge und Diktatur dastand und in der Wendezeit täglich realer wurde, aus den Köpfen weniger zur Massenbewegung wurde und letztlich zum Sturz der uneinsichtigen Machteliten führte.

In einer Welt der Unterdrückungsdiktatur sollte demnach eine antitotalitäre Gemeinschaft errichtet werden. Gegenüber der offiziellen Polis der kommunistischen Zwangsherrschaft sollte eine demokratische Polis entstehen, wie in der Tschechoslowakei die 'Charta 77', die sich als unerschrockene Intellektuelle gegen die totalitären Ansprüche der kommunistischen Macht stellte. Ihr öffentliches Bekenntnis zum Guten und Gerechten in einem Meer der Unterdrückung sowie Anpassung sollte den Bürgern ein Beispiel dafür geben, sie für die Idee eines unabhängigen gesellschaftlichen Lebens zu gewinnen.

Frappierend an der demokratischen Revolution von 1989 war die blitzschnelle Umkehr der Machtverhältnisse: Menschen, die zuvor an den Rand der Gesellschaft gedrängt waren, avancierten zu führenden, mit höchster moralischer Autorität ausgestatteten Repräsentanten der neuen Politik; und die bisherigen Machthaber verschwanden binnen weniger Tage buchstäblich von der politischen Bühne. Die Rolle entscheidender Akteure in Osteuropa wurde somit ins Gegenteil verkehrt. Havel notierte: "Wenn jemand sein ganzes Leben lang die Wahrheit

schreibt, ohne auf die Folgen zu achten, wird er in einem totalitären Regime unweigerlich zur Autorität, auch wenn er das nicht will.”<sup>11</sup>

Von den grundlegenden Wandlungen an der Basis der Gesellschaft sei nun der Blick auf die wirtschaftliche Transformation gerichtet.

## TRANSFORMATION DER WIRTSCHAFTSORDNUNG – ÖKONOMISCHE ASPEKTE

---

Eine Schlüsselstellung im modernen Gesellschafts- und Staatsgefüge stellt die Wirtschaft dar. Dabei kann die Transformation<sup>12</sup> von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, wie sie seit einigen Jahren in Mittel- und Südosteuropa angestrebt bzw. vollzogen wird, interpretiert werden als ein Grenzfall des langfristigen Wandels von Wirtschaftssystemen. Während sich der längerfristige Wandel in der Regel graduell vollzieht, wird mit der Transformation von Wirtschaftsordnungen ein möglichst radikaler Systemwechsel intendiert, mit dem ein gesellschaftliches Regelsystem gegen ein anderes praktisch vollständig ausgetauscht werden soll.

Dabei wirken sich ordnungsökonomische Wissensdefizite aufgrund der fehlenden Erfahrung mit radikaler Transformation äußerst erschwerend aus. Denn bereits die Möglichkeit einer allgemeinen Theorie der Transformation kann bezweifelt werden.<sup>13</sup> Nach dem vorherrschenden allgemeinen Wissenschaftsverständnis müsste nämlich eine allgemeine Theorie der Transformation nomologische Hypothesen vom Typ: ‘immer und überall, dann ...’ beinhalten. Jeder Transformationsfall ist ein singulärer Prozess, dessen Entwicklung und Ablauf durch eine Vielzahl von individuellen Faktoren essenziell beein-



flusst wird. Singulär ist nicht nur die spezifische Ausgangssituation der jeweiligen Gesellschaft, die sich aus ihrer historischen Entwicklung heraus ergibt, sondern auch die gegenwärtige Verteilung der Ressourcen, die Organisiertheit von Interessengruppen, die Fähigkeit von politischen Akteuren, Politikfelder gemeinsam ihren eigenen Vorstellungen zu besetzen usw. Generalisierbare Verlaufsmuster sind noch nicht einfach zu erkennen. Das Postulat nach einer Theorie der Transformation ist allerdings häufig nicht auf eine positive Theorie gerichtet, sondern primär auf eine Anleitung für politisches Handeln, mit deren Hilfe der Prozess der Transformation möglichst erfolgreich gemeistert werden kann.<sup>14</sup>

Bei den transformationspolitischen Strategien ist es zweckmäßig, zwischen theoretisch wünschenswerten, jedoch praktisch nicht vollziehbaren Politikoptionen und pragmatischen Optionen zu differenzieren. Am Beginn des Transformationsprozesses wurde häufig der Gegensatz zwischen dem holistischen Ansatz, genannt ‘Big Bang’, und dem schrittweisen Vorgehen (step by step), genannt ‘Sequencing’, thematisiert und unterschieden. Der holistische Ansatz, bei dem alle institutionellen Funktionsbedingungen eines marktwirtschaftlich orientierten ökonomischen Systems und eines demokratisch strukturierten politischen Systems möglichst gleichzeitig realisiert werden sollen, trägt der institutionellen Interdependenz innerhalb der genannten Teilordnungen, der Interdependenz von Ordnungen und zwischen ihnen grundsätzlich Rechnung. Jedoch bleibt bei diesem Ansatz der unterschiedliche Zeitbedarf, der für die Realisierung der einzelnen institutionellen Teilergebnisse sowie für die An-

passung an das neue Regelsystem benötigt wird, unberücksichtigt. Beispiele hierfür sind der Unterschied an Zeitbedarf zwischen einer Währungsreform auf der einen Seite und einer Privatisierung<sup>15</sup> auf der anderen Seite. Dazu kommt der politische Willensbildungsprozess,<sup>16</sup> den aber auch die einzelnen institutionellen Elemente des Systemwechsels durchlaufen müssen. Der Prozess selbst ist von einer Restrukturierung der politischen Herrschaftsverhältnisse mit ihren retardierenden und progressiven Elementen überlagert und beeinflusst. Ganz wesentlich divergieren diese Vorgänge in den einzelnen Transformationsländern.

Zur Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen kommt vor allem den politischen und juristischen Institutionen eine Schlüsselrolle zu.<sup>17</sup> Bei der Transformation handelt es sich insofern um einen Sonderfall, als es sich ökonomisch und politisch um einen radikalen Wechsel der Ordnungsart handelt. Hier geht es um die Verwirklichung einer ordnungspolitischen Grundentscheidung im Sinne Walter Euckens zugunsten eines grundsätzlich marktmäßig koordinierten Wirtschaftssystems. Euckens konstituierende Prinzipien für eine funktionierende Wettbewerbsordnung, die sich in der sog. 'Freiburger Schule' niederschlagen, können als eine Art Blaupause-Durchschlagpapier (aus früheren Zeiten bei Schreibmaschinen bekannt) für die staatlichen Aufgaben innerhalb des ökonomischen Transformationsprozesses angesehen werden. Die Umsetzung der Prinzipien, wie Primat der Währungspolitik, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung und Konstanz der Wirtschaftspolitik setzt jedoch die Existenz eines starken Staates

voraus.<sup>18</sup> Seine politischen Repräsentanten und die Verwaltung müssen auch willens und in der Lage sein, die Prinzipien institutionell und administrativ zu verwirklichen.

Um zum Ziel gelungener Transformation zu gelangen, sind viele Hindernisse auf dem Weg der Umstrukturierung zu bewältigen. Nach den Erkenntnissen der ökonomischen Theorie der Politik und der Bürokratie können gegenüber der Realisierbarkeit eines *starken* Staates im Sinne der Freiburger Schule berechtigte Zweifel aufkommen. Denn die gleichzeitige Einführung einer demokratischen politischen Ordnung und einer durch Privatautonomie geprägten marktwirtschaftlichen Ordnung gilt weithin als schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Die Begründung zielt auf die mit der ökonomischen Transformation verbundene Umverteilung von sozioökonomischen Positionen und Verfügungsrechten über Ressourcen jeglicher Art. Die Privatisierung stellt verschiedene Gruppen der einzelnen Gesellschaft schlechter, mit der zu erwartenden Folge, dass sie bei den nächsten Wahlen Anlass haben werden, Parteien ihre Stimme zu geben, die eine kritische Haltung gegenüber vorherrschendem Privateigentum einnehmen. Hinzu kommen die Härten des Strukturwandels, der aufgrund der vorangegangenen realsozialistischen Misswirtschaft erwartet werden muss und der politisch zur Verzögerung des Transformationsprozesses genutzt werden kann. Die Formierung neuer und die Behauptungsversuche alter Interessengruppen lassen den Transformationsprozess zu einem permanenten Verhandlungsprozess werden - mit höchst ungewissen Teilergebnissen.

Als wichtig werden vor allem auch die institutionellen Konsistenzprobleme hervorzuheben sein.

Friedrich A. von Hayek weist – wenn auch nicht direkt mit dem Blick auf die Transformationsprobleme – immer wieder auf eine weitere Voraussetzung hin, die erfüllt sein muss, damit ordnungskonforme und –konsistente Regeln nicht nur staatlich proklamiert, sondern auch tatsächlich durchgesetzt werden können: Dabei müssen die Regeln die moralischen und ethisch-kulturellen Überzeugungen einer überwiegenden Zahl der Gesellschaftsmitglieder reflektieren. Inwieweit in einem Transformationsland Überzeugungen ausgeprägt sind, die Privateigentum, Vertragsfreiheit und Haftung begünstigen, ist eine empirische Frage (nach den gesellschaftlichen Werthaltungen). Das gilt auch für positive Einstellungen etwa zu individueller Verantwortung, Risiko, Wettbewerb, Arbeit und Sozialem sowie für die Toleranz gegenüber Einkommensunterschieden. Wo die Überzeugungen und positiven Grundeinstellungen weitgehend fehlen, welche die Herausbildung eines Privatrechtssystems begünstigen, können Transformationsversuche auch nur schleppe vorangehen oder gar ganz scheitern. Das bedeutet ebenfalls, dass der Vorschlag, bei der Transformation zumindestens in einem ersten Schritt das Privatrecht eines anderen Staates exemplarisch zu übernehmen, mit großer Skepsis zu beurteilen ist, wenn es an Überzeugungen und Einstellungen mangelt, die die Herausbildung des übernommenen Privatrechtssystems begünstigt haben.

Neben den Überzeugungen und Grundeinstellungen ist aber ebenso zu berücksichtigen, dass die externen Institutionen eines realsozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems die Entwicklung interner Institutionen und damit

verbundener Verhaltensweisen bewirkt haben. Ein radikaler Wechsel der externen Institutionen als Folge der Transformation kann immer zu Konflikten mit internen Institutionen führen, die erst in einem spontanen Anpassungsprozess ihre Überwindung erfahren. Damit ist das ordnungsökonomische Erfordernis angesprochen, dass die Konsistenz und Adaption von externen und internen Institutionen zwangsläufig gegeben sein muss.<sup>20</sup>

Das Konsistenzproblem kann sich aber auch in einer anderen Richtung stellen. Ein Teil der internationalen Institutionen, die sich im zusammengebrochenen realsozialistischen System entwickelt hatten, war die Reaktion auf die systembedingten schwer wiegenden Koordinationsdefizite. Es entstand eine spezifische Form der Schattenwirtschaft, die auch rudimentäre Marktelemente enthielt. Diese Art freien Umgangs mit den Gütern könnte denn auch eine Transformation von unten her unterstützen.<sup>21</sup>

Ein noch prinzipielleres Problem ergibt sich für den Transformationsprozess, wenn der Tatsache Berücksichtigung geschenkt wird, dass nicht nur die Marktergebnisse eine spontane Ordnung sein können, sondern auch das gesamte ihnen zugrundeliegende System von internen und externen Effekten und Institutionen. Wenn davon ausgegangen werden müsste, dass die ordnungskonformen Regeln selbst Ergebnisse eines spontanen Entwicklungsprozesses sind, wären die Konsequenzen wohl wenig ermutigend: Die Gesellschaften in Mittel- und Südosteuropa wären sich selbst zu sehr überlassen, und es bliebe nur zu hoffen, dass sie sich friedlich entwickeln, die Staatsgrenzen achten und langsam in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung hineinwachsen. In

diesem Falle wäre die Vermutung unbegründet, dass sich die Transformationsprozesse in Mittel- und Südosteuropa wesentlich beschleunigen lassen. Eine Schnellstraße zu Marktwirtschaft und Demokratie, wie sie mit dem *Big Bang* versucht wurde, führt jedenfalls nicht zum Ziel, weil Institutionen und Infrastrukturen um diese ersehnten Schnellstraßen herum nicht so schnell wachsen können wie die Straßen selbst!<sup>22</sup>

## TRANSFORMATION DER GESELLSCHAFT – SOZIOKULTURELLE UND POLITISCHE ASPEKTE

---

Gewisse sozio-kulturelle Normen des intersubjektiven Verhaltens gelten in jeder Gesellschaft, ebenso wie Normen, die das interaktive Handeln bestimmen. Im Besonderen sind es die mittels kultureller Reproduktion abgesicherten Normen, die darüber entscheiden, wie das Verhalten der Einzelakteure innerhalb des Gesamtkomplexes Gesellschaft koordiniert wird. Ethische wie kulturelle Normen sind im alltäglichen Leben verankert und werden häufig nicht bewusst wahrgenommen. Aber diese Normen sind es, die als ganze ein System der Kontrolle bilden und damit die soziale Interaktion determinieren. Allerdings ist nicht jede Form einer solchen Kontrolle für die postmoderne Gesellschaft gleich eminent, wohingegen vor allem solche Formen der Kontrolle unumgänglich sind, die für die Reziprozität der Aktionen sorgen, weil sie den Prozess des Tauschens und politischer Willensbildung allgemein stabilisieren.

Das System der Kontrolle sozialer Interaktion stellt dabei eine wirksame Hürde gegen den Missbrauch der Vorteilsnahme im politischen wie ökonomischen Verteilungskampf; aus diesem Grund

ist der Aufbau eines solchen Systems der sozialen Kontrolle eine unabdingbare Prækonditionierung zur Schaffung aller wichtigen Übergangsinstrumente, denn die formalen Regeln allein schützen nicht vor Korruption und Missbrauch von politischer Macht. Allerdings sind derartige Handlungen oftmals schwer zu entdecken und nachzuweisen, weshalb es ebenso schwierig ist, wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten und wirksam zu sanktionieren. Hier stellt sich vor allem das Problem, dass in den meisten Reformdemokratien zumindestens anfangs – am Beginn der Transformation – noch kein gültiges Rechtssystem etabliert ist, wonach sich entstandenes Unrecht bzw. Recht einklagen lassen. Entscheidend kommt es daher auf die informellen Regeln an, die die Herausbildung von kooperativen Strukturen garantieren und u.a. durch Zuweisung von Ansehen oder Schande eine wirksame Sozialkontrolle ausüben. In diesem Prozess nehmen dann auch die Medien eine Schlüsselstellung ein, da sie Überwachungsfunktion der Veränderung sind.<sup>23</sup>

Diese Arten der Kontrolle sind dabei effektiver als die juristischen Mechanismen, obwohl diese Überprüfungen wohl in keinem Land wirklich lückenlos funktionieren. Zwar wird auch in den westlichen Ländern von wachsender Korruption berichtet, aber die Bindungskraft der Wirtschaftsmoral scheint auch hier immer schwächer zu werden. Und trotzdem sind die Institutionen und Systeme der sozialen Kontrolle in den Ländern der sog. westlichen Welt (vor allem G 7 und alle in etwa deren Wirtschaftsdaten erreichenden Staaten) vielfach effizienter als in den Reformdemokratien Europas oder den Entwicklungsländern.

Offenbar handelt es sich um ein regulatives Vakuum, das mit verschiedenen Ansätzen theoretischer Natur zu behandeln ist, wie z.B. Chaostheorie, essenzielle Umwandlung innerhalb der Kulturanthropologie, die Statuspassage oder die Anomie-Theorie.<sup>24</sup> Der Anomie-Terminus wird (nach Natascha Bayer) von Emile Durkheim 1893 im Werk *Über die Teilung der sozialen Arbeit* eingeführt. Für Durkheim ist eine Gesellschaft dann als anomisch zu bezeichnen, sobald ein Zustand der Regellosigkeit, der zerstörten Ordnung und des Verlustes der regulativen Kraft gesellschaftlicher und sozialer Normen vorhanden ist.<sup>25</sup> Infolge von Verwerfungen, Zerstörungen und Erschütterungen in der Gesellschaft kommt es zu axiomatischen Umstellungen im gesamtsozialen Bereich. Innerhalb dieser 'Umstellungen' kommt es aber ganz entscheidend zur neuen Grundausrichtung und Neugestaltung allgemeiner Grundwertüberzeugungen.

Transformationsmerkmale einer Gesellschaft haben viele Gemeinsamkeiten mit denen einer anomischen Struktur, nach Durkheim: 'Die Hierarchie ist in Unordnung geraten, andererseits kann man eine neue nicht improvisieren. Es braucht Zeit, für Menschen und Dinge, nach den geltenden Begriffen eine andere Rangordnung zu schaffen. Solange die so freigesetzten sozialen Kräfte nicht ihr Gleichgewicht gefunden haben, bleibt ihr jeweiliger Wert unbestimmt, und für eine Zeit lang ist dann jede Regelung mangelhaft. Man weiß nicht mehr, was möglich ist und was nicht, was noch und was nicht mehr angemessen erscheint, welche Ansprüche und Erwartungen erlaubt sind und welche über das Maß hinausgehen.'<sup>26</sup>



## INSTITUTIONENVAKUUM UND MENTALITÄTSWANDEL ALS HAUPTHINDERNISSE AUF DEM WEG NACH EUROPA: NORMEN UND SYSTEME IM UMBRUCH

---

Ein wesentliches Kennzeichen der Transformation ist, dass Normen und juristische Grundabsicherungen entweder ganz neu aufzustellen sind oder aber so stark angefragt werden, dass sie nach Veränderungen rufen. Die Überlagerung und Gegensätzlichkeit alter und neuer Normen und ihrer Gefüge, d.h. die generelle Umformung der Gesamtgesellschaft muss automatisch eine Reihe von widersprüchlichen Entwicklungstendenzen hervorrufen, wobei dann eigentlich einander ausschließende Wertesysteme nebeneinander stehen, wie z.B. konkurrierende moralische Einstellungen oder Gerechtigkeitsvorstellungen. Deshalb ist die temporäre Ambivalenz aller Werte, an denen die Menschen Orientierung finden können, charakteristisch für diese vorübergehende Periode der Transformation. Zwar bringt den einzelnen Bürgern diese Situation mehr Handlungsspielraum, dieser Zustand ist aber auch gleichzeitig die Ursache für die so typische Chaoslage der gesellschaftlichen Verhältnisse. Seitens der Individuen kommt es zu explosionsartigen Pluralisierungen bezüglich der Forderungen und Erwartungen, wodurch vorher lange geltende und als stabil angesehene Wertesysteme in den Hintergrund rücken und dann allmählich verschwinden oder in Nostalgie einbalsamiert immer dann wieder hervorgeholt werden, wenn es Schwierigkeiten mit den neuen Wertesystemen gibt.

Fraglos handelt es sich bei Reformdemokratien um Gesellschaften in gereiztem Zustand, wo auch Entgleisung droht, obwohl Disziplin und Ordnung notwendig wären. Vor allem weil die

althergebrachten Regelungssysteme ihre Gültigkeit verlieren, und die Möglichkeit zur reicheren Beute provoziert geradezu die Schrankenlosigkeit und die Bedienmentalität. Hingegen – um den Kontrast aufzuzeigen – ist die Gesellschaft im normalen Zustand legitimiert, die Normen der Kollektivordnung zu stützen sowie die Verhaltenseinschränkungen im Namen der Ordnung und des Systems abzusichern. In Übergangszeiten, wie sie in den Transformationsländern gegenwärtig vorhanden sind, werden die moralischen Basisregeln der Gesellschaft, die dem Einzelbürger in der stabilen Gesellschaft Hilfe und Unterstützung garantieren, außer Acht gelassen oder bewusst umgangen. Dadurch verliert der Einzelmensch, der immer auf der Suche nach Glück, Selbstzufriedenheit und Zukunft ist, in dieser außerordentlichen Lage die soziale Zeit und mit ihr den essenziellen Bezug in der Gegenwart, weshalb fieberhafte Betriebsamkeit wichtiges Merkmal von Transformation ist.<sup>27</sup>

Jede ‘normale’ Gesellschaft bildet ihre normativen Systemordnungen heraus, die durch Handeln und den wertmoralischen bzw. juristisch-sozialen Grundkonsens der Einzelindividuen ihre Verankerung erfahren, denn stets werden persönliche Verhaltensweisen durch internalisierte Systeme von Normen und Wertpräferenzen geregelt, die in der Gesellschaft eingebettet sind.<sup>28</sup>

Das adäquate Verhältnis von weithin anerkannten Zielen kultureller Art sowie den sozial gebilligten Mitteln zur Erlangung dieser lenkt hin zu einer Stabilität der Gesellschaft, die als anstrebenswert gilt, weil sie dem Menschen den Raum zur eigenen Sicherheit und zur Selbstverwirklichung schenkt. Sobald aber die legitimen

Mittel zur Erfüllung dieser Sicherheit ungleich verteilt sind und innerhalb einer Gesellschaft die Ziele allgemein nicht mehr verbreitet sind sowie vom Einzelbürger verinnerlicht werden, tritt eine Konflikt steigernde Lage ein, die nach Entschärfung verlangt. Die Bürger greifen dann zu Mitteln, die zu abweichendem Verhalten führen, was sich dadurch verstärkt, je weniger konforme Mittel dem Einzelnen zur Verfügung stehen und je stärker die Ziele der Menschen in dieser Gesellschaft angestrebt werden.<sup>29</sup>

Immer ist der Konflikt zwischen Gruppen, Klassen, Schichten latent in der Gesellschaft da. Der Griff zur Einsetzung illegaler Mittel ist eine Erscheinung, die sich verstärkt, je schwächer die Gesellschaft und das juristisch-soziale Sicherungssystem funktionieren. Tief greifende Veränderung (transition) in einer Gesellschaft ist als eine Störung des Reziprozitätsverhältnisses im sozialen Interaktionsprozess aufzufassen, die subjektiv durch Leiden ihre Kennzeichnung erfährt. Durch die Anomie ist plötzlich ein Zustand der Ungewissheit bezüglich der Rollenmuster und Normen unter den Interaktionspartnern zu verzeichnen, Kompetenzen sind nicht mehr klar abzugrenzen, womit automatisch eine objektiv vorhandene Desorientierung gleichsam subjektiv erfahren wird und zu zwanghaften Verhaltensreaktionen führt. Damit entsteht ein normatives Vakuum, wo die Orientierung an der Intentionalität der individuellen Rolle des sozialen Gesamtgefüges nicht mehr vorhanden ist.

In dieser Situation treten Konflikte, Unklarheiten, Mehrdeutigkeiten bezüglich der Rollenerwartungen auf, die zu Verhaltensstörungen führen müssen, weil das aktuelle System durch Über-

frachtung zu hoher Erwartungen innerhalb der Kommunikation nicht das zu leisten im Stande ist, was es soll: Klarheiten schaffen!<sup>30</sup> Normen als solche sind stets sozialer Natur, weshalb sie als Sozialphänomen anzusehen sind und nicht primär als singulär-subjektives Element.<sup>31</sup> Zur Schwächung von Verhaltensnormen kommt es, wenn sich die politische, sozio-kulturelle Unzufriedenheit am System über permanente Ungerechtigkeit als Grundkonsens soweit ausbreitet, dass nicht nur Einzelpersonen oder kleinere Gruppen, sondern weite Teile der Bevölkerung als Massenbewegung ergriffen sind und die politischen Instrumente und Strukturen prinzipiell in Frage stehen.

Folgende interdependent wirkende Bedingungen sind indikatorisch aufzuzeigen, die zu relativer Normlosigkeit führen: A.) Sobald sehr divergierende Wertsysteme vorgegeben sind und die Einzelperson nicht mehr selbst zu entscheiden hat, welches Tun oder Unterlassen auf gesellschaftlicher Ebene als konform gilt; B.) Wenn in der Gesellschaft ein in sich widersprüchliches System sozialer Normen hervortritt; C.) Als dritter Faktor ist zu nennen, dass dann Unsicherheit zunehmen muss, wenn die sozialen Rollen völlig unzureichend definiert sind, sodass es für den Einzelmenschen nicht mehr kalkulierbar ist, die Verhaltensweisen anderer (Mitmenschen) entsprechend vorherzusagen, denn Berechenbarkeit des Handelns gibt Stabilität. Die hier aufgezeigten Veränderungen bedingen einander.

Für diese Situationen ist kennzeichnend, dass sie alle Ausgangspunkt oder Zwischenstadium beim wachsenden Konflikt innerhalb des Systems der sozialen Normen sein können und damit zur allgemeinen Verunsicherung bei den Verhaltens-

anweisungen beitragen. Durch diesen Konflikt unterschiedlicher Normen kann dann als Folge der Zustand von Normenschwäche bis hin zur Normlosigkeit eintreten. Ganz offensichtlich verbirgt sich hinter dem in der Transformationsliteratur oft zitierten institutionellen Normenvakuum zuvorderst ein Regelkonflikt, der aufgrund wachsender Komplexität nicht einfach lösbar ist. Und wenn der Verlust von Normen in der Normlosigkeit seinen Ursprung im Konflikt sich widersprechender Normen hat, dann ist dieses Vakuum nicht einfach durch die Einführung von formal wirksamen Regeln zu überwinden, denn der normlose Status quo dauert so lange, wie neu definierte und weithin akzeptierte Werte und Rollen wieder ihre Anerkennung finden.<sup>32</sup>

Problematisch ist allerdings, dass als Ausgangspunkt der Überlegungen zur Theorie der Transformation bei westlichen Gesellschaften die sog. 'Erste Welt' als Paradigma und Vergleichsmaßstab genommen wird, wo relativ stabile Systeme von Normen, Umgangsformen und Wertgefügen voraussetzungshaft bestehen. In den Transformationsländern bricht aber vor der eigentlichen Wende schon etappenweise das System verschiedener Basiscodes zusammen.<sup>33</sup> Zu Beginn der Transformation steht also immer ein Zerfall alter Normensysteme, denn schrittweise müssen die überkommenen Normen ihre Bindungskraft verlieren, um Neues aufbauen zu können. Der Volksmund spricht davon, dass kein Stein auf dem anderen bleibt. Zerstörung des alten wie Aufbau des neuen Systems hängt aber ganz wesentlich von den jeweiligen Voraussetzungen der einzelnen Länder ab. Hier spielen Erfahrungen, Kultur, Mentalität etc. eine große Rolle. Deshalb

gibt es nicht eine Transformation, sondern es gibt so viele Transformationsformen, wie es Transformationsländer gibt.

Neben der Zerstörung und Aufarbeitung vorangegangener Strukturen entstehen parallel neue Normen des Verhaltens; weil aber die formalen Normen der anzustrebenden Gesellschaft mit ihrer Ordnung aufgrund des noch ungenügenden Sanktionssystems in dieser Wechselphase nicht durchsetzbar sind, entstehen Übergangsmentalitäten, die spezifisches Verhalten hervorrufen und dazu beitragen, dass ein in sich inkonsistentes Gefüge von Normen entsteht, das permanente Unsicherheit provoziert.<sup>34</sup>

Was durch diese Normenschwäche entsteht, ist dann automatisch in der breiten Bevölkerung die Handlungsunsicherheit, die geradezu als Lebensgefühl permanente Züge annimmt, denn die Neuformung gesellschaftlicher, sozialer, ökonomischer und wertorientierter Strukturen bringt viele kontradiktorische Entwicklungsformen hervor, weshalb dann - wenigstens in einer gewissen Zeitspanne - a priori unverträgliche Systeme nebeneinander bestehen, wie an sich einander ausschließende ethische Verhaltensweisen, Vorstellungen über die Gerechtigkeit oder den Aufbau guter politischer Strukturen miteinander konkurrieren. So ist die temporäre Ambivalenz jeglicher Werte ein Hauptmerkmal der eigentlichen Transformationsphase. Zwar bringen die grundsätzlichen Veränderungen im politischen System eine Zunahme an Aktionsspielraum für die Einzelperson, aber andererseits ist dies auch der Grund dafür, dass eben Chaos in der Gesellschaft herrscht. Und so kommt es zu explosionsartiger Vielfalt in den Erwartungen und Forderungen bei den Men-

schen, weshalb vorher geltende Normensysteme stückweise an Bindungskraft und Einfluss verlieren, damit Neues entstehen kann. Die Erwartungen auf Verbesserung der früheren Lage sind dabei überzogen, häufig unrealistisch aufgrund von Euphorie, aber anthropologisch durchaus verständlich.

Wie bereits oben angeführt, ergeben sich unzureichend definierte soziale Rollen, die beim Einzelmenschen durch die fehlende Rollenbestimmung zur Unsicherheit im Bereich personaler Interaktion führen. Dabei gibt es im Alltagsleben viele humane Interaktionsprozesse, die normlos sind und sein können. Sobald die Unsicherheit des Individuums so groß ist, dass die Person lieber auf bestimmte Aktionen verzichtet, dann ist der Normalzustand nicht mehr gegeben, was in relativ stabil funktionierenden Gesellschaftssystemen in Nischen geschieht, aber meistens auch auf diese beschränkt bleibt. Hingegen sind diese Phänomene allgegenwärtig in den sog. Reformdemokratien, und sie determinieren gleichzeitig die Transaktionen und üben Druck aus auf die Wirtschaftsakteure, entweder das gewohnte Verhalten neu zu bestimmen oder aber zwielfichtige Tauschvorgänge zum eigenen Vorteil durchzuführen, ohne dem Gemeinwohl ausreichende Berücksichtigung zu schenken.

### WIE GEHT NUN DER MENSCH MIT DIESEN DRAMATISCHEN VERÄNDERUNGEN UM?

---

Menschen reagieren auf Veränderungen prinzipiell immer sehr unterschiedlich, in Extremsituationen anders als im Alltagsleben - ohne gravierende Einschnitte.<sup>35</sup> Das hängt vor allem vom Persönlichkeitscharakter des Einzelmenschen ab, denn

jeder Mensch hat in seinem Charakter Eigenschaften, Wesenszüge und Verhaltensmöglichkeiten in einer Art und Weise, die auch jeder andere hat, die die meisten Menschen haben, die viele haben, die manche haben und die keiner hat.<sup>36</sup>

Das Verhalten in der Transformation ist sehr komplex. Dennoch sei es erlaubt, einige Typen hier vorzustellen.<sup>37</sup> Der paradigmatische Wechsel kommt besonders den *Innovativen*<sup>38</sup> zugute, die sich durch das alte Regime immer eingeschränkt sahen und nun sich selbst verwirklichen können. Dabei nutzen sie gekonnt die neuen Möglichkeiten und das juristische Vakuum zur Verfolgung ihrer Ziele mit unlauteren Geschäften, in Form von kriminellen Agieren, durch Betrug oder Korruption. Aber der Innovative kann auch einfach die Vorteile der einander überlappenden Gesellschaftsstrukturen gekonnt nutzen, ohne dabei kriminell zu werden.<sup>39</sup>

Andere Typen von Menschen zogen sich ganz zurück aus der Gesellschaft und wurden so zum *Retreatisten*, der mit der neuen Lage nicht mehr zurechtkommt. Wenn sich alles verändert, dann stellt sich für ihn die Frage, wo Halt zu finden ist. Dieser Rückzug aus der Gesellschaft ist oft mit Extremen verbunden, wie exzessiver Genuss von Alkohol oder Drogen. Ohnmächtigkeit stellt sich ein, wenn die Orientierung verloren geht, wobei die Scheinlösung darin besteht, apathisch zu werden und einen Aspekt des Lebens zu überhöhen. Die Folgen sind gebrochene Beziehungsverhältnisse in der Familie, zu Freunden, in der Arbeit (die sich natürlich ebenfalls dramatisch ändert), Suchtneigungen (z.B. TV-Konsum) oder aggressives Abreagieren.<sup>40</sup>

Ein dritter Menschentyp bewegt sich in der Transformation als *Ritualist*, der trotz aller Um-



wälzungen geradezu auf zwanghaftem Befolgen der formellen Werte und Normen besteht und dadurch den eigenen Horizont limitiert. Das zeigt sich typisch im bürokratischen Verhalten, das sich aufgrund kantischer Pflichtethik fortsetzt und im eigentlichen Sinne systemerhaltend wirkt bzw. wirken möchte.<sup>41</sup>

Dagegen tritt der *Aktionist* – ähnlich wie der Innovatist – durch bewusste Anstrengungen hervor, die Gesellschaft vor allem aufgrund vergangener Erfahrungen zu humanisieren. Der Aktionist ist sich bewusst, tatkräftig und zielstrebig als Teil eines wichtigen Geschichtsabschnitts zu wirken, besonders politische Muster (im Gegensatz zum Innovatisten, der sein Hauptaugenmerk auf die ökonomischen Eigenwohlvorteile legt) und Strukturen zu entwickeln, die dem Volk adäquat sind und sich dadurch eignen, Problemlösungskapazitäten zu realisieren.

Als letzter Menschentyp sei der kritisch-hoffnungsvolle *Konservatist*<sup>42</sup> benannt. Er möchte auf der einen Seite Grundverhaltensweisen bestimmter Wertprioritäten bewahren, andererseits aber gleichzeitig hoffen, dass sich Bereiche ändern, die bisher aufgrund des diktatorischen Systems dehumanisiert und für Parteigänger allein zugänglich waren. Somit ist seine Haltung eine gemischte, die sich aus Aktion und gleichzeitiger Vorsicht zusammensetzt und die ihn dazu animiert, etwas zu wagen, aber niemals zu viel. Im Falle der Entscheidung würde er dem bewahrenden Element gegenüber dem Risiko des neuen den Vorzug geben, weshalb der Konservatist eher zu Konformität neigt als zu Rebellion.

Dabei sind die Einflussfaktoren einzelner Anpassungsarten ebenso wie das sozio-kulturelle Um-

feld außerordentlich wichtig. Diese Muster können als frei gewählte – und durch äußere Faktoren wie auch immer bestimmte – Handlungsstrategien individuell genutzter Antworten auf die Herausforderungen dieser Phase verstanden werden. Bei diesen Menschentypen handelt es sich nun eher um die Illustration und Abstraktion eines bestimmten, häufiger auftretenden Verhaltens. Der Frage nachzugehen, welchen Mustern des Verhaltens eine Person tatsächlich folgt, ist abhängig u.a. von der eigenen Sozialisierungsgeschichte, von den konkreten Präferenzen und Fähigkeiten sowie offenen (oder eben auch geschlossenen) Veränderungspotenzialen, die je nach der spezifischen Lage (in einem Land) unterschiedlich sind. Bei den gezeigten Typen ist eher von Bewältigungsstrategien der Einzelperson für die komplizierte, unbestimmte und unkontrollierte Situation zu sprechen, bei dem – trotz des systemischen Wandels – das basishafte Bedürfnis nach Sicherheit gerade auch dann überwiegt, wenn das Chaos am größten zu sein scheint, weil das Individuum unter orientierungslosem Normenverlust leidet, selbst wenn es mit seinem Wirken diese provoziert hat und sich diese in der Hoffnung auf Besserung der Situation gewünscht hat.<sup>43</sup>

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

---

Ein Hauptmerkmal sowohl von Reformdemokratien als auch der Postmoderne im Allgemeinen ist, dass immer häufiger kontradiktorische Werte im Raum stehen, die hinterfragt werden, aber aufgrund der Liberalisierung und Globalisierung diskussionswürdig erscheinen.

Auf dem Gebiet sowohl der wirtschaftlichen wie der politischen Transformation ist die He-

rausbildung vor allem neuer, effizienter Strukturen nötig, die sich erst langsam aufbauen müssen. Das braucht Zeit, auch wenn viele Menschen ungeduldig sind und glauben, dass das frühere System aufgrund der vielen aktuellen Probleme mehr Sicherheit bot, jedoch damals um den Preis der Verletzung vieler Menschenrechte.

Neben den aufgezeigten strukturellen Veränderungen ist auf der anthropologischen Ebene feststellbar, dass sich Mentalitäten viel langsamer den neuen Gewohnheiten anpassen als äußere Merkmale der Gesellschaft. Mit Verzögerung kommt es daher zum Wandel der eigenen Wertprioritäten. War z.B. früher die Permanenz im Berufsleben eines Menschen durch die Parteilinie der kommunistischen Herrscher im Realsozialismus vom Mutterschoß bis zum Sarg vorgegeben, sind heute andere Grundeinstellungen gefragt: z.B. Flexibilität, Bewältigung häufiger Berufseinschnitte.

Viele Mitmenschen, die in der Wendezeit euphorisch auf Veränderungen hofften, sind heute frustriert, weil sie nicht nur unrealistische Erwartungen an die neue Gesellschaft hatten, sondern auch der Rechtsstaat mit einem Gerechtigkeitsstaat verwechselt wurde; weil sie auf die neuen Herausforderungen schlecht vorbereitet waren; weil die alten Partei- und Geheimpolizeieliten aufgrund besserer Kenntnis des alten Systems auch heute wieder, vor allem in der Wirtschaft die Gewinner der Wende sind und in mafiaartigen Gruppierungen agieren; weil sie ihre Chance nicht nutzen konnten, die eben nur kurze Zeit besteht, wenn die Weichen neu gestellt werden; weil sich viele vom Westen als Konsumenten benutzt fühlen und Europäer zweiter Klasse sind. Erhoben die

früheren Eliten diktatorischen Führungsanspruch, so taucht dieser heute vielfach in einem überhöhten nationalistischen Führungsanspruch wieder auf. Dass sich die Gesichter alter und neuer Eliten in den reformdemokratischen Gesellschaften kaum geändert haben, trägt zur Unzufriedenheit im Volke bei.

Die Zufriedenheit mit dem neuen System hängt aber auch davon ab, ob jemand die soziale Absicherung hat, einen Arbeitsplatz besitzt und sich im gesellschaftlichen Leben dort verwirklicht, wo er es möchte. Diese Grundbedingungen sind aber von Staat zu Staat sehr unterschiedlich. Die Annäherung an das EU-Niveau in Lebensstandard und Basiskonditionen ist sowohl diplomatisch als auch gesellschaftlich ein langer Prozess. Transformation geschieht um der Menschen willen, d.h. bei allen strukturellen und systemischen Veränderungen ist doch immer der Mensch im Blick zu behalten. Ändert sich zu viel auf einmal, dann überfordert dies die Einzelperson im anthropologischen Sinne.

Auf dem Weg nach Europa haben die Reformdemokratien noch einen weiten Weg vor sich. Im Westen wird mit einer fast überheblichen Art von Europa gesprochen und die EU bzw. Westeuropa gemeint, ebenso wie viele Zeitgenossen von 'Amerika' sprechen und damit die USA meinen. Aber Amerika ist nicht nur USA ... Europa eine neue Seele geben heißt deshalb, das Bewusstsein der Menschen überall auf dem Kontinent zu stärken. Erst wenn alle Europäer auch das Gefühl haben, wirkliche Europäer zu sein, wird Europa eine neue Seele bekommen!

- <sup>1</sup> H. Renöckl, Testfeld Tschechien: Wie zukunftsfähig sind christlicher Glaube und Kirche – und Europas Kultur?, in: A. Kristan/Ders. (Hg.), *Kirche und Gesellschaft*. Beiträge des internationalen Symposiums an der Südböhmischen Universität Budweis, 24.–26. April 1998, Würzburg, Budweis 1999, 87–97, hier 87.
- <sup>2</sup> Darauf ist später – innerhalb dieser Abhandlung – noch genauer einzugehen.
- <sup>3</sup> Vgl. die Tagungsbeiträge der Konferenz vom 25.–27. Juni 1999 in Wien: Zehn Jahre nach 1989. Politik, Ideologie, und internationale Ordnung, in: Institut für die Wissenschaften vom Menschen (Hg.); *Newsletter* 65. (1999), Mai – Juli, 1–7.
- <sup>4</sup> Vgl. J. Holzer, *Der Kommunismus in Europa*. Politische Bewegung und Herrschaftssystem, Frankfurt/M., 1998, 11ff.
- <sup>5</sup> Vgl. A. Pelinka, Die tote Zukunft von gestern, in: *Europäische Rundschau* 27(1991)1, 157–159.
- <sup>6</sup> Vgl. Über die Zeichen des Todes und die Überlebenskraft, György Konrad im Interview, in: *Die Furche*, 42(1999), 21. Oktober, 11. Konrad schrieb: “Den großen Befreiungen folgen große Enttäuschungen, denn befreit vom großen Bösen begegnen wir einem neuen großen Bösen.” Was vorhanden ist, das ist meistens das kleine Böse und das kleine Gute ... dies ist eine Mischung. Gegenwärtig ist es in Ungarn noch eine Demokratie, denn in den Jahren nach 1989 wurde niemand verhaftet, ebenso ist niemand durch die Politik gestorben, was bereits einen gewissen Fortschritt für die Menschen im Ostblock darstellt. Wenn man fragt, was der große Missbrauch in einer Demokratie ist, dann stellen sich auch hier wie in der Diktatur heraus: Korruption und Arroganz der Gewählten. Natürlich wird das de facto nie überprüft, und die Gewalten sind auch nicht wirklich voneinander getrennt. In dieser Hinsicht ist Mittel- und Südosteuropa immer noch ‘osteuropäisch’, denn was wirklich in diesen ehemaligen Regimen typisch war, war die Verschmelzung der Machtsphären: Gesetz, Presse, Gericht, Durchführung, Polizei, irgendwie war alles recht nah miteinander verbunden. “Ich habe einmal ein Buch geschrieben, *Antipolitik*. Das ist vielleicht eine innere Tendenz der Politik oder der politischen Klasse: Sie möchten immer ihre Macht verbreitern; und wenn es viel Servilismus gibt in einem Staat – vielleicht kann

man westlich der Leitha auch so etwas finden – dann können die alten hierarchischen Strukturen auch in demokratischen Gebäuden noch miteinander verbunden sein. Das heißt: Es ist nicht schrecklich, es ist Alltag; es ist schlimmer, wenn man tötet; hier tötet man nicht.” Hervorhebenswert ist die vergleichende Systemanalyse und der Befund, dass auch in den sog. Demokratien bzw. demokratischen Institutionen autoritäre Elemente anzutreffen sind, die zutiefst undemokratisch sind, weil die Trennung der Machtsphären eben doch nicht vorhanden ist, wie es immer wieder nach außen hin dargestellt wird.

<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang ist neben den Intellektuellen der Raum zu nennen, wo die Gegenkultur entwickelt wurde: das waren die Kirchen, aber auch private Wohnungen, wo man sich traf. Der allgegenwärtige Geheimdienst war sowieso immer anwesend, entweder durch ‘Informelle Mitarbeiter’, Wanzen in den Steckdosen (oder sonst irgendwo im Raum) oder durch Richtfunkmikrophone.

<sup>8</sup> Vgl. R. Sandgruber, Doch wer hat die Schere geschliffen?, in: *Die Presse*, 29. Mai 1999, Spectrum I f.

<sup>9</sup> In ähnliche Richtung gingen auch die Überlegungen von Michail Gorbatschow, als er nach seiner Wahl 1985 zum Staats- und Parteichef Sowjetrusslands mit zwei Reformprogrammen die internationale Welt aufmerksam machte: Glasnost und Perestroika.

<sup>10</sup> Vgl. H. L. Müller, Eine Revolution der Intellektuellen, in: *Salzburger Nachrichten*, 11. September 1999, IV.

<sup>11</sup> *Ebd.*

<sup>12</sup> Unter Transformation versteht man dem Wortsinn ‘transformare’ entsprechend Umwandlung, Umformung, Umgestaltung, Übertragung. Ähnlich wird der Terminus ‘Transition’ eher im angelsächsischen Raum für den gleichen Problembereich des radikalen Wandels in den ‘postkommunistischen Staaten’ verwendet. Beide Begriffe, Transformation wie Transition, betonen die Dynamik in der Veränderung. Vgl. Dudenredaktion (Hg.), *Das Fremdwörterbuch*, Nr. 5, Mannheim/Wien/Zürich<sup>4</sup>1982, 771.

<sup>13</sup> Vgl. dazu: Der wirtschaftliche Systemwandel lässt sich nicht planen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 135, 15. Juni 1999, 20. “Zehn Jahre – doch noch immer tapen die Politiker wie Wissenschaftler im Dunkeln, wenn

es um die Bestimmung des besten Weges zur Systemtransformation geht. Organisatorisch mag die Übernahme eines bestehenden Ordnungsrahmens die einfachste Lösung sein. Doch das Beispiel Ostdeutschlands zeigt, dass auch dies nicht ohne Reibungen vonstatten geht.“ Ebenso wird betont, dass die Ausgangsbedingungen für die Transformation in jedem Land andere sind und dass der Systemwandel etwa zwei Generationen braucht. Fazit also: Ohne Geduld geht es nicht! Zur Situation in Deutschland vergleiche auch: J. M. Schnarrer, *Arbeit und Wertewandel im postmodernen Deutschland. Eine historische, ethisch-systematische Studie zum Berufs- und Arbeitsethos*, Hamburg 1996, besonders 215–230.

<sup>14</sup> Vgl. Transformation, in: *Brockhaus Enzyklopädie*, Mannheim u.a. <sup>19</sup>1993, Bd. 22, 311f. Hier wird betont, dass Transformation die grundlegende Umgestaltung des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Systems eines Staates meint. Häufig wird im Sprachgebrauch die Transformation auf den Prozess der Umwandlung von einer Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft reduziert, was jedoch verkürzt und nur einen Aspekt des gesamten Wandlungsprozesses ins Auge fasst. Der Terminus des ‘Paradigmenwechsels’, von Thomas S. Kuhn eingeführt, greift dabei weiter, weil damit der umfassendere Ansatz der sich verändernden Paradigmen eingefangen wird. Vgl. weiter bei T. S. Kuhn, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt/M. <sup>9</sup>1988.

<sup>15</sup> Vgl. O. Havrylyshyn/D. Mcgettigan, *Privatization in Transition Countries. Lessons of the First Decade*. International Monetary Fund, Economic Issues 18, Washington D.C. 1999, 14. Die Autoren sind überzeugt, dass sich nach einer Dekade der Transformation der Zentralverwaltungswirtschaften, die sich auf eine soziale Marktwirtschaft hin orientieren, gerade im Bereich der Entwicklung des privaten Sektors so viel getan hat, dass man von Erfolg sprechen kann. Trotz einer Reihe von Rückschlägen und Insolvenzen in den letzten Jahren, können die meisten Reformländer auf positive Wachstumsraten verweisen, die Indikator genug sein sollten, dass die Talsohle durchschritten ist und die Effizienz sowie damit verbunden das Leistungsergebnis positive Richtung einnimmt.

<sup>16</sup> Dies wird besonders in Wahlen offenkundig, inwieweit sich das Volk ‘mündig’ fühlt und dieser Mündigkeit eine Stimme gibt.

<sup>17</sup> Vgl. J. M. Schnarrer, *Aktuelle Herausforderungen der Ethik in Wirtschaft und Politik: Perspektiven für das 21. Jahrhundert*, Wien <sup>3</sup>1999, besonders 166–170.

<sup>18</sup> Diese Ansicht vertritt der Begründer der um 1930 entstandenen neoliberalen ‘Freiburger Schule’, Walter Eucken (1891–1950). Er verfocht die Idee der Marktwirtschaft, deren Funktionsfähigkeit allerdings durch ordnungspolitische Maßnahmen gewährleistet werden müsse. Später üben seine Ansätze wichtigen Einfluss beim Aufbau der ‘Sozialen Marktwirtschaft’ aus, die unter Ludwig Erhard in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Ende des II. Weltkrieges eingeführt wurde. Vgl. dazu: W. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen/Zürich 1952.

<sup>19</sup> Es ist eine Illusion, ein Rechtssystem als Institution anzunehmen, das automatisch Gerechtigkeit schafft. Denn die Startbedingungen in die soziale Marktwirtschaft sind alles andere als gleiche. Die alten Eliten, die besser ausgebildet waren, das System kannten und auch die finanziellen Fäden in der Hand hielten, hatten zur Wendezeit klar bessere Ausgangsbedingungen als die Bürger des sog. ‘durchschnittlichen Volkes’. Und so verwundert es nicht, dass sich in unserer Zeit gerade wieder die alten Eliten in neuem Gewande präsentieren und als die eigentlichen Gewinner der Wende gelten. So weckt die PDS in Ostdeutschland sowohl nostalgische Gefühle bei den Ostdeutschen und erinnert gern an die ‘Fleischtöpfe Ägyptens’, als auch oppositionelle Gefühle, weil sie leicht sagen kann: “... das konnten doch die Menschen so nicht gewollt haben: Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, hohe Mieten...” Vgl. dazu auch: J. Aretz, *Die DDR – ein Unrechtsstaat? Aufarbeitung in der Vergangenheit und Versöhnung im wiedervereinigten Deutschland*. Aus der Reihe ‘Kirche und Gesellschaft’, Herausgegeben von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Nr. 242, Köln 1997. Aufgrund der Enttäuschungen nach der Wende mache sich nach Aretz in Ostdeutschland eine ‘Ostalgie’ breit, denn die DDR als Staat konnte sehr schnell verschwinden, aber das Leben in der DDR ist nicht so leicht vergessen zu machen!

<sup>20</sup> Als einfaches Beispiel ist hier die Währungspolitik zu nennen. Die meisten Reformdemokratien haben nicht-konvertierbare Währungen, die stückweise konvertierbar



gemacht werden müssen, d.h. dem internationalen Wettbewerb standzuhalten haben. Hier kann es zu Konflikten kommen, wenn nationale Währungspolitik und Interessen von Politikern gegen internationale Institutionen, wie z.B. Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IMF) stehen.

<sup>21</sup> Ausführlicher dazu: D. C. North, *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge 1990.

<sup>22</sup> Vgl. M. Streit, Art. 'Transformation von Wirtschaftsordnungen.' in: Gabler (Hg.), *Wirtschaftslexikon*, Wiesbaden <sup>14</sup>1997, 3812–3814.

<sup>23</sup> Vgl. J. M. Schnarrer, *Anything goes? Sittlichkeit im Zeitalter der Skepsis*, Wien/Tarnow 2000; besonders der Artikel zur Medienethik: Die Wahrheitsfrage als Grundlage der Medien- und Kommunikationsethik. Menschlichkeit, Verantwortung, Integrität und der Wille, die Wahrheit zu berichten und zu sagen, sind Postulate an alle Menschen guten Willens, die am Prozess der global-medialen Kommunikation partizipieren und damit an der Humanisierung der Weltgemeinschaft ihren Anteil nehmen. Wenn der Wert einer Information nicht mehr nur an seiner Verkaufbarkeit gemessen wird, sondern eben auch an den Betreffenden, dann sollte es gelingen, das Humanum verstärkter einzubringen, als es heute der Fall ist ...

<sup>24</sup> Vgl. N. Bayer, *Der Start in die Marktwirtschaft - das tschechische Modell*, Berlin 1999, 85–91.

<sup>25</sup> E. Durkheim, *Der Selbstmord*, Frankfurt/M. 1973, 287f.

<sup>26</sup> *Ebd.*, 288. Ein Hauptmerkmal humanen Seins ist der Sinn für ein gewisses anthropologisch abgesichertes Leben. Aber ein Merkmal der Postmoderne im Allgemeinen wie der Transformation im Besonderen ist die Flexibilität, die automatisch als Folge die Unsicherheit in der Lebensplanung heraufbeschwört. Soziale Sicherheit gibt dem Einzelmenschen Halt, kann aber auch zu Apathie führen. Die Grundeinstellungen und Herausforderungen an den Menschen in Postmoderne und Transformation überlagern sich somit und sind konvergente Größen. Vgl. dazu: J. M. Schnarrer, Werteverstärkungen angesichts des europäischen Umbruchs, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.), *Politische Studien*, März/April 1999, Nr. 364, 14–36. Allgemein gesprochen ist die Entscheidung auf Dauer und Verbindlichkeit heute eines der größten Probleme, das mit der durch den 'Mainstream' postulierten Flexibilität einhergeht. Und dieser Verlust

von Permanenz, der bindend wirkt, mündet ein in Beliebigkeiten, die den Menschen dann doch in seinen Grundbedürfnissen negativ treffen, obwohl vordergründig mehr Freiheit durch die Zunahme an Möglichkeiten vorhanden ist.

<sup>27</sup> In den Aussagen von Schlüsselfiguren bei der Wende 1989/90 spiegelt sich wider, dass damals Nächte lang hindurch diskutiert wurde, ja der 9. November für viele (besonders Ostdeutsche) ein 72-Stunden-Tag war, der plötzlich das Unmögliche möglich machte. Und mancher fragt noch heute: "Waren wir nicht alle wie Träumende ....?" Vgl. dazu: "Der kalte Herbst des 'realen Sozialismus': Berlin, ein Volk und das Ende der DDR", in: *Die Presse*, Wien, 4. November 1999, 3.

<sup>28</sup> Vgl. R. Inglehart, *Kultureller Umbruch - Wertwandel in der westlichen Welt*, Frankfurt/M./New York 1989.

<sup>29</sup> Gerade die in unserer Zeit oft verwendeten Termini der Bürgergesellschaft /civil society/ bekamen in der Zeit der Wendeereignisse konkrete Strukturen, denn hier wurde der Einzelne zum eigentlichen Akteur und konnte so durch Selbstengagement und -initiative zur positiveren Gestaltung der Gesellschaft spezifisch mit beitragen.

<sup>30</sup> Vgl. T. Parsons, *The Social System*, Glencoe/Ill. 1951, 39. Hier spricht Parsons von der "absence of structured complementarity of the interaction-process." Sobald Strukturen nicht mehr eindeutig sind, werden sie leichter manipulierbar und drängen nach Neudefinition.

<sup>31</sup> Zur Begründung von Normen vgl. J. M. Schnarrer, *Norm und Naturrecht verstehen*. Eine Studie zu Herausforderungen der Fundamentelethik, Frankfurt/M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1999, 145-209.

<sup>32</sup> Vgl. dazu weiterführend: D. C. North, *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge 1990.

<sup>33</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des deutschen Soziologen: N. Luhmann, *Soziologie des Risikos*, Berlin/New York 1991. Die luhmannsche Systemtheorie zählt heute zu den größten Herausforderungen der Ethik und Moral. Nach Luhmann ist jede Gesellschaft immer schon durch die soziale Evolution ausgewiesen, was automatisch zu funktional steigender Spezialisierung der Subsysteme führt, wie es in den unterschiedlichsten Bereichen nachgewiesen werden kann. Jedes Einzelsystem hat als Unter-

scheidungsmerkmal vom anderen bestimmte Codes. Ändern sich nun aber viele Codes gleichzeitig ohne Aufrechterhaltung eines Grundkonsenses, dann kommt es zum Paradigmenwechsel, wie er in der 'sanfteren Revolution' von 1989/90 im ehemaligen Ostblock vorstatten ging. (Es gibt aber ebenso eine Reihe von Wissenschaftlern, die den Begriff 'Revolution' für diese Vorgänge für ungeeignet halten, weil kein Blut geflossen ist, was bisher immer wesentliches Merkmal einer Revolution gewesen sei.) Allerdings ist die Konsolidierungsphase noch lange nicht abgeschlossen, denn es ist eine Art asymptotischer Prozess, wo die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den Ländern der westlichen Welt und den Reformdemokratien langsam abnehmen.

- <sup>34</sup> Die Einzelperson weiß in dieser Situation nicht, wie weit ihre Rechte und Pflichten gehen, da auch das juristische System erst erneuert werden muss, um es zum Funktionieren zu bringen.
- <sup>35</sup> Die folgende Schematisierung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, will aber wesentliche Verhaltenskriterien und -muster herausarbeiten.
- <sup>36</sup> Zu diesen psychologischen Grundansätzen, die hier unser Thema weit überschreiten würden, vergleiche: G. Jun, *Charakter*. Ein Beitrag zur Diskussion eines alten Themas, Berlin 1987, 19.
- <sup>37</sup> Bei der Typisierung menschlichen Verhaltens ist aber immer darauf zu achten, dass es sich um ideale Muster handelt, die in der Realität oft nicht so eindeutig und klar hervortreten, wie sie hier theoretisch charakterisiert werden können.
- <sup>38</sup> Menschentyp, der etwas Neues, Originäres schaffen möchte.
- <sup>39</sup> So gründeten sie zwischen 9. 11. 1989 (Fall der Berliner Mauer) und 3. 10. 1990 (Wiedervereinigungstag) in Ostdeutschland viele kleinere Unternehmen, die recht billig ins Register einzutragen waren, und verkauften sie nach der Wiedervereinigung um ein Vielfaches an Interessierte. Das setzte aber auch das systemvergleichende Wissen des jeweils geltenden Status quo in beiden Teilen Deutschlands voraus.
- <sup>40</sup> So hat die 'Wende' oft auch die partnerschaftlichen Rollenverhältnisse, das Familienleben oder Freundschaften neu bestimmt.

- <sup>41</sup> Hier sind alle diejenigen einzuordnen, die vom alten System gut gelebt haben, die Funktionäre und Parteimitglieder und das Heer der Spitzel der Geheimpolizei (z.B. Stasi, KGB), besonders aber auch die Vertreter von Exekutive, Judikative und Legislative des diktatorischen Systems.
- <sup>42</sup> Hier ist aber nicht die ideologisch besetzte Linie des Konservatismus gemeint!
- <sup>43</sup> In einer Ordnung ohne Ordnung ist es nicht verwunderlich, dass der Wunsch nach Sicherheit ein eminenterer ist.

## Weiterführende Literatur des Autors (Auswahl)

### *Bücher:*

*Anything goes? Sittlichkeit im Zeitalter der Skepsis*, Wien/Tarnow 2000.

*Aktuelle Herausforderungen der Ethik in Wirtschaft und Politik: Perspektiven für das 21. Jahrhundert*, Wien 1998.

*Allianz für den Sonntag*, Wien 1998, (Hg.).

*Arbeit und Wertewandel im postmodernen Deutschland*, Hamburg 1996.

*Gemeinwohl und Gesellschaftsordnung. The common good in our changing world. Beiträge zum Naturrecht 2*, Wien 1997, (Hg.).

*Gesellschaftsordnung und Privateigentum am Beispiel der Privatisierung, insbesondere des Bankwesens*, Wien 1996, (Hg.).

*Market, Morality and Marginalization*, Cambridge/MA 1994.

*Norm und Naturrecht verstehen. Eine Studie zu Herausforderungen der Fundamentelethik*, Frankfurt/M. u.a. 1999.

*Zur Naturrechtslehre von Johannes Messner und ihrer Rezeption in Japan. Beiträge zum Naturrecht 1*, Wien 1996, (mit H. Yamada).

### *Artikel:*

Freiheit und Pflichtbewusstsein im post-bipolaren Demokratieverständnis der (Ost-)Deutschen: Eine Nation in Spannung überwundener Teilung, in: Ingeborg Gabriel/Josef Steurer (Hg.), *Demokratie als Herausforderung*. Festgabe für Rudolf Weiler zum 70. Geburtstag, Wien 1997, 119-128.

- Die ganz unterschiedliche Vermögensbildung im Osten und Westen von Deutschland: Eine Untersuchung zu Fakten und Tendenzen als Augenblickaufnahme im Umformierungsprozess, in: Diözesaninstitut für die Verbreitung der Soziallehre der Kirche in Brünn/Tschechien (Hg.), *Die sozioethische Sicht der ökonomischen Transformation in der Tschechischen Republik*, Velehrad/Brünn 1998, 135-156; Auf Tschechisch im selben Band: Rozdílná tvorba majetku ve východním a západním Německu: fakta a tendence, 47-62.
- Globalisierung contra Regionalisierung - Auf dem Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung, in: *Wiener Blätter zur Friedensforschung*, Wien 83(1995)2, 47-59.
- Transformationsprobleme - aufgezeigt an der Situation in den neuen Bundesländern, in: Katholische Sozialakademie der Slowakei (Hg.), *Arbeitslosigkeit in den ehemaligen sozialistischen Ländern und in den westlichen Demokratien*, Bratislava 1997, 154-164.
- Was haben Bürgergesellschaft, Kommunitarismus und Katholische Soziallehre gemeinsam? in: Dr. Karl Kummer-Institut (Hg.), *Gesellschaft und Politik*, Wien 34(1998)4, 28-34.
- Werteverschiebungen angesichts des europäischen Umbruchs: Wenn alte Präferenzen in neue Systeme einzubauen sind, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.), *Politische Studien*, München 50(1999)364, 14-36.



---

Đuro  
NJAVRO

Valerija  
BOTRIĆ

# WIRTSCHAFT UND POLITIK IN KROATIEN





Politik und Wirtschaft dienen dem Wohl von Gemeinschaft und Familie. Da ohne Einblick in die geschichtlichen Zusammenhänge weder die politischen noch die wirtschaftlichen Probleme vollständig zu erfassen sind, wollen wir im Folgenden auf einige Probleme eingehen, die bereits seit längerer Zeit in der kroatischen Wirtschaft zugegen sind.

Die Hauptcharakteristika und -probleme der kroatischen Wirtschaft der Achtzigerjahre waren stagnierendes Sozialprodukt, Rückgang der Produktivität, steigende Arbeitslosigkeit, Inflation und hohe Auslandsverschuldung.

Parallel zum Prozess der Staatsgründung Anfang der 90er-Jahre versuchte die Republik Kroatien wie auch die anderen Transformationsländer, möglichst viele marktwirtschaftliche Elemente in ihr Wirtschaftssystem einzubringen. Aus diesem Grunde wurde der juristische Rahmen entsprechend abgeändert, die Privatisierung der staatlichen Unternehmen in die Wege geleitet und die Entwicklung des privaten Unternehmertums gefördert. Dabei befand sich Kroatien im Vergleich zu den anderen Transformationsländern in einer etwas günstigeren Lage, da sein Wirtschaftssystem bereits seit geraumer Zeit gewisse Elemente der Marktwirtschaft enthielt. Doch als alles erschwe-

render Umstand traf Kroatien zu Beginn der Transformation der Ausbruch des Krieges,<sup>1</sup> der nicht nur zur physischen Vernichtung weiter Teile der Produktionskapazitäten führte, sondern auch den Verlust der Absatzmärkte in Osteuropa mit sich brachte.

Zusätzlich zu den Problemen der Transformation befand sich Kroatien in einem Verteidigungskrieg und musste eine Armee aufstellen, Hunderttausende Flüchtlinge und Vertriebene aus Bosnien-Herzegowina sowie Kriegsversehrte, Hinterbliebene und andere Opfer des Krieges versorgen und den Wiederaufbau bewerkstelligen.

In all diesen Jahren war die kroatische Gesellschaft von dem Problem des wirtschaftlichen Wandels in Anspruch genommen, aber auch von der Schaffung einer neuen sozialen Kohäsion und einer angemessenen Ethik sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik.

## SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER REPUBLIK KROATIEN IM 21. JAHRHUNDERT

---

Das Problem der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Kroatiens ist aufs Engste verknüpft mit der Frage der kulturellen und nationalen Identität im Umfeld der Globalisierung. Gleichzeitig mit der Schaffung ihres Staates mussten sich die Kroaten ihres Modells der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung entledigen.

Nach dem Ende der Kriegsgefahr und unter den gegebenen Umständen der Globalisierungstendenzen und europäischen Integrationsstömungen braucht Kroatien eine eindeutige Definition seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung bzw. seiner weiteren Globalisierungsstrategie, aber auch der Entwicklung seiner kultu-

rellen und wirtschaftlichen Identität. Im Hinblick darauf lassen sich die Grundziele festlegen, die erreicht werden müssen.

### Strategische Entwicklungsziele

- Hoher Grad von Wohlstand für alle Bürger Kroatiens

Das bedeutet: hohe Wachstumsrate, gestützt auf zunehmenden Export; Anstieg von Beschäftigung, sozialer Sicherheit und Lebensstandard; Anpassung der Wirtschaftsstrukturen an die Ausführorientierung; zufrieden stellendes Niveau des Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Gesundheitsstandards der Bevölkerung u. Ä.

- Gerechter Sozialstaat und neue kroatische Gesellschaft

Gemeint ist damit eine weitere Bestätigung des Lebens von Individuum und Familie als Grundwerte der Gesellschaft; eine Ausweitung der Kompetenzen von lokaler Verwaltung und Selbstverwaltung; zunehmende Transparenz und Kontrolle bei den staatlichen Behörden auf allen Ebenen; Professionalisierung und straffere horizontale Verknüpfung der staatlichen Behörden auf allen Ebenen, ...

- Bewahrung des Friedens und der nationalen Sicherheit

Gemeint ist damit die Pflege von guten Beziehungen zu anderen Staaten, insbesondere zu den Nachbarn; der Einsatz für Frieden und Stabilität in der Region; die Mitgliedschaft in den militärisch-politischen euroatlantischen Integrationen; die aktive Teilnahme an den Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozessen sowie der Aufbau ei-

nes modernen, wirkungsvollen und schlagkräftigen Verteidigungssystems.

- Anschluss an die globalen und regionalen Integrationen und Organisationen

Die genannten Ziele beinhalten den Beitritt in die multilateralen Weltorganisationen, die schrittweise Integration in die Europäische Union, die Eingliederung in subregionale Integrationen und Organisationen sowie verstärkte bilaterale Zusammenarbeit.

## WIRTSCHAFTSPOTENZIALE DER REPUBLIK KROATIEN FÜR IHRE KÜNFTIGE ENTWICKLUNG IM UMFELD DER GLOBALISIERUNG

---

Zu den Wirtschaftspotenzialen gehören:

1. menschliche Ressourcen

- allgemein hohes Bildungsniveau
- hohe Mobilität
- traditionelle Kontakte zu hoch entwickelten Ländern
- hohe Motivation zur Entfaltung des demokratischen und sozialen Wohlstands

2. natürliche Ressourcen

- Meer und Wasserläufe
- Naturschönheiten
- Land
- Forst- und Holzreichtum
- relativ gut erhaltene Umwelt und Trinkwasserreichtum
- geopolitische Lage der Republik Kroatien
- adriatische und mediterrane Orientierung

Laut Angaben der Weltbank zum Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt ist die Republik Kroatien ein hoch entwickeltes Transformationsland, was

dem Land die Möglichkeit eröffnet, in relativ kurzer Zeit ein für den Beitritt zu den westeuropäischen Bündnissen zufrieden stellendes Niveau zu erreichen.

Das kroatische Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt lag im Jahre 1997 bei 21,6 Prozent des OECD-Durchschnitts bzw. 19,3 Prozent des EU-Durchschnitts.

## Perspektiven

Die Ziele sind zu erreichen, wenn die Republik Kroatien neue 'Kennmarken' seiner Wirtschaftsentwicklungspolitik schafft. Niedrige Inflationsrate, relativ stabiler Wechselkurs, möglichst ausgeglichener Staatshaushalt und ein einheitliches, unparteiisches Verhältnis gegenüber allen Wirtschaftszweigen sind Kennzeichen einer guten Wirtschaftspolitik.

### Internationales Umfeld

Eine Öffnung gegenüber dem Weltmarkt sowie die Eingliederung in die Prozesse der Globalisierung, der Regionalisierung und der Liberalisierung des Warenaustauschs können zur Entwicklung kleiner Länder beitragen und ihnen zu einem stabilen Wirtschaftswachstum verhelfen, stellen sie aber auch vor zahlreiche Herausforderungen.

Hinsichtlich der Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kroatien und dem Ausland ergeben sich daher folgende strategischen Ziele:

1. Beitritt in die multilateralen Weltorganisationen,
2. schrittweise Integration in die Europäische Union,

3. Anschluss an die subregionalen Integrationen und Organisationen sowie

4. Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit.

Die schrittweise Integration in die Europäische Union ist für Kroatien von oberster strategischer Bedeutung. Eine Erstarbung der integrativen Bindung an die Union stellt eine auf Ausfuhr gestützte, langfristig stabile Wirtschaftsentwicklung in Aussicht sowie auch einen verstärkten Zufluss von Kapital und Investitionen aus dem Ausland; den Anschluss an die internationalen Handelsprozesse, den EU-Binnenmarkt und die Freihandelszonen, die die EU mit anderen Ländern unterhält (Europäischer Wirtschaftsraum, CEFTA, übrige Länder); eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf ausländischen Märkten durch eine stufenweise Reduzierung der Zölle; einen leichteren Zugang zu den internationalen technologischen Prozessen sowie letztendlich auch eine dauerhafte Verbesserung der nationalen Sicherheit.

Eine Integration in die EU bringt für Kroatien Kosten und Nutzen mit sich.<sup>2</sup> Man schätzt, dass die statischen, kurzfristigen Auswirkungen der Integration nach der gegenseitigen Aufhebung der Zölle zunächst zu einem rascheren Anstieg der Einfuhr aus der EU im Vergleich zur Ausfuhr in die EU führen und in der Anfangsphase ein Handelsdefizit nach sich ziehen wird. Doch auch in dieser Zeit werden durch die Einfuhr von Produktionsgütern und Kapital, d.h. durch eine Kapitalerneuerung moderner Produktion, zahlreiche positive Effekte zu verzeichnen sein.

Der Stabilitätspakt kommt den Plänen Europas für eine Eingliederung der Länder Südosteu-

ropas in die europäische Integration entgegen, was von kroatischer Seite unterstützt wird und als Gelegenheit und Möglichkeit für langfristige Zusammenarbeit, für Stabilität und Frieden in der Region, aber auch für einen beschleunigten Beitritt in die EU unter Beibehaltung seiner nationalen und staatlichen Identität betrachtet wird.

## DIE NEUE ROLLE DES STAATES

Die Verwirklichung der strategischen Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung verlangt die Formierung einer neuen und andersartigen Rolle des Staates für die Wirtschaft. Sie muss dahin gehend verändert werden, dass der Staat die Entwicklung der Marktwirtschaft nachhaltig unterstützt, das Wirtschaftswachstum fördert und eine sozial gerechte Gesellschaft schafft.

Die Bemühungen der kroatischen Regierung um mehr soziale Gerechtigkeit und die Sicherung des Existenzminimums sind abzulesen an dem stetig ansteigenden Staatshaushaltsposten der laufenden Transfers an diejenigen Kategorien, die diese Hilfe am nötigsten haben.<sup>3</sup>

Tabelle 1.  
 Konsolidierter Staatshaushalt

in Mio. HRK	1994	1995	1996	1997	1998	1999*
Einnahmen und Zuwendungen gesamt	40194.3	47440	54385	60199	72264	75852
Einnahmen gesamt	40194	47430	54371	60181	72242	75824
laufende Einnahmen	39833	46451	52778	58986	68976	68599
Steuereinnahmen	37767	43677	47962	53282	62764	62248
Einkommenssteuer	5317	5732	6916	6714	7965	7407
Gewinnsteuer	887	1401	1772	2504	3331	3181
Sozialversicherungsbeiträge	11525	13920	15534	17725	18144	19051
Produktsteuern	13107	12802	13504	15133	22200	20646
Verbrauchssteuern	2689	4960	5391	5405	5768	6389
Steuern auf internationalen Zahlungsverkehr und Transaktionen	3487	3922	3942	4640	4128	4252
übrige	755	940	903	1161	1228	1321

in Mio. HRK	1994	1995	1996	1997	1998	1999*
außersteuerliche Einnahmen	2066	2774	4816	5704	6212	6351
Kapitalerträge	361	979	1593	1195	3266	7225
Zuwendungen	0.3	10	14	18	22	28
Ausgaben und Anleihen, verringert um Tilgung, gesamt	38598	48139	54783	61697	71472	78597
Ausgaben gesamt	38274	47881	54296	61058	70250	77243
laufende Aufwendungen	35607	43408	46940	53608	60865	64385
Löhne und Gehälter (brutto)	9064	11739	12051	13577	16297	18253
Ausgaben für übrige Güter und Dienstleistungen	13606	15630	15109	15089	17140	15255
Zinsen	1138	1423	1243	1839	2100	2363
Subventionen	2065	2043	2345	2647	3645	3362
laufende Transfers	9734	12573	16192	20456	21683	25153
Kapitalaufwendungen	2667	4473	7356	7450	9385	12858
Kapitaltransfers	269	1933	3281	3257	3784	5444
Investitionen gesamt	2398	2540	4075	4193	5601	7414
Anleihen, verringert um Tilgung	324	258	487	639	1222	1354
laufendes Defizit/Suffizit	4226	3043	5838	5378	8110	4214
Defizit/Suffizit gesamt	1596.3	-699	-398	-1498	791	-2745

Quelle: Finanzministerium

\* geschätzt

Die Sorge um die sozial schwachen Bevölkerungsschichten bringt es mit sich, dass in nächster Zukunft die Umverteilung der Einkünfte eine wichtige Aufgabe des Staates darstellen wird. Dazu ist ein gerechtes Steuersystem erforderlich, doch andererseits muss auch weiterhin am Prinzip der Effizienz des Steuersystems festgehalten werden. Zusätzlich zur Umverteilung müssen noch andere Instrumente zum Einsatz kommen, wie beispielsweise die Unterordnung der Wirtschaftspolitik unter die Ziele von Wirtschaftswachstum und -entwicklung, was zu mehr Beschäftigung führen und auf diese Weise die Zahl der sozial Schwächeren verringern wird.

Der staatliche Sektor, d.h. der auf Wirtschaftswachstum und Marktwirtschaft ausgerich-



tete Staat, muss leistungsfähiger werden, als er gegenwärtig ist. Das Grundprinzip für das Funktionieren des Staates und sein Verhältnis zur Wirtschaft muss lauten: Der Staat darf keine Arbeiten übernehmen, die der Markt besser regeln kann, sondern vielmehr bei eventuellen Misserfolgen ausgleichend eingreifen. So gesehen muss der Staat so weit wie möglich von einer Produzentenrolle ablassen und durch geeignete Maßnahmen ein günstiges Umfeld für die Entfaltung des Privatsektors schaffen, der bereit ist zu Innovation und kommerziellem Risiko.

Ein reibungsloses und leistungsstarkes Funktionieren der Marktmechanismen ist nur in einem Rahmen möglich, der gekennzeichnet ist durch das Bestehen eines Rechtswesens, das in der Lage ist, Zahlungsdisziplin, den Schutz von Gläubigern und Eigentumsrechten, die Einhaltung von Verträgen und das rasche Verschwinden untauglicher Unternehmen vom Markt zu gewährleisten. Der weitere Ausbau einer unabhängigen Justiz, aber auch die kontinuierliche Verbesserung der Qualität und fachlichen Befähigung der Richter ist daher unbedingt erforderlich.

Außerdem muss der Staat eindeutig Stellung beziehen gegenüber Verlustbetrieben und aufhören mit dem Sanieren von Unternehmen durch Steuer- und Abgabenerlass oder durch die fruchtlose Subventionierung ihrer Produkte, denn in den überwiegenden Fällen wurde dadurch nichts anderes erreicht, als die Probleme auf die Steuerzahler abzuwälzen.

Um die Effektivität von Investitionsprojekten zu erhöhen und Fehlinvestitionen möglichst gering zu halten oder zu verhindern, muss der Staat seine Rolle als Investor verringern und als einzi-

gen Investitionsbereich die wirtschaftliche Infrastruktur beibehalten, doch auch da seine Aktivitäten mit den Möglichkeiten der Finanzierbarkeit in Einklang bringen.

In der kommenden Zeit ist der Berufsausbildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um eine höhere Flexibilität der Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Dazu ist ein Ausbau der Fachstudiengänge notwendig, die streng spezialisiert sein und damit den Anforderungen der neuen Technologien und der Entwicklung und Förderung des Unternehmertums gerecht werden müssen. Von daher ist strikt zu trennen zwischen Fachstudium, das den Forderungen der Wirtschaft entsprechen muss, und wissenschaftlichem Studium, das auf die Erlangung von akademischen Titeln ausgerichtet ist.

Die strategische Vision von einer neuen Rolle des Staates ist unvollständig ohne eine Vision von der regionalen Entwicklung und von den wechselseitigen Beziehungen zwischen regionaler Entwicklung und Gesamtrolle des Staates. Die Unterschiedlichkeiten der Regionen sind als Vorzug und nicht als Belastung aufzufassen und sollten auf kreative Art und Weise als Faktoren für eine beschleunigte und verbesserte Entwicklung der einzelnen Regionen genutzt werden.

Das heißt aber selbstverständlich nicht, dass eine autonome Entwicklung einer Region gefördert werden soll, die die Lage und Interessen der anderen Regionen außer Acht ließe. Regionalpolitik darf nicht bloß Politik für unterentwickelte Regionen und Gespanschaften sein. Vielmehr muss sie die Entvölkerung einzelner Landstriche aufhalten, den Zustrom der Menschen in die Großstädte bremsen, die Eigenarten der einzelnen

Gesellschaften herausstreichen (was insbesondere für die Entwicklung des Fremdenverkehrs wichtig ist) und Direktinvestitionen aus dem Ausland anwerben, um so durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen die negativen Folgen der Abwanderung aufzufangen.

## STEUERPOLITIK

---

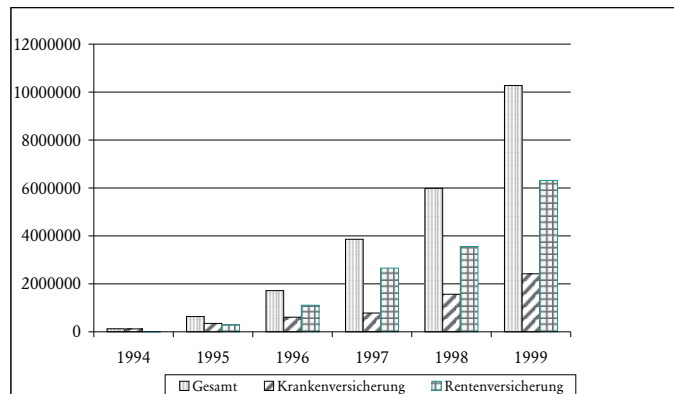
Bei der Verwirklichung der strategischen Ziele muss die Finanzpolitik Folgendes sicherstellen:

- Verringerung der Steuerlasten,
- Verringerung der öffentlichen Ausgaben,
- einen ausgeglichenen Haushalt oder ein Defizit, das die Höhe der Umstrukturierungskosten der Rentenreform nicht überschreiten darf,
- hohes Sparaufkommen,
- tragbare Verschuldung der öffentlichen Hand.

Bei der Verwirklichung dessen müssen Einsparung, Rationalität und Effizienz die Grundprinzipien für den Umgang mit den öffentlichen Ressourcen sein. Außerdem muss unbedingt mit der Durchführung der Finanzreform des Renten- und Krankenversicherungssystems begonnen werden. Abbildung 1 zeigt, wie die Ausgaben des Staatshaushalts für die Finanzierung der Renten- und Krankenversicherung von Jahr zu Jahr steigen.

Im Laufe der vergangenen fünf Jahre wurde in Kroatien ein modernes und transparentes, auf Verbrauchsbesteuerung basierendes Steuersystem geschaffen. In seinen Grundzügen braucht dieses System bis zum Jahre 2005 nicht abgeändert zu werden, doch die Finanzpolitik muss auf die Verringerung der Steuerlasten und auf mehr Gerech-

Abbildung 1.  
Transfers aus dem  
Staatshaushalt an  
außeretatmäßige  
Versicherungsfonds (in  
Kroatischen Kuna)



Quelle: Finanzministerium

tigkeit im bestehenden System ausgerichtet sein, indem sie die Instrumente der persönlichen Freibeträge und der unterschiedlichen Koeffizienten für den Unterhalt von Familienangehörigen stärker zur Anwendung bringt.

Wie bisher, so muss auch in Zukunft der Einsatz von fiskalischen Instrumenten zur Durchführung selektiver Industriepolitik vermieden werden. Die Grundrichtung der Steuerpolitik muss die Schaffung einheitlicher fiskalischer Bedingungen für sämtliche Wirtschaftsunternehmen sein. Dieses Ziel rechtfertigt Steuererleichterungen für ganz bestimmte Aspekte des Sparens, wie z.B. Steuerfreibeträge für zum Sparen bestimmte Einkommensteile, Hilfestellung beim Ausbau der Bausparkassen und auch Steuererleichterungen bei Reinvestition von Gewinnen.

Eine stufenweise Verringerung der Sozialversicherungsabgaben wird für eine Verringerung von Lohnnebenkosten bzw. Personalaufwand und damit für eine leichtere Anstellung von Arbeitskräften und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Wirtschaft sorgen.

Da allerdings die Forderung nach einer Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge dem

großen und weiter ansteigenden Finanzmittelbedarf des Renten- und Krankenversicherungssystems entgegensteht, ist eine grundlegende Reform dieser beiden Versicherungssysteme, flankiert von weiteren Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand, Grundvoraussetzung für eine tragbare Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.

Die derzeitige Art der Gewinnbesteuerung ist zwar bereits auf das Ziel abgestimmt, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, denn durch den Mechanismus des Zinsschutzes unterliegt nur derjenige Teil des Gewinns der Steuerpflicht, der über die Standardverzinsung des Eigenkapitals hinausgeht. Doch ein auf ausländische Direktinvestitionen fein abgestimmtes Abkommen über das Vermeiden einer Doppelversteuerung sowie exakt festgelegte Steuervergünstigungen wären für ausländische Firmen zusätzliche Impulse, nach Kroatien zu kommen.

Der Strukturwandel der öffentlichen Ausgaben macht weitere Einsparungen im Staatshaushalt (gemessen an den Ausgaben für Güter und Dienstleistungen) sowie Veränderungen an seiner Struktur zugunsten der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft nötig. Die Kürzung der Ausgaben für Armee und Polizei muss in den nächsten Jahren ebenfalls fortgesetzt werden. Eine Rationalisierung der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die Beseitigung des derzeitigen Ungleichgewichts in den Ausgaben für Löhne und Gehälter, bei denen heute die Gehälter für Armee und Polizei dominieren, wird zu einer Reduzierung der Gesamtlohnkosten führen und den Entstehungsprozess einer motivierten und leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung in Gang setzen.

Eine Verringerung der Investitorrolle des Staates im Bereich der Infrastruktur bei gleichzeitigem Abschluss des Wiederaufbaus und zunehmender Zurückhaltung bei Kapitalaufwendungen dürfte in den kommenden Jahren eine bedeutende Quelle für die Verringerung des gesamten öffentlichen Sektors sein.

Die Verwirklichung des Sozial- und Rechtsstaats muss sich auf der Ausgabenseite des Staatsstats niederschlagen – bei den Transfertransaktionen. In Zukunft müssen diese Transaktionen ein Anwachsen des Lebensstandards der Rentner sowie einen angemessenen Grad von Schutz für die sozial Schwächeren gewährleisten, der mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes und dem Tempo des Wirtschaftswachstums Schritt hält. Eine sorgfältige Kontrolle des künftigen Anwachsens der Transfers, aber auch der Erhalt der fiskalischen und der gesamten makroökonomischen Stabilität sind die Grundvoraussetzung für eine Verringerung des öffentlichen Sektors.

## DER SOZIALSTAAT

---

Laut Verfassung ist die Republik Kroatien ein Sozialstaat. Eine der obersten Aufgaben der Innenpolitik muss daher die Lösung sozialer Fragen sein. Doch ohne gut entwickelte Wirtschaft, klar umrissene Vorstellungen von der wirtschaftlichen Entwicklung und sinnvolle Sozialpolitik kann es keinen echten Sozialstaat geben. Zudem schließt die Entscheidung für soziale Marktwirtschaft auch die komplexen Prozesse von Privatisierung und Wirtschaftsreform mit ein, die, wenn sie nicht gut durchdacht sind, zu untragbaren sozialen Unterschieden führen.

Während die entwickelten westeuropäischen Industrieländer über starke institutionalisierte Mechanismen zur Artikulierung sozialer Interessen verfügen, die die Interessen von Arbeit, Kapital und Regierung zusammenbringen, muss Kroatien noch viel für den Ausbau der Mechanismen der sozialen Partnerschaft tun, die das einzig gebotene Mittel zur friedlichen Interessensartikulation und zur Beilegung sozialer Konflikte ist. Die Erfahrungen der Industrieländer können uns bei der Schaffung des sozialen Konsens helfen, wobei allerdings Kroatien als Reformland bei der Übertragung auf die hiesigen Verhältnisse mit äußerster Vorsicht vorgehen und den besonderen Umständen seiner Entwicklung Rechnung tragen muss.

Eine besondere Herausforderung für den Sozialstaat stellt die globale Entwicklung der Weltwirtschaft dar, da sämtliche Produktionsfaktoren unterschiedlichster Herkunft, Kultur und Entwicklungsstufen am Wettbewerb auf dem Weltmarkt teilnehmen. Wie kann der Prozess der Globalisierung in den Dienst der Erstarkung des Sozialstaats gestellt und mit den nationalen Interessen in Einklang gebracht werden? Eine akzeptable Antwort wäre: durch gesteigerte Leistungsfähigkeit aller Strukturen des Sozialstaats sowie durch die Frage, ob das überlieferte System der sozialen Rechte und Verteilungskriterien überhaupt noch gerechtfertigt ist. Um eines bestimmten sozialen Optimums willen müssen die neuen Antworten für sämtliche Gesellschaftsgruppen annehmbar sein. Das Ziel ist dabei die Bewahrung des sozialen Friedens, der Stabilität der Gesellschaft und der Grundwerte der Verfassung. Doch die Bewahrung des sozialen Friedens darf nicht zu Lasten

der Veränderungen gehen, die für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt unbedingt erforderlich sind, da sie die einzige Gewähr dafür sind, dass die Sozialpolitik nicht unerträglicher Natur sein wird. Die Kosten für die Veränderungen und die Reform des Sozialstaats müssen ebenfalls gerecht verteilt werden.

Eines der Hauptprobleme des kroatischen Wirtschaftswachstums ist das niedrige Sparniveau im Land von rund 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das für das Erreichen der angestrebten

Tabelle 2.  
 Bruttoinlandsprodukt der  
 Republik Kroatien

	1994	1995	1996	1997	1998*
privater Verbrauch	46,574,917	62,882,204	65,366,838	77,028,077	82,539,956
staatlicher Verbrauch	25,737,829	28,916,516	29,153,903	31,972,817	36,262,826
Bruttoinvestitionen	15,191,341	17,313,462	23,688,618	34,857,570	32,047,192
Anlageinvestitionen	12,209,891	15,397,952	22,089,403	29,952,191	32,856,685
Veränderungen der Reserven	2,981,450	1,915,510	1,599,215	4,905,379	-809,493
Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen	40,086,299	37,951,200	43,401,700	50,280,616	55,399,536
minus: Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen	40,149,221	48,681,400	53,630,500	70,328,345	67,857,775
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>87,441,165</b>	<b>98,381,982</b>	<b>107,980,559</b>	<b>123,810,735</b>	<b>138,391,735</b>
BIP nach der Aufwandmethode					1994=100
laufende Preise					
	<b>1994</b>	<b>1995</b>	<b>1996</b>	<b>1997</b>	<b>1998</b>
privater Verbrauch	100.0	135.0	140.3	165.4	177.2
staatlicher Verbrauch	100.0	112.4	113.3	124.2	140.9
Bruttoinvestitionen	100.0	114.0	155.9	229.5	211.0
Anlageinvestitionen	100.0	126.1	180.9	245.3	269.1
Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen	100.0	94.7	108.3	125.4	138.2
minus: Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen	100.0	121.3	133.6	175.2	169.0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>100.0</b>	<b>112.5</b>	<b>123.5</b>	<b>141.6</b>	<b>158.3</b>
<b>Anteil des Sparaufkommens am BIP</b>	<b>23.6</b>	<b>9.6</b>	<b>16.1</b>	<b>16.7</b>	<b>16.0</b>

Quelle: Staatliches Amt für Statistik

\* vorläufige Angaben



Entwicklungsstufe auf rund 25 Prozent steigen muss. Daher stellt sich die Frage nach zusätzlichen Sparquellen.

In den letzten Jahren wurden Sparquellen im eigenen Land genutzt, doch da es langfristig negative Folgen haben kann, wenn man sich ausschließlich auf eine solche Politik verlässt, müssen Mittel gefunden werden, die das Sparaufkommen vergrößern, ohne jedoch gegen die Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit zu verstoßen.

Von besonderer Bedeutung ist daher, dass die zweite und dritte Säule der Rentenreform angewandt wird, d. h. sowohl Pflicht- als auch freiwillige Sparbeiträge zur Rentenversicherung entrichtet werden, dass das Bausparkassenwesen ausgebaut wird und Lebensversicherung und Zusatzkrankenversicherung weitere Verbreitung finden.

Sozialpolitik ist kein einheitlicher Bereich, da die Bedürfnisse nach sozialer Intervention unterschiedlich sind und häufig nicht miteinander in Verbindung stehen. Als besondere Maßnahmen der Sozialpolitik können drei Kategorien aussondert werden:

1. Maßnahmen, die auf den Bereich der Arbeit gerichtet sind,
2. Maßnahmen, die auf sozial besonders schwache Teile der Bevölkerung gerichtet sind,
3. Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität.

Der erste Bereich umfasst Maßnahmen von Gesetzgebung, Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Arbeitsmarktregulierung, Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeit und Jahresurlaub, Mindestlöhne, Mitbestimmungsrecht, Rentenversicherung u. Ä.

Der zweite Bereich umfasst Maßnahmen zur Unterstützung von Kranken, Invaliden, Alten, Fa-

milien, Opfern von Naturkatastrophen, Kriegsversehrten, Kindern, Jugendlichen, Waisen, Obdachlosen u. Ä.

Zum dritten Bereich gehören Maßnahmen der Wohnungsbau-, Schul-, Ausbildungs-, Bildungs- und Umweltpolitik, Verbrechensbekämpfung u. Ä. Diese Maßnahmen sind nicht rein sozialer Natur, sondern berühren auch andere Bereiche der Politik, die jedoch zweifellos ebenfalls eine soziale Komponente haben.

### Die soziale Lage der Rentner in Kroatien

Das Problem des Rentenversicherungssystems ist zu einer Kernfrage der sozialpolitischen Prozesse und Auseinandersetzungen geworden, sodass die Reform des Systems eine gemeinsame und allumfassende Lösung für die gegenwärtigen und künftigen Rentnergenerationen darstellt. Auf lange Sicht kommt sie vor allem jenen zugute, die heute erst am Anfang ihres Berufslebens stehen.

In Ländern wie Kroatien, in denen die Lage der Rentner vom öffentlichen Rentenversicherungssystem abhängt, trifft jede, auch die geringste Veränderung an diesem System weite Teile der Bevölkerung und steht in direktem Zusammenhang mit der jeweiligen Wirtschaftsentwicklungsstrategie.

Laut mehreren im Jahre 1998 durchgeführten Untersuchungen ist der typische kroatische Rentner eine Frau (65 %), zwischen 60 und 70 Jahre alt und seit weniger als zehn Jahren im Ruhestand, hat 21 bis 35 Jahre Erwerbstätigkeit hinter sich, lebt in einem Drei-Personen-Haushalt, ist gemäßigt religiös, interessiert sich nicht für Politik, geht aber regelmäßig zur Wahl. Ein Drittel der Rentnerhaushalte hat ein Einkommen von 1000

bis 2000 Kuna und ein Fünftel weniger als 1000 Kuna.

Eine Analyse der Angaben zu den Rentempfängern zeigt, dass ihr Hauptproblem im relativ niedrigen Einkommen liegt, doch der Vorteil gegenüber den übrigen Altersgruppen besteht darin, dass sie häufig Eigentümer von Immobilien sind, was die Lebenshaltungskosten erheblich verringert. Die meisten Rentner (64,5 %) sind nämlich Haus- oder Wohnungseigentümer, 23,6 Prozent sind dabei, die Wohnung abzuzahlen, und weitere 8,2 Prozent haben das Recht auf eine verbilligte Wohnung und darauf, diese verbilligt zu kaufen. Hinzu kommt, dass 35 Prozent der Rentner noch andere Immobilien besitzen (Ferienhäuser, Land, Wälder).

### Die Notwendigkeit der Rentenreform

Der Übergang zur Marktwirtschaft hat es für viele Länder notwendig gemacht, ihr gesamtes Wirtschaftssystem und innerhalb dessen auch das Rentensystem zu reformieren. Dieses Problem stellte sich auch für die Republik Kroatien. Die Hauptschwierigkeiten der Reform liegen hier in der Finanzierung der Initial-Transitionskosten und in der Wahl eines geeigneten Rentensystems. Die auf dem Generationenvertrag basierenden Rentensysteme stecken beinahe überall auf der Welt in einer Krise.

Die Hauptziele des künftigen Rentensystems sind:

- verringerter Anstieg der Rentnerzahlen
- verringerte Rentenversicherungsbeiträge

## Die erste Säule des Rentensystems

Hier bleibt das System des Generationenvertrags weiter in Gebrauch, sodass die Erwerbstätigen die Mittel für die Renten erwirtschaften. Anders ausgedrückt: Das Geld, das als Rentenbeitrag eingezahlt wird, wird umgehend an die Rentenempfänger ausgezahlt.

## Die zweite und dritte Säule des Rentensystems

Die zweite und dritte Säule des Rentensystems basieren auf individueller Vermögensbildung. Die zweite Säule ist Pflicht, die dritte freiwillig.

Die zweite Säule sieht vor, dass alle Beschäftigten unter vierzig einen Teil ihrer Rentenbeiträge auf ein individuelles Rentensparkonto einzahlen, während der Restbetrag für die laufenden Rentenzahlungen verwendet wird. Alle Beschäftigten über vierzig entrichten ihre Beiträge weiter wie gewohnt, nach dem Prinzip des Generationenvertrags. Auf diese Weise wird der Etat weit weniger belastet, als wenn *jeder* Erwerbstätige einen Teil seiner Beiträge auf ein individuelles Konto einzahlen würde.

Die dritte Säule ist dadurch gekennzeichnet, dass die Erwerbstätigen sowohl die Höhe ihrer Beiträge als auch die Rentenversicherungskasse selbst wählen. Auf diese Weise wird es dann möglich, dass Privatvermögen in die Rentenkassen fließt. Für die Absicherung der entsprechenden Investitionen und des Wirtschaftswachstums muss ein leistungsfähiger Kapitalmarkt bestehen – leistungsfähig im Hinblick auf sich rentierende Spareinlagen und gewinnträchtige Investitionen. Der kroatische Kapitalmarkt befindet sich noch im Entstehen. Und Kapitalmärkte im Entstehen unterscheiden sich erheblich von den Kapital-

märkten der hoch entwickelten Industrieländer, die bereits auf eine lange Geschichte zurückblicken können, denn im Gegensatz zu ihnen sind die Grundzüge der jungen Kapitalmärkte:

- sehr geringe Kapitalisierung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt
- sehr geringe Notierung von Aktien an der Börse
- niedriger Umsatzkoeffizient
- fehlende Transparenz, Liquidität u.Ä.

Für den weiteren Ausbau des Kapitalmarkts ist es erforderlich, einen rechtlichen und institutionellen Rahmen zu schaffen, der Anreize schafft für den Transfer von einheimischen Ersparnissen auf den Kapitalmarkt. Die initialzündende Rolle fällt dabei der zweiten und dritten Säule der Rentenreform zu.

### **Soziale Partnerschaft als Modell des sozialen Friedens**

Für jede Gesellschaft, insbesondere aber für die Reformländer, ist es wichtig, dass die Sozialpartner ihre Interessen artikulieren können. In den westlichen Gesellschaften ist diese Sozialpartnerschaft der Mechanismus zur Artikulation des wichtigen Interessendreiecks Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Regierung, das für Stabilität und ein beneidenswertes Niveau des sozialen Friedens sorgt.

Die Bedeutung dieser Sozialpartnerschaft für Reformländer wie Kroatien liegt in der Schaffung geeigneter Maßnahmen oder diplomatischer Kommunikationsmechanismen zur Artikulation gegensätzlicher Interessen. Für die Gesellschaft dieser Länder, die zur Marktwirtschaft übergehen und noch die Wunden des ehemaligen sozialistischen Systems tragen, die verschiedene Modelle der Transformation und Privatisierung auspro-

biert haben, die mit den sozialen Folgen dieser Modelle und sozialer Ungleichheit konfrontiert sind und nur über unzulängliche Mechanismen zur Artikulation der Sozialpartner verfügen – für sie ist der Mechanismus der sozialen Partnerschaft ein wichtiges Mittel zur Schaffung von Stabilität und Frieden in der Gesellschaft.

## JUGEND UND ARBEITSLOSIGKEIT

Die Veränderungen, die die Transformation der kroatischen Wirtschaft mit sich bringt, zusätzlich noch erschwert durch die Hinterlassenschaft von Rezession und Krieg, haben sich in besonderem Maße auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Hohe Arbeitslosigkeit, Überbeschäftigung, fehlende neue Arbeitsplätze und enorme Schwarzarbeit sind die Probleme, denen sich Kroatien in der Anfangszeit der Transformation und der Anpassung an den Weltmarkt gegenüber sah.

Doch Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Problem der Reformländer. Laut Angaben der Weltarbeitsorganisation (ILO) sind weltweit rund eine Milliarde Arbeiter bzw. ein Drittel der Arbeitskräfte ohne Anstellung oder unterbeschäftigt.

Auch in der Zeit vor 1990 war die Jugendarbeitslosigkeit in Kroatien bereits stark ausgeprägt, sodass in den Achtzigerjahren zwischen 62 und 67 Prozent der Arbeitslosen jünger als 25 waren. Einer Umfrage aus dem Jahre 1998 zufolge stellen die 19- bis 24-Jährigen 24 Prozent der Arbeitslosen.

Zu den am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Altersgruppen zählt neben den Jugendlichen auch die ältere Generation, unter der – teils wegen des fortgeschrittenen Alters, aber auch aufgrund von Ausbildung und Anpassungs-

schwierigkeiten – die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch ist und weiter zunimmt.

Die nationale Beschäftigungspolitik, die 1998 vom kroatischen Parlament (*Sabor*) beschlossen wurde, konnte das Problem bislang nicht lösen, denn es stellte sich heraus, dass auf den Arbeitsmarkt gerichtete Maßnahmen allein kurzfristig nicht zu mehr Beschäftigung führen können.

Der wichtigste Impuls für echte Arbeitsplatzbeschaffung ist die wirtschaftliche Entwicklung. Dazu müssen die Voraussetzungen geschaffen werden: ein marktwirtschaftliches Umfeld, das sich positiv auf Wachstum und Entwicklung auswirkt. Neue Arbeitsplätze entstehen durch die Förderung des Wirtschaftswachstums, und zwar in erster Linie im privaten Sektor mit besonderer Betonung auf Klein- und Mittelstandsbetrieben. Dringend erforderlich ist in diesem Zusammenhang auch die möglichst rasche Privatisierung der großen öffentlichen Unternehmen, die dem Staat gehören; die Rentenreform; die mittelfristige Verringerung des Anteils des staatlichen Verbrauchs und der Renten- und Krankenversicherungsfonds am Bruttoinlandsprodukt auf rund 45 Prozent; die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit; die Öffnung gegenüber dem Weltmarkt u. Ä.

All das stellt notwendigerweise auch die wirtschaftliche Entwicklung in den Dienst der Beschäftigungspolitik, welche die institutionellen Voraussetzungen für die Entwicklung des Unternehmertums und der Arbeitsethik zu schaffen und die räumliche und berufliche Flexibilität der arbeitsfähigen Bevölkerung ausbauen hat. Dabei ist stets im Auge zu behalten, dass Flexibilität und die Fähigkeit zu rascher Weiterbildung und Umschulung heute zu den grundlegendsten For-

derungen der Wirtschaft an die Arbeitskräfte gehören. Im Zeitalter von Globalisierung und technologischem Fortschritt wird der Mensch in seinem Leben im Schnitt drei Karrieren haben.

Wissen und Flexibilität sind damit zu Grundvoraussetzungen für die Beschäftigung des Einzelnen und die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes geworden. Untersuchungen haben gezeigt, dass Investitionen in Bildung und Ausbildung doppelt so hohe Erträge bringen wie die in Industrieanlagen und Betriebsausstattung. Daher muss auch Kroatien die Struktur seiner Wirtschaft an die neuen Umstände anpassen, wenn es sich auf dem Weltmarkt behaupten will. Angesichts von Globalisierung und Konkurrenzdruck muss Kroatien vor allem in die Bildung und Ausbildung seiner Arbeitskräfte investieren (die Grundlage des südasiatischen Wirtschaftswunders).

## SCHLUSSBEMERKUNG

---

Abschließend lässt sich Folgendes festhalten:

Die kroatische Wirtschaft ist durch zahlreiche Probleme aus der Vergangenheit belastet, was sich in erster Linie in der Ineffizienz der Wirtschaftsstruktur niederschlägt.

Hohe Wachstumsraten können durch eine verbesserte Nutzung der bestehenden Kapazitäten, durch deren Modernisierung und technologische Erneuerung sowie durch die Ausweitung der Produktionskapazitäten erreicht werden.

Vor allem in die Anhebung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus der Jugend muss systematisch investiert werden.

Die gesamte Wirtschaftspolitik muss den Export ankurbeln und das Sparen, vor allem langfristige Spareinlagen von Bürgern und auch Un-



ternehmen fördern, unter anderem durch steuerliche Anreize.

Ausländische Investitionen müssen erleichtert werden, indem interessierten Investoren besondere Steuerbegünstigungen gewährt werden, vor allem in den Bereichen der neuen Technologien und der Ausfuhr.

Durch Maßnahmen der aktiven Politik muss auf die Flexibilität des Arbeitsmarktes und auf Arbeitsplatzbeschaffung hingearbeitet werden.

Unternehmertum und Solidargemeinschaft ist zu fördern und das Gleichgewicht zwischen persönlicher Verantwortung und Risikoübernahme zu bewahren.

Politik und Wirtschaft müssen ethisches Handeln im Dienste des Allgemeinwohls sein.

Durch ein aufeinander abgestimmtes Handeln von Politik und Wirtschaft muss der soziale Dialog und der soziale Frieden – das Milieu für jeden weiteren Fortschritt von Gemeinschaft und Familie – weiter ausgebaut werden.

<sup>1</sup> Nach Einschätzung von Selowsky und Martin (1997) hat in den Jahren 1990 bis 1995 in den Reformländern der Krieg im Schnitt zu einem zusätzlichen Rückgang des Outputs von rund 16 % pro Jahr geführt.

<sup>2</sup> Siehe die Studie von G. Nikić (Hg.), *Očekivani utjecaj pridruženog članstva u Europskoj uniji na gospodarstvo Hrvatske: cost benefit analiza*.

<sup>3</sup> Siehe Tabelle 1, Posten 'Laufende Transfers'.

## Anmerkungen

## LITERATUR

- Baletić, Z. (Hauptredakteur) et al. (1999), *Hrvatsko gospodarstvo u tranziciji*, Ekonomski institut Zagreb, Zagreb.
- Creedy, J. (1998), *Pensions and population ageing: an economic analysis*, Edward Elgar, Cheltenham.
- Foreman-Peck, J. (Hg.) (1998), *Historical foundations of globalization*, An Elgar Reference Collection, Cheltenham.
- Nikić, G. (Hg.) (1998), *Očekivani utjecaj pridruženog članstva u Europskoj uniji na gospodarstvo Hrvatske: cost benefit analiza*, EIZ und IMO.
- Njavro, Đ. (1997), *Hrvatska po mjeri čovjeka: tržišno gospodarstvo i socijalna država: govori i razgovori*, Pan-liber, Osijek-Zagreb-Split.
- Selowski, M. / Martin, R. (1997), *Policy Performance and Output Growth in the Transition Economics*, American Economic Review, Papers and Proceedings, 87 (1997) 2, 349-368.

---

Vlado  
ŠAKIĆ

DIE PRIVATISIERUNG  
IN DEN AUGEN  
DER KROATISCHEN  
ÖFFENTLICHKEIT

(Analyse der  
sozial-ethischen  
Auswirkungen)



Der Niedergang des Kommunismus Ende der 90er-Jahre hat weltweit auf globaler Ebene, insbesondere aber in den Ländern, in denen der Kommunismus die herrschende Ideologie war, zu großen geopolitischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und ideologischen Veränderungen geführt. Daher kann man all diese Veränderungen auch nicht erläutern, wenn man dieses globale Phänomen lediglich aus einer einzelnen – wissenschaftlichen, wirtschaftlichen oder anderen – Perspektive analysiert, vor allem, wenn man bedenkt, dass als unmittelbare Folge dieses Prozesses auf globaler Ebene neue, mächtigere Interessengemeinschaften entstanden sind, die, da sie grundsätzlich auf die ‘sture’ Verfolgung ihrer Interessen ausgerichtet sind, nicht selten die normalen gesellschaftlichen Prozesse ‘vergewaltigen’, d.h. unter ihre Kontrolle bringen.

Das oberste Mittel zur Unterwerfung des Schwächeren durch den Stärkeren war in der Geschichte, wie man weiß, der Eroberungskrieg. Dabei verfolgte der ‘Stärkere’ hauptsächlich geopolitische und wirtschaftliche Ziele, doch die nachhaltigsten Eroberer, d.h. Ausbeuter fremder Ressourcen waren diejenigen, die das in den eroberten Gebieten bestehende Werte- und Kultursystem nicht zerstört haben. Beispiele dafür sind die

Reiche, die infolge der Eroberungen Alexanders des Großen, der Römer und zum Teil auch der Osmanen sowie durch die europäischen Kolonialeroberungen in Asien und Afrika gegründet wurden. Der Versuch, außer dem geopolitischen und wirtschaftlichen auch das Werte- und Kulturgefüge zu verändern, ist ganz besonders charakteristisch für sog. totalitäre Systeme, insbesondere aber für den Faschismus und den Kommunismus.

Bei einem derartigen allgemeinen Kontext – die Situation nach dem Niedergang des Kommunismus als einem Beispiel für die Herrschaft einer Mega-Ideologie, für die die Zerstörung der traditionellen Werte- und Kultursysteme das oberste Ziel war und die Errichtung eines neuen Wirtschaftssystems, das diesem Neo-Wertesystem folgen sollte, erst an zweiter Stelle stand – kann eine Analyse der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Prozesse nicht objektiv sein, wenn sie aus dem Blickwinkel nur eines Staates oder einer Gesellschaft allein erfolgt. Nötig ist also auch eine globale Sicht der Dinge.

Aus der Perspektive des europäischen postkommunistischen ‘Raumes’ betrachtet, richtet sich die Aufmerksamkeit unweigerlich auf zwei Persönlichkeiten, die den Untergang des Kommunismus symbolisieren: US-Präsident Ronald Reagan und Papst Johannes Paul II. Ersterer personifiziert die stärkste militärische und wirtschaftliche Macht unseres Planeten und Letzterer das Werte- und Kulturgefüge, auf dem die abendländische Kultur gegründet wurde. Zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte hatte bei der Agieren ein und dasselbe Ziel: die Herrschaft der kommunistischen Ideologie zu beenden, die eine Wüste hinterlassen hatte, deren Ausmaße an

Zigmillionen Menschenopfern und dem vollständigen geistigen, kulturellen und materiellen Ruin der von ihr beherrschten Staaten und Gesellschaften abzulesen sind.

Doch die Absichten der beiden hinsichtlich der postkommunistischen Länder waren nicht identisch. Reagan, d.h. Amerika ging es vor allem um eine Ausweitung der geopolitischen Zone, in der die Gesetze der freien Marktwirtschaft gelten, wobei er vor allem die Möglichkeiten vor Augen hatte, die sich den reichen Ländern – allen voran Amerika – bieten würden, noch reicher zu werden. Papst Johannes Paul II. dachte hingegen in erster Linie an eine ‘geistige Befreiung’ der Völker und Gesellschaften, in denen die kommunistische Ideologie die ursprünglichen Wert- und Kultursysteme zerstört hatte, wobei nicht unerwähnt bleiben sollte, dass er selbst in einem solchen Staat aufgewachsen war, sodass er das Ausmaß dieser vom Kommunismus hinterlassenen geistigen Wüste deutlicher erfassen konnte.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Interessen ist es nur logisch, dass sich die Hauptinitiatoren des Prozesses der Zerschlagung des Kommunismus in diesen Ländern auch auf unterschiedliche Akteure und Strukturen stützten. Amerika mit seinem Hauptinteresse an neuen freien Märkten entsprachen diejenigen Akteure und Strukturen in den postkommunistischen Ländern, über die es – auf staatlicher und gesetzgebender Ebene – diese Märkte am raschesten schaffen konnte, sodass es die Strukturen, die dort fünfzig Jahre und länger an der Macht waren, logischerweise für die geeignetsten hielt. Die Übereinkunft beruhte auf einer einfachen Grundvoraussetzung: wenn man diese Strukturen, allerdings ohne kommunisti-

sches Paradigma, an der Macht erhält, dann bekommt man auf globaler Ebene einen verlässlichen Verbündeten für die Durchführung seiner Weltpolitik, die in erster Linie den reichen Ländern und großen Konzernen zugute kommt. Und da diese Strukturen auf der Grundlage des Internationalismus entstanden waren und darum die Verfolgung nationaler Interessen für sie auch niemals ein bedeutendes politisches Ziel dargestellt hatte, war eine solche globale Politik für sie auch akzeptabel, und sie erblickten darin eine Chance, zu ihren Ursprungsideen zurückzukehren, die nun allerdings an die neuen geschichtlichen und geopolitischen Umstände angepasst waren. Der Bund wurde also auf der Grundlage der klaren wirtschaftlichen Interessen der reichsten und mächtigsten Länder und ihrer Wirtschaftskonzerne einerseits sowie der heimlichen Interessen der zwar bezwungenen, aber noch vorhandenen kommunistischen Strukturen andererseits geschlossen. Diese Strukturen behielten in den postkommunistischen Ländern daher auch in den veränderten Umständen die Kontrolle über die Institutionen, und Parteien mit nationalem Vorzeichen konnten lediglich die politische Kontrolle erlangen. Jeder Versuch, die ererbten Strukturen in den Institutionen radikal zu verändern, wurde von den Medien als Revanchismus und neuer Totalitarismus hingestellt, und zwar von denselben Medien und Einzelakteuren, die bis zum Niedergang des Kommunismus zu den obersten 'Hütern' des totalitären Systems im Lande gezählt hatten. Unterstützt wurden sie von mächtigen Interessengruppen der reichen Länder, und zwar über die Medien oder verschiedene Menschenrechtsorganisationen, die wie Pilze aus dem Bo-



den gesprossen und interessanterweise in den meisten Fällen ebenfalls von den Akteuren des totalitären Regimes ins Leben gerufen und ausgebaut worden waren. Damit aber richtete sich ihre Haupttätigkeit auf den Erhalt der alten Strukturen, und nicht auf Schutz und Entfaltung der Menschenrechte derjenigen, die wirklich bedroht waren. Ein eindeutiges Beispiel dafür ist die Kriegssituation in Kroatien. Medien und Weltöffentlichkeit hatten sich da nämlich weitaus mehr mit vereinzelt Opfern unter den Serben befasst, die bis zum Zerfall Jugoslawiens in allen Institutionen des Landes das Sagen gehabt hatten, als mit den enormen humanitären Nöten und Kriegsverwüstungen in Kroatien durch die serbische Aggression.

Unter den gegebenen Umständen gelang es Parteien mit nationalem Programm nur selten, nationale Interessen zu artikulieren, geschweige denn - über die von Akteuren mit kommunistischer Mentalität beherrschten Institutionen - zu verwirklichen. Erschwerend hinzu kam dabei noch ihre politische Unerfahrenheit und ihre Neigung zu politischer Romantisierung und Symbolik als hauptsächliche öffentliche Manifestationen der eroberten politischen Macht in den staatlichen Organen. Weder kannten nämlich - aufgrund der langjährigen Isolierung hinter dem Eisernen Vorhang - die Personen und Strukturen, für die die nationalen Interessen an oberster Stelle standen, die moderne Demokratie und deren Spielregeln, noch wurde ihnen da von den reichsten und demokratisch hoch entwickelten Ländern geholfen, denn das passte nicht zu deren neokolonialistischen Interessen. Und so konnte es geschehen, dass die Prozesse der wirtschaftlichen Globalisie-

rung heute in den postkommunistischen, d.h. Entwicklungsländern Europas am schnellsten fortschreiten, so wie seinerzeit die kommunistische Revolution in diesen Ländern. Die Ähnlichkeit ist noch überzeugender, wenn man sieht, über welche Strukturen sowohl die eine wie die andere 'Revolution' erfolgte.

Papst Johannes Paul II. hat sein Handeln und das der katholischen Kirche auf eine Renaissance der aus der christlichen Tradition hervorgegangenen geistigen Werte ausgerichtet, die in den westlichen Demokratien im zivilen Leben und den zivilen Institutionen inkorporiert sind. Daher auch sein starkes Engagement für ökumenischen Dialog, Toleranz und Aussöhnung sowie für eine Organisation von zivilem Leben und Wirtschaft auf den Grundlagen der Soziallehre der Kirche. Damit stieß er in den katholischen postkommunistischen Ländern logischerweise auf größere Akzeptanz als in den anderen, doch auch dort blieb es nicht ohne Echo.

Im Zusammenhang mit der Bildung neuer Wertesysteme oder der Erneuerung der alten ist allerdings eine starke, von den Medien nach Kräften unterstützte Tendenz zur Schaffung eines liberalistischen Systems zu verzeichnen, das in erster Linie auf jüngere Menschen zugeschnitten ist. Dieses System basiert auf der Förderung der individuellen Menschenrechte und eines hedonistischen Lebensstils und ist im Grunde ein System, das mit seinen Werten die Prozesse der wirtschaftlichen Globalisierung auf den oben erwähnten Grundlagen unterstützt und begleitet.

In einem derartigen allgemeinen Umfeld ähneln sich in den postkommunistischen Ländern die einzelnen Prozesse wie ein Ei dem anderen, vor

allem in den Bereichen Politik und Wirtschaft. Ihr Hauptcharakteristikum ist, dass die nationalen Strukturen, nachdem sie in den Ländern mit zerfallenem kommunistischem Paradigma die politische Kontrolle übernommen hatten, anscheinend sowohl auf die wirtschaftliche Entwicklung als auch auf die Entwicklung eines eigenen, vom kommunistischen Erbe unbelasteten Kultur- und Wertesystems kaum Einfluss hatten.

Als Test für diese allgemeine Hypothese sei im Folgenden eine Analyse des Privatisierungsprozesses in Kroatien angeführt, und zwar aus der Sicht zweier Öffentlichkeitstypen, der *bürgerlichen* und der *Medienöffentlichkeit*, wobei der Letzteren eine inhaltliche Analyse von Presstexten über die Privatisierung zugrunde liegt. Da es sich dabei um den ‘Fall Kroatien’ handelt, sei darauf hingewiesen, dass wegen des Verteidigungskrieges, den Kroatien gegen die serbische Aggression zu führen gezwungen war, und wegen der daraus resultierenden enormen humanitären und materiellen Folgen eine Übertragung auf den übrigen postkommunistischen Raum nicht ohne weiteres möglich ist. Doch bei aller Besonderheit des kroatischen Transformationsprozesses scheinen die in den anderen postkommunistischen Ländern angewandten Modelle in Kroatien ‘trotz Krieg’ funktioniert zu haben.

Den Prozess der Privatisierung halten wir für den am besten geeigneten Test für den erwähnten allgemeinen Transformationskontext, weil das ein Prozess ist, der sämtliche Reformländer erfasst und dort auch zu den größten wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Veränderungen und Fragen geführt hat. Er lässt sich daher auch unter mehreren Gesichtspunkten betrachten. Unsere

Analyse befasst sich in erster Linie mit dem Problem der sozialen Gerechtigkeit und Ethik dieses Prozesses, so wie ihn die kroatische Öffentlichkeit gesehen und die kroatische Presse geschildert hat. Der Begriff *soziale Gerechtigkeit*, wie er im vorliegenden Beitrag verstanden wird, wurde aus mehreren zeitgenössischen Theorien der sozialen Gerechtigkeit in der Sozialpsychologie übernommen (Tyler und Smith, 1998; Deutsch und Shichman, 1986), während der Begriff *Ethik* aus der Definition der Soziallehre der Kirche abgeleitet ist (siehe Baloban, 1997).

Als Beurteilungskriterium für die soziale Gerechtigkeit und Ethik der Privatisierung kann die Öffentlichkeit wegen der Bedeutung, die ihr von zeitgenössischen Soziologen beigemessen wird, herangezogen werden. Nach Habermas (1989) ist nämlich die bürgerliche Öffentlichkeit ein besonderer Typ des Handelnden/Teilnehmers in der Gesellschaft, der sich im Verhältnis zur öffentlichen/staatlichen Macht selbst formiert. Die bürgerliche Öffentlichkeit wird von anderen Autoren auch allgemeine Öffentlichkeit genannt (Blumer, 1953) und ist für sie einer der bedeutendsten Faktoren bei der Bildung der bürgerlichen Realität und bei der Lösung wichtiger öffentlicher Angelegenheiten. Sie ist, mit anderen Worten, gewissermaßen Partner, aber auch Kontrolle der aus Wahlen hervorgegangenen öffentlichen oder staatlichen Macht. Da mithilfe moderner methodologischer sozialwissenschaftlicher Verfahren die soziale Meinung der Öffentlichkeit ermittelt werden kann (siehe Lamza-Posavec, 1995), lässt sie sich als 'öffentliche Meinung' oder 'öffentliche Haltung' darstellen und vergleichen.

Die inhaltliche Analyse von Presstexten ist nach Barelson (1952) auf die Analyse einzelner Bereiche oder Probleme bzw. ihren jeweiligen Eigenschaften, Ursachen oder Folgen anwendbar. Da sie aber direkt an Texten vorgenommen wird, die die menschliche Kommunikation betreffen, und das Verhältnis zwischen den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderungen quantitativ und qualitativ beurteilt werden kann (siehe Weber, 1990), lässt sie sich ohne weiteres auch auf eine Analyse des Privatisierungsprozesses in den Reformländern, und darunter auch Kroatien, anwenden.

Der besondere Wert des gewählten Verfahrens zur Analyse des Privatisierungsprozesses in Kroatien liegt darin, dass es einen Vergleich zwischen den verschiedenen Aspekten der Privatisierung im Lichte der einzelnen Öffentlichkeitstypen – öffentliche Meinung und Texte der auflagenstärksten kroatischen Zeitungen – ermöglicht.

## ZIELE DER ANALYSE

---

Aus dem weiteren Kontext der Einführung lassen sich mehrere grundlegende Fragen aussondern, auf die wir Antworten zu geben versuchen, die durch die Ergebnisse der empirischen Untersuchung der Haltung der Öffentlichkeit zum Privatisierungsprozess in Kroatien und die der inhaltlichen Textanalyse der kroatischen Presse untermauert werden. Die Untersuchungen wurden 1997 und 1999 vom Institut für Sozialwissenschaften *Ivo Pilar* durchgeführt. Gesucht wurden Antworten auf folgende Fragen:

1. Waren die Bürger Kroatiens über die Privatisierung informiert, und wie viele von ihnen haben an diesem Prozess teilgenommen?

2. Wie ist die öffentliche Meinung zur sozialen Gerechtigkeit und Ethik des Privatisierungsprozesses?

3. Wie war die Haltung der kroatischen Presse zur Privatisierung?

4. Was ergibt ein Vergleich zwischen der öffentlichen Meinung und den Presstexten über die Privatisierung in Kroatien?

## EMPIRISCHE STÜTZEN DER ANALYSE

---

Wie bereits erwähnt, stützt sich die Analyse auf zwei empirische Untersuchungen des Instituts Pilar.

Die erste Untersuchung wurde 1998 unter dem Titel ‘Privatisierung und Öffentlichkeit’ an einem repräsentativen Querschnitt der kroatischen Bevölkerung durchgeführt, und zwar durch eine mündliche Umfrage, bei der Fragen mit mehreren vorgegebenen qualitativen Kategorien und einer Benotungsskala des Likerttyps überwogen. In unserer Analyse erwähnen wir nur diejenigen Resultate, die sich auf die oben genannten Grundziele beziehen.

Die zweite Untersuchung, unter dem Titel ‘Inhaltliche Analyse der kroatischen Presse 1995–1999’, wurde im Dezember 1999 und Januar 2000 durchgeführt. Sie erfasste die sechs auflagenstärksten Tageszeitungen und fünf auflagenstärksten Wochenzeitschriften des Landes und bezog sich auf alles, was über einen Zeitraum von vier Jahren über die relevantesten Ereignisse in Kroatien geschrieben wurde. Der ausgewählte Querschnitt ist in mehrerlei Hinsicht repräsentativ für eine derartige Analyse. Aus dem zur Verfügung stehenden empirischen Material haben wir diejenigen Resultate ausgewählt, die quantitative und qualitative Indizien für die Haltung der Pres-

se gegenüber dem Privatisierungsprozess in Kroatien boten.

## Öffentliche Meinung und Privatisierung

Die erste Frage, die sich uns im Hinblick auf die Haltung der Öffentlichkeit zur Privatisierung gestellt hat, war die allgemeine Informiertheit der Bürger über die Privatisierung. Dabei stellte sich heraus, dass 20,6 % über die Privatisierung überhaupt nichts wusste, 60,4 % lediglich die wichtigsten Informationen hatten, 14,3 % angaben, gut informiert zu sein, und nur 4,2 % über sämtliche erforderlichen Informationen verfügten.

Da an der Privatisierung insgesamt nur rund zehn Prozent der Bevölkerung beteiligt waren – wobei sich das auf alle Arten der Beteiligung bezieht, von der vollständigen Eigentumskontrolle bis hin zu größeren oder kleineren Anteilen am eigenen oder einem anderen Unternehmen –, ist klar, dass sowohl der Informationsgrad als auch die Beteiligung der Bevölkerung äußerst gering war. Anders ausgedrückt: Das Modell war von oben entworfen und durchgeführt worden, ohne jegliche Rücksicht auf die Meinung der Öffentlichkeit, und sein primäres Ziel lag auch überhaupt nicht darin, möglichst viele Bürger in den Privatisierungsprozess mit einzubeziehen. Von daher stellt sich nun die Frage, wie die Öffentlichkeit darauf reagiert hat.

Um die Antworten der Öffentlichkeit hinsichtlich ihrer Meinung zur sozialen Gerechtigkeit der Privatisierung zu verdeutlichen, wurde die allgemeine Einstellung der Bevölkerung zur sozialen Gerechtigkeit ermittelt (Tabelle 1).

Tabelle I

Variable	Kategorie	Antwort	%
allgemeine Einstellung zu sozialer Gerechtigkeit	1. Es ist gerecht, dass einige mehr Geld oder Eigentum haben als andere, aber nur, wenn alle dieselben Verdienstchancen haben. (n = 992)	nicht einverstanden	4.3
		neutral	11.9
		einverstanden	82.9
	2. Jeder muss bekommen, was er braucht, auch wenn dazu das Geld derjenigen, die zu viel haben, umverteilt werden muss. (n = 990)	nicht einverstanden	28.1
		neutral	31.0
		einverstanden	39.9
	3. Steuerbetrug kann gerechtfertigt sein. (n = 994)	nicht einverstanden	73.9
		neutral	13.8
		einverstanden	11,6
	4. Der Staat muss jedem wenigstens das Existenzminimum gewährleisten. (n = 994)	nicht einverstanden	2,4
		neutral	7.9
		einverstanden	89.0
	5. Die Annahme von Bestechungsgeldern ist durch nichts zu rechtfertigen. (n = 992)	nicht einverstanden	22.2
		neutral	8.2
einverstanden		68.7	
6. Es ist richtig, Menschen mit besonderen Schwierigkeiten (Behinderten, chronisch Kranken u. Ä.) zusätzlich zu helfen, damit auch sie dieselben Erfolgschancen im Leben haben. (n = 994)	nicht einverstanden	0,6	
	neutral	7.7	
	einverstanden	91.0	
7. Menschen, die schwere körperliche Arbeiten verrichten, müssen mehr verdienen als andere. (n = 995)	nicht einverstanden	17.1	
	neutral	31.6	
	einverstanden	50.8	
8. Gescheiter oder geschickter zu sein als andere, ist pures Glück; von daher brauchen die auch nicht mehr zu verdienen. (n = 992)	nicht einverstanden	55.2	
	neutral	29.9	
	einverstanden	14.1	
9. Stimulierend für den persönlichen Einsatz auf der Arbeit sind nur große Verdienstunterschiede. (n = 986)	nicht einverstanden	20.5	
	neutral	32.5	
	einverstanden	45.6	
10. Es ist völlig in Ordnung, wenn ein Unternehmer viel verdient, denn letzten Endes haben alle etwas davon. (n = 990)	nicht einverstanden	13.8	
	neutral	28.8	
	einverstanden	56.4	
11. Gesetze sollte man umgehen, wenn das im eigenen Interesse liegt. (n = 996)	nicht einverstanden	72.8	
	neutral	16.6	
	einverstanden	11.1	
12. Der Mensch wird auf der Arbeit keine größere Verantwortung übernehmen, wenn er dafür nicht besonders bezahlt wird. (n = 989)	nicht einverstanden	11.7	
	neutral	21.4	
	einverstanden	65.8	
13. Jeder hat das Recht, das zu behalten, was er erworben hat, auch wenn dadurch manche reicher sind als andere. (n = 993)	nicht einverstanden	9.0	
	neutral	17.7	
	einverstanden	72.5	
14. Jeder hat das Recht, sein Vermögen den eigenen Kindern zu vermachen, auch wenn dadurch nicht alle Kinder dieselben Startchancen im Leben haben. (n = 993)	nicht einverstanden	4.3	
	neutral	15.4	
	einverstanden	79.5	



Aus Tabelle 1 lässt sich entnehmen, dass die Bevölkerung Kroatiens weitaus eher durch eine Wertorientierung charakterisiert wird, die auf zwischenmenschliche Solidarität (Kategorien 2 und 4), das Erlangen von Besitz durch persönliche Arbeit (Kategorien 1, 8, 13 und 14) und die Sorge um sozial Schwächere (Kategorien 2 und 6) abzielt als auf illegale Bereicherung (Kategorien 3, 5, 7 und 11), Neid auf den besseren materiellen Status anderer (Kategorien 1, 8 und 10) und das Betrügen des Staates durch Steuerhinterziehung (Kategorie 3). Indem die kroatische Bevölkerung also der Solidarität in den zwischenmenschlichen Beziehungen, dem Prinzip der Chancengleichheit bei Arbeit und Einkommensverteilung sowie der Fürsorge um sämtliche Mitglieder der Gesellschaft, vor allem aber um sozial Schwächere, einen hohen Stellenwert beimisst, lässt sie im Hinblick auf öffentliche Güter und die Art, wie diese verteilt werden sollten, ein hohes Niveau von sozialem Bewusstsein erkennen. Ebenso offensichtlich ist aber auch, dass ihr Gerechtigkeitsempfinden nicht genügend berücksichtigt worden ist, denn erstens wurden ihr kaum Informationen über die Privatisierung gegeben und zweitens hatte sie an diesem Prozess zahlenmäßig verschwindend gering teil. Von daher sind auch die in Tabelle 2 festgehaltenen Ergebnisse der Meinungsumfrage zu sozialer Gerechtigkeit, Auswirkungen und Folgen der Privatisierung nur eine logische Folge dieses Kontexts, in dem sich die Privatisierung ereignete.

Tabelle 2

Variablen	Kennzeichen	%
<b>allgemeine Zufriedenheit mit der Privatisierung (n = 1000)</b>	völlig zufrieden	1.4
	teilweise zufrieden	16.9
	teilweise unzufrieden	21.6
	völlig unzufrieden	46.8
	kann ich nicht beurteilen	13.3
<b>Meinung zu den rechtmäßigen Eigentümern (n = 1001)</b>	nur die Beschäftigten der privatisierten Firmen	50.0
	nur die Direktoren der privatisierten Firmen	1.7
	sämtliche Bürger Kroatiens	25.9
	der Staat und staatliche Fonds	4.7
	jemand anders	3.5
kann ich nicht beurteilen	14.2	
<b>Meinung zu den tatsächlichen Eigentümern (in Bezug auf ihren früheren Status) (n = 1001)</b>	1. Gastwirte, Handwerker, Kleinunternehmer	0.4
	2. Arbeiter, Angestellte, Bauern, Landwirte	0.6
	3. Direktoren gesellschaftlicher Betriebe	7.1
	4. Fachleute	2.7
	5. Verwaltungsbeamte	6.9
	6. Inhaber von Parteiämtern	41.5
	7. einheimische Banken	20.5
	8. jemand anders	6.6
	9. kann ich nicht beurteilen	13.8
<b>Meinung zu einem gerechten Modell (n = 998)</b>	kostenlose Verteilung an alle Bürger	23.0
	Verkauf an einheimische Investoren	16.8
	Verkauf an ausländische Investoren u.Ä.	4.8
	Kombination von Verteilung und Verkauf	38.9
kann ich nicht beurteilen	16.4	
<b>Meinung zum tatsächlich zugrunde gelegten Prinzip (n = 998)</b>	Verteilung der Aktien an die Beschäftigten	5.2
	Verkauf der Aktien an die Beschäftigten	10.9
	Verkauf an die Beschäftigten mit hohem Rabatt	18.3
	Verkauf an ausländische Investoren o.Ä.	5.7
	Verkauf der Aktien an Direktoren mit hohem Preisnachlass	27.6
	Transformation der Aktien in Staats Eigentum zum Zwecke einer späteren Privatisierung	9.4
	kann ich nicht beurteilen	22.7

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, ist das Gros der Bürger Kroatiens allgemein unzufrieden mit der Privatisierung. Nach ihrem Dafürhalten hätte nämlich das gesellschaftliche Eigentum an die Beschäftigten oder an alle Bürger des Landes verteilt oder unter Preisnachlass verkauft werden müssen, nicht aber, so wie es in ihren Augen tat-

sächlich geschehen ist, einer kleinen Elite der politischen Führungsschicht und den Direktoren der privatisierten Betriebe zugeteilt oder unter Preis verkauft werden dürfen. Dafür spricht auch eine korrelative Analyse der Verbindungen zwischen den Variablen 'Soziale Gerechtigkeit' aus Tabelle 2 und 'Allgemeine Informiertheit der Bürger über die Privatisierung'. Aus dieser Analyse geht hervor, dass mit steigender Informiertheit auch die allgemeine Unzufriedenheit mit der Privatisierung deutlich anwächst. Die Informierteren nämlich halten – eher als die Uninformierten – die Beschäftigten der privatisierten Unternehmen und alle Bürger Kroatiens für die rechtmäßigen Eigentümer. Und die am besten Informierten zeigen die größte Abneigung, ihre Meinung zu äußern. Ebenso verhält es sich mit der Meinung zu einem korrekten Privatisierungsmodell, wo die Informierteren eher für eine kostenlose Verteilung von Anteilsscheinen oder für eine Kombination von Verteilung und Verkauf sind als die nicht Informierten (siehe Šakić, 1999).

### Kroatische Presse und Privatisierung

Aus der erwähnten komplexen Analyse der auflagenstärksten kroatischen Tages- und Wochenblätter wurde für die vorliegende Arbeit derjenige Teil ausgesondert, der sich auf Themen der dominanten Wirtschaftsrubrik bezieht. Innerhalb dieser Rubrik wurde dann die Haltung der Presse zum Privatisierungsprozess untersucht. Um einen objektiveren Überblick zu gewähren, führen wir die empirischen Ergebnisse der Presseanalyse für die gesamte Wirtschaftsrubrik an, wobei alle Themen, die sich nicht mit der Privatisierung befas-

sen, unter ein und derselben Kategorie zusammengefasst sind.

Erwähnt sei noch, dass wir lediglich die Resultate einer ‘groben’ Analyse der Präsenz des Themas Privatisierung und der Haltung der kroatischen Presse zu diesem Thema anführen, da jede eingehendere Untersuchung des Phänomens den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde.

Tabelle 3 zeigt die Häufigkeit der Themen aus der dominanten Rubrik Wirtschaft in der Tages-, und Tabelle 4 in der Wochenpresse. Innerhalb dieses Bereichs wurde dann auch die Präsenz des Themas *Privatisierung* in der Tagespresse analysiert. Wie aus den Tabellen hervorgeht, waren dabei sowohl in der Tages- als auch in der Wochenpresse Artikel über die Privatisierung zahlenmäßig am stärksten vertreten, vor allem jedoch (unter den Tageszeitungen) in *Jutarnji list*, *Večernji list* und *Vjesnik*, während unter den Wochenzeitungen *Nacional* dem Thema die größte und *Nedjeljna Dalmacija* die geringste Aufmerksamkeit schenkte.

Tabelle 5 und Grafik 1 zeigen die Haltung der Zeitungsartikelautoren der Tages- und Wochenblätter zu den Themen der dominanten Rubrik Wirtschaft. Wie bereits erwähnt, wird die Privatisierung gesondert dargestellt, während alle übrigen Wirtschaftsthemen unter ein und derselben Kategorie zusammengefasst wurden.

	Jahr	Wirtschaft					
		Privatisierung und ihre Folgen		übrige Wirtschafts- themen		gesamt	
		abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
<b>Večernji list</b>	1995	4	57,1	3	42,9	7	100,0
	1996	25	92,6	2	7,4	27	100,0
	1997	22	55,0	18	45,0	40	100,0
	1998	42	79,2	11	20,8	53	100,0
	1999	62	74,7	21	25,3	83	100,0
	<b>1995- 1999</b>	<b>157</b>	<b>74,1</b>	<b>55</b>	<b>25,9</b>	<b>212</b>	<b>100,0</b>
<b>Slobodna Dalmacija</b>	1995	1	100,0	0	0,0	1	100,0
	1996	13	81,3	3	18,8	16	100,0
	1997	16	47,1	18	52,9	34	100,0
	1998	13	44,8	16	55,2	29	100,0
	1999	35	77,8	10	22,2	45	100,0
	<b>1995- 1999</b>	<b>79</b>	<b>62,7</b>	<b>47</b>	<b>37,3</b>	<b>126</b>	<b>100,0</b>
<b>Vjesnik</b>	1995	3	100,0	0	0,0	3	100,0
	1996	24	96,0	1	4,0	25	100,0
	1997	31	75,6	10	24,4	41	100,0
	1998	21	50,0	21	50,0	42	100,0
	1999	44	81,5	10	18,5	54	100,0
	<b>1995- 1999</b>	<b>123</b>	<b>74,1</b>	<b>42</b>	<b>25,9</b>	<b>166</b>	<b>100,0</b>
<b>Novi list</b>	1995	2	100,0	0	0,0	2	100,0
	1996	15	93,8	1	6,3	16	100,0
	1997	13	59,1	9	40,9	22	100,0
	1998	15	50,0	15	50,0	30	100,0
	1999	11	55,0	9	45,0	20	100,0
	<b>1995- 1999</b>	<b>57</b>	<b>62,6</b>	<b>34</b>	<b>37,4</b>	<b>91</b>	<b>100,0</b>
<b>Glas Slavonije</b>	1995	4	100,0	0	0,0	4	100,0
	1996	15	93,8	1	6,3	16	100,0
	1997	11	73,3	4	26,7	15	100,0
	1998	12	57,1	9	42,9	21	100,0
	1999	22	59,5	15	40,5	37	100,0
	<b>1995- 1999</b>	<b>64</b>	<b>68,8</b>	<b>29</b>	<b>31,2</b>	<b>93</b>	<b>100,0</b>

Vlado Šakić  
**Die Privatisierung in den  
Augen der kroatischen  
Öffentlichkeit**

**Tabelle 3.**  
Präsenz der Themen der  
dominanten Rubrik Wirtschaft  
in den Tageszeitungen pro  
Jahr im Zeitraum 1995–1999

Vlado Šakić  
**Die Privatisierung in den  
 Augen der kroatischen  
 Öffentlichkeit**

<b>Jutarnji list</b>	1995	-	-	-	-	-	-
	1996	-	-	-	-	-	-
	1997	-	-	-	-	-	-
	1998	38	84,4	7	15,6	45	100,0
	1999	69	82,1	15	17,9	84	100,0
	<b>1995-1999</b>	<b>107</b>	<b>82,9</b>	<b>22</b>	<b>17,1</b>	<b>129</b>	<b>100,0</b>

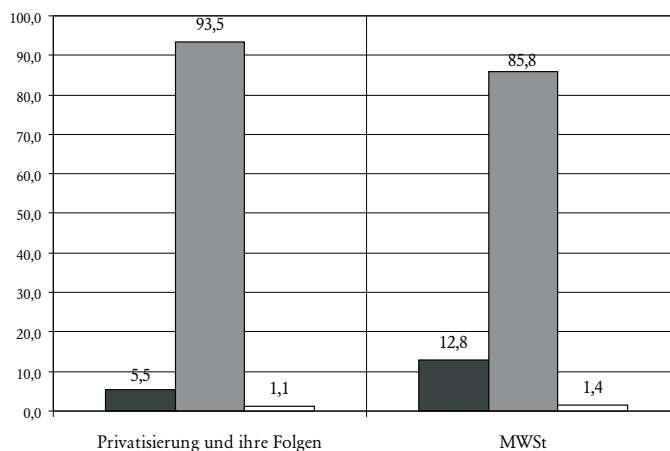
**Tabelle 4.**  
 Präsenz der Themen der  
 dominanten Rubrik Wirtschaft  
 in den Wochenzeitungen pro  
 Jahr im Zeitraum 1995-1999

<b>Globus</b>	1995	1	100,0	0	0,0	1	100,0
	1996	2	100,0	0	0,0	2	100,0
	1997	0	0,0	1	100,0	1	100,0
	1998	3	100,0	0	0,0	3	100,0
	1999	0	0,0	0	0,0	0	-
	<b>1995-1999</b>	<b>6</b>	<b>85,7</b>	<b>1</b>	<b>14,3</b>	<b>7</b>	<b>100,0</b>
<b>Nedjeljna Dalmacija</b>	1995	0	0,0	0	0,0	0	-
	1996	0	0,0	1	100,0	1	100,0
	1997	1	50,0	1	50,0	2	100,0
	1998	0	0,0	2	100,0	2	100,0
	1999	0	0,0	0	0,0	0	-
	<b>1995-1999</b>	<b>1</b>	<b>20,0</b>	<b>4</b>	<b>80,0</b>	<b>5</b>	<b>100,0</b>
<b>Nacional</b>	1995	1	100,0	0	0,0	1	100,0
	1996	4	100,0	0	0,0	4	100,0
	1997	3	100,0	0	0,0	3	100,0
	1998	2	100,0	0	0,0	2	100,0
	1999	4	80,0	1	20,0	5	100,0
	<b>1995-1999</b>	<b>14</b>	<b>93,3</b>	<b>1</b>	<b>6,7</b>	<b>15</b>	<b>100,0</b>
<b>Hrvatski obzor</b>	1995	1	100,0	0	0,0	1	100,0
	1996	2	100,0	0	0,0	2	100,0
	1997	6	85,7	1	14,3	7	100,0
	1998	7	87,5	1	12,5	8	100,0
	1999	5	83,3	1	16,7	6	100,0
	<b>1995-1999</b>	<b>21</b>	<b>87,5</b>	<b>3</b>	<b>12,5</b>	<b>24</b>	<b>100,0</b>
<b>Feral Tribune</b>	1995	0	0,0	0	0,0	0	-
	1996	18	94,7	1	5,3	19	100,0
	1997	2	100,0	0	0,0	2	100,0
	1998	3	75,0	1	25,0	4	100,0
	1999	2	66,7	1	33,3	3	100,0
	<b>1995-1999</b>	<b>25</b>	<b>89,3</b>	<b>3</b>	<b>10,7</b>	<b>28</b>	<b>100,0</b>

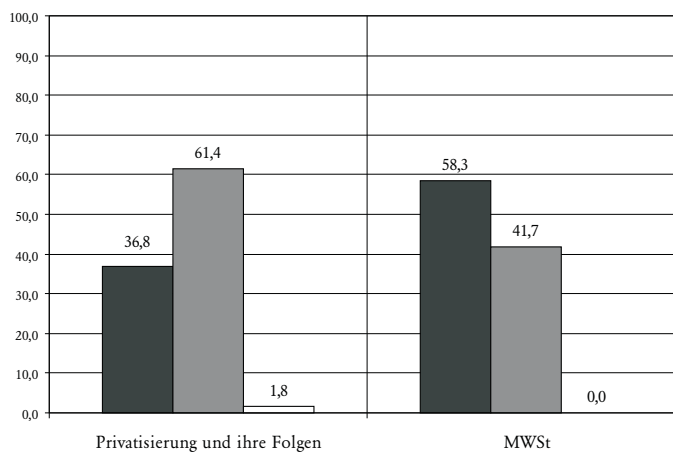
**Tabelle 5.**  
Einstellung der Autoren von Artikeln zu Themen aus dem dominanten Bereich Wirtschaft in den Tages- und Wochenzeitungen des Zeitraums | 1995–| 1999

Zeitung	Wirtschaft																								
	Privatisierung und ihre Folgen							übrige Wirtschaftsthemen							gesamt										
	negativ	neutral	positiv	gesamt	negativ	neutral	positiv	gesamt	negativ	neutral	positiv	gesamt	negativ	neutral	positiv	gesamt									
abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.	abs. rel.									
Večernji list	3	2,0	148	97,4	1	0,7	152	75,2	2	4,0	48	96,0	0	0,0	50	24,8	5	2,5	196	97,0	1	0,5	202	100,0	
Slobodna Dalmacija	6	7,9	70	92,1	0	0,0	76	62,8	11	24,4	32	71,1	2	4,4	45	37,2	17	14,0	102	84,3	2	1,7	121	100,0	
Vjesnik	5	4,3	111	94,9	1	0,9	117	74,1	5	12,2	35	85,4	1	2,4	41	25,9	10	6,3	146	92,4	2	1,3	158	100,0	
Novi list	9	17,3	41	78,8	2	3,8	52	61,9	6	18,8	26	81,3	0	0,0	32	38,1	15	17,9	67	79,8	2	2,4	84	100,0	
Glas Slavonije	6	9,7	54	87,1	2	3,2	62	68,1	3	10,3	26	89,7	0	0,0	29	31,9	9	9,9	80	87,9	2	2,2	91	100,0	
Jutarnji list	2	1,9	105	98,1	0	0,0	107	83,6	1	4,8	20	95,2	0	0,0	21	16,4	3	2,3	125	97,7	0	0,0	128	100,0	
<b>Tageszeitungen</b>																									
<b>gesamt</b>	<b>31</b>	<b>5,5</b>	<b>529</b>	<b>93,5</b>	<b>6</b>	<b>1,1</b>	<b>566</b>	<b>72,2</b>	<b>28</b>	<b>12,8</b>	<b>187</b>	<b>85,8</b>	<b>3</b>	<b>1,4</b>	<b>218</b>	<b>27,8</b>	<b>59</b>	<b>7,5</b>	<b>716</b>	<b>91,3</b>	<b>9</b>	<b>1,1</b>	<b>784</b>	<b>100,0</b>	
Globus	0	0,0	4	100,0	0	0,0	4	80,0	1	100,0	0	0,0	0	0,0	1	20,0	1	20,0	4	80,0	0	0,0	5	100,0	
Nedjeljna Dalmacija	0	0,0	1	100,0	0	0,0	1	20,0	1	25,0	3	75,0	0	0,0	4	80,0	1	20,0	4	80,0	0	0,0	5	100,0	
Nacional	5	38,5	8	61,5	0	0,0	13	92,9	1	100,0	0	0,0	0	0,0	1	7,1	6	42,9	8	57,1	0	0,0	14	100,0	
Hrvatski obzor	3	15,0	17	85,0	0	0,0	20	87,0	1	33,3	2	66,7	0	0,0	3	13,0	4	17,4	19	82,6	0	0,0	23	100,0	
Feral Tribune	13	68,4	5	26,3	1	5,3	19	86,4	3	100,0	0	0,0	0	0,0	3	13,6	16	72,7	5	22,7	1	4,5	22	100,0	
<b>Wochenzeitungen</b>																									
<b>gesamt</b>	<b>21</b>	<b>36,8</b>	<b>35</b>	<b>61,4</b>	<b>1</b>	<b>1,8</b>	<b>57</b>	<b>82,6</b>	<b>7</b>	<b>58,3</b>	<b>5</b>	<b>41,7</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>12</b>	<b>17,4</b>	<b>28</b>	<b>40,6</b>	<b>40</b>	<b>58,0</b>	<b>1</b>	<b>1,4</b>	<b>69</b>	<b>100,0</b>	
<b>Tages- und Wochenzeitungen</b>																									
<b>gesamt</b>	<b>52</b>	<b>8,3</b>	<b>564</b>	<b>90,5</b>	<b>7</b>	<b>1,1</b>	<b>623</b>	<b>73,0</b>	<b>35</b>	<b>15,2</b>	<b>192</b>	<b>83,5</b>	<b>3</b>	<b>1,3</b>	<b>230</b>	<b>27,0</b>	<b>87</b>	<b>10,2</b>	<b>756</b>	<b>88,6</b>	<b>10</b>	<b>1,2</b>	<b>853</b>	<b>100,0</b>	

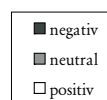
**Grafik 1.**  
 Verhältnis der Einstellungen  
 der Autoren von Artikeln zu  
 Themen aus dem dominanten  
 Bereich Wirtschaft im  
 Zeitraum 1995–1999.



**Tageszeitungen**



**Wochenzeitungen**



Schon ein flüchtiger Blick auf Tabelle 5 und Grafik 1 zeigt, dass in den Tageszeitungen eine neutrale Einstellung der Journalisten zum Thema Privatisierung, aber auch zu den übrigen Wirtschaftsthemen mit Abstand überwiegt. Eine positive Haltung gibt es so gut wie gar nicht, und 5,5 % der Artikel liegt eine negative Einstellung zugrunde. Die einzelnen Tageszeitungen kennzeichnen dabei eine fast identische Grundhaltung, wo-



bei es lediglich hinsichtlich der Menge der Artikel mit negativem oder weniger neutralem Tenor Unterschiede gibt. Am kritischsten eingestellt ist in diesem Sinne *Novi list* (17,3 % der Artikel), gefolgt von *Glas Slavonije* mit 9,7 %.

Auch die Wochenpresse wird durch das beinahe völlige Fehlen einer positiven Einstellung zur Privatisierung charakterisiert, sie zeigt jedoch im Unterschied zur Tagespresse eine weitaus stärker ausgeprägte negative Haltung. Kritische Artikel machen dort nämlich mehr als ein Drittel aus. Außerdem sind auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Wochenzeitungen deutlicher. Lediglich *Nacional* liegt da nahe am Durchschnitt, während sich alle anderen deutlich davon abheben. Die negativste Einstellung zur Privatisierung hat die *Feral Tribune* (68,4 % der negativen Artikel), während *Nedjeljna Dalmacija* und *Globus* eine völlig neutrale Haltung einnehmen.

#### Vergleich zwischen öffentlicher Meinung und Presse zum Thema Privatisierung

Bevor wir einen generellen Vergleich ziehen zwischen dem, was die Öffentlichkeit von der Privatisierung hält, und dem, was die Presse zu diesem Thema schreibt, sei daran erinnert, dass die Öffentlichkeit über die Privatisierung nur wenig oder überhaupt nichts erfahren hat, bzw. dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung gut informiert war. Wenn man zudem noch bedenkt, dass das Gros der Bürger den Zeitungen keinen Glauben schenkt (siehe Lamza, 1995), dann wird klar, dass es zwischen der öffentlichen Meinung und der Presse auch keinerlei Verbindung geben kann. **Anders ausgedrückt: weder ist die öffentliche Meinung in puncto Privatisierung von der**

**Presse geformt worden, noch hat sie nennenswerten Einfluss auf die Haltung der Presse gehabt.**

Wenn man die Ergebnisse der beiden Untersuchungen miteinander vergleicht, dann fällt auf, dass die Bevölkerung die Privatisierung weitaus kritischer beurteilt als die kroatische Presse. Die Grundeinstellung der Bürger ist nämlich durchweg negativ, während die Presse, vor allem die Tageszeitungen, im Großen und Ganzen eine neutrale Haltung einnimmt. Der Stimmung in der Bevölkerung am nächsten kommt da die *Feral Tribune*, die paradoxerweise zu den Blättern gehört, denen die Leute am wenigsten Glauben schenken, was vielleicht eine zusätzliche Bestätigung für unsere Behauptung ist, dass das Urteil der Bevölkerung und das der Presse über die Privatisierung durch unterschiedliche Faktoren motiviert sind.

## DISKURS

---

Im Vergleich mit ähnlichen Prozessen in den postkommunistischen Ländern weist der Privatisierungsprozess in Kroatien einige Besonderheiten auf (siehe Čučković, 1998).

Das bedeutendste Spezifikum steht in Verbindung mit den riesigen Kriegsverwüstungen und der humanitären Katastrophe, denen Kroatien in der Zeit der serbischen Aggression ausgesetzt war. Da der Prozess der Privatisierung noch während des Krieges eingeleitet und auch durchgeführt wurde, hat er in Kroatien nicht nur eine wirtschaftliche und soziale, sondern auch eine stark ausgeprägte ethische Dimension. Unter den gegebenen Umständen hat die Privatisierung in der kroatischen Öffentlichkeit nämlich gewissermaßen einen

‘Effekt des ethischen und sozialen Kontrasts’ hervorgerufen, und die Bevölkerung reagierte mit Unzufriedenheit und dem Empfinden von sozialer Ungerechtigkeit. Da die Presse dieses ethische und soziale Paradox nicht hervorhob, sondern im Gegenteil auch gegenüber dem Kriegsgeschehen eine überwiegend neutrale Haltung einnahm (siehe Inhaltliche Analyse der kroatischen Presse, Elaborat, *Institut Pilar*), musste die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit und ihre Empfindungen von sozialer Ungerechtigkeit und Amoral unterdrücken oder aber so reagieren, wie es die Theorien der sozialen Gerechtigkeit für solche Situationen vorhersehen (siehe Tyler und Smith, 1998): auf individualpsychologischer Ebene mit Wut, Depression, Selbstmordgedanken, Alkoholismus u. Ä. und auf gesellschaftlicher Ebene mit unterschiedlichen Formen von sozialen Aufständen und Streiks – in diesem Fall streikten die Beschäftigten von privatisierten und öffentlichen Unternehmen. Interessanterweise hat die kroatische Presse den derart zum Ausdruck gebrachten Folgen der Privatisierung in Kroatien große Aufmerksamkeit gewidmet, über deren objektive Ursachen indessen kaum ein Wort verloren. Auch die Politiker neigen dazu, auf die Folgen einzugehen, wenn es ihnen nützlich erscheint, zeigen aber, wie es aussieht, wenig Interesse, das Modell der Privatisierung nachträglich an die Erwartungen der Bevölkerung anzupassen. Mit anderen Worten: weder die kroatische Presse noch die überwiegende Mehrheit der kroatischen Politiker hat bislang erkennen lassen, dass sie das Wertesystem der Bevölkerung erfasst haben, auf der sowohl die öffentliche Meinung generell als auch, im konkreten Fall, das Urteil über die Privatisie-

rung und die Umstände, unter denen sie durchgeführt wurde, beruhen. Mit ihrer zum Ausdruck gebrachten Solidarität und ihren Erwartungen von sozialer Gerechtigkeit in der Privatisierung verhielt sich die kroatische Bevölkerung nämlich im Einklang mit ihren grundlegenden Wertvorstellungen. In denen wurzelt auch die zum Ausdruck gebrachte Solidarität der Bevölkerung während des Krieges, als sie Hunderttausende Flüchtlinge aufnahm und sie ohne jedes Entgelt versorgte. Wenn dann die überwiegende Mehrheit der Medienakteure in Kroatien eine neutrale bzw., man möchte fast sagen, gleichgültige Haltung gegenüber den Prozessen zu erkennen gab, die die kroatische Bevölkerung so tief greifend berührt haben, dann hat sie sich im Grunde nicht anders verhalten als die Akteure der Privatisierung, die sich, unempfindlich gegenüber dem bereits erwähnten ‘Effekt des ethischen und sozialen Kontrast’ im Kriegszustand, bereichert haben. **Wenn man jedoch zudem bedenkt, dass auch die Presse nach demselben Modell privatisiert wurde wie das Gros der öffentlichen Güter und Ressourcen, sind die Vorbehalte gegenüber der Objektivität der kroatischen Presse, wenn sie über die Privatisierung schreibt, umso größer. In diesem Licht gesehen, wird auch der erwähnte Fall *Feral Tribune* verständlicher, denn dieses Blatt wird zum größten Teil aus dem Ausland finanziert.**

In dem größeren, anfangs erwähnten Kontext – Zerfall des Kommunismus und Transformationsprozess – betrachtet, kann der ‘Fall Kroatien’ vielleicht auch mit zu einer deutlicheren Sicht der globalen Prozesse verhelfen, die diese Länder betreffen. Aus unserer empirischen Unter-

suchung geht nämlich hervor, dass die Erwartungen des Papstes hinsichtlich einer Erneuerung der durch die langjährige kommunistische Herrschaft zerstörten geistigen Werte auf der Ebene des Verhaltens der an der Transformation beteiligten Akteure und Strukturen nicht in Erfüllung gingen. In viel größerem Maße scheinen sich bisher die Erwartungen der nationalen und internationalen Interessengemeinschaften und -strukturen erfüllt zu haben, für die persönliches Interesse und plötzlicher Reichtum weitaus wichtiger sind als die Entwicklung eines Wertesystems, das auf Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Ethik fußt. Wie es aussieht, waren die Menschen in den Reformländern zunächst einem ‘Tycoonisierungsprozess’ auf nationaler Ebene ausgesetzt, um dann primär über den Weg der wirtschaftlichen Globalisierung in die internationale Gemeinschaft aufgenommen zu werden, was aber im Grunde nichts anderes ist als eine ‘globalistische Tycoonisierung’. Die Funktion der Öffentlichkeit ist in einem solchen Prozess selbstverständlich nicht, demokratischer Faktor und gewissermaßen Kriterium für das Verhalten der erwähnten Strukturen zu sein, und noch weniger kann dies im Prozess der ‘globalistischen Tycoonisierung’ erwartet werden. Die uns vorliegenden Angaben (Tabelle 2) zeigen nämlich, dass die kroatische Bevölkerung unter einem gerechten Privatisierungsmodell auch keine Privatisierung ‘von außen’ versteht. Für ein solches Konzept haben sich lediglich 4,8 Prozent ausgesprochen. Von daher ist leicht abzusehen, dass bei einer Privatisierung ‘von außen’ die bestehenden sozialen und ethischen Grundeinstellungen in den Reformländern nicht unangetastet bleiben, vielmehr wird

man im Gegenteil versuchen, dieses Wertesystem neu zu gestalten. Darum wurde die Analogie zwischen dem revolutionären Übergangsprozess vom Kapitalismus zum Kommunismus und der sog. Transition vom Kommunismus zum Kapitalismus auch eingangs erwähnt. Da diese Prozesse in den Reformländern größtenteils über dieselben Strukturen laufen, für die das aus der christlichen Tradition hervorgegangene Wertesystem niemals den politischen Handlungsrahmen bildete, drängt sich einem die Schlussfolgerung auf, dass die wirtschaftliche Globalisierung in der Öffentlichkeit eher für zusätzliche Unzufriedenheit sorgen als die bestehende beilegen wird. Zumindest lässt sich das für die Unzufriedenheit behaupten, die aus der Missachtung der Wertorientierung der Menschen in den Reformländern resultiert. Deshalb muss den beinahe dramatischen Ermahnungen und Appellen des Papstes als oberster Träger des Moralparadigmas in der westlichen Welt mehr Gehör geschenkt werden, wenn er im Globalisierungsprozess, den auch er für unausweichlich hält, zu einer 'Globalisierung von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Ethik' aufruft. Das kroatische Beispiel vom Urteil der Öffentlichkeit über die Privatisierung zeigt in diesem Zusammenhang ganz klar, mit was für Folgen auch auf größerer Ebene gerechnet werden kann, wenn auch dort die grundlegenden Wertesysteme der Menschen in den Reform- oder postkommunistischen Ländern missachtet werden.

## ALLGEMEINE SCHLUSSFOLGERUNGEN

---

Die Analyse der Einstellung der Öffentlichkeit zur Privatisierung in Kroatien lässt folgende Abstrahierungen zu:

1. Die Privatisierung in Kroatien weist im Vergleich zu ähnlichen Prozessen in anderen Reformländern einige Besonderheiten auf, in erster Linie die, dass die Durchführung der Privatisierung in dieselbe Zeit fiel, als das Land Kriegsverwüstungen und einer humanitären Katastrophe ausgesetzt war, was den Effekt des sozialen und ethischen Kontrasts zur Folge hatte.

2. Die kroatische Öffentlichkeit hat in hohem Grade ihre Unzufriedenheit mit der Privatisierung zum Ausdruck gebracht, und zwar im Hinblick auf das angewandte Modell, den Zeitpunkt der Durchführung und auch die neuen Besitzer der öffentlichen Ressourcen und Güter. Ganz besonders groß ist die Unzufriedenheit auf sozialer und ethischer Ebene, da die Privatisierungsakteure und -strukturen sowohl die Öffentlichkeit als ‘demokratischen Partner’ umgangen als auch deren grundlegende Wertesysteme missachtet haben.

3. Die kroatische Presse hatte bis auf einige wenige kritische Ausnahmen zumeist eine neutrale bzw. gleichgültige Haltung zum Privatisierungsprozess im Lande. Das heißt: zwischen dem Urteil der Öffentlichkeit und dem der Presse gab es keinerlei Übereinstimmung, was darauf schließen lässt, dass die beiden Einstellungen auf unterschiedlichen Motiven und Faktoren beruhen.

4. Das ‘kroatische Beispiel’ der öffentlichen Meinung zur Privatisierung ist unseres Erachtens auch auf andere Prozesse in Kroatien und in den anderen Reformländern übertragbar. Insbesondere gilt dies für das Verhältnis zwischen globalen Wirtschaftsprozessen und ‘globaler Solidarität’, im Sinne jenes Ansatzes, der sich im Rahmen der Soziallehre der Kirche und der Theorien der so-

zialen Gerechtigkeit in der Sozialpsychologie herausgebildet hat.

## LITERATUR

- Baloban, St. (1997), *Etičnost i socijalnost na kušnji*, Kršćanska sadašnjost, Zagreb, 183.
- Barelson, B. (1952), *Content Analysis*, (Handbook of Social Psychology), 488-522.
- Blumer, H. (1953), in: Barelson B./Janowitz M. (Hg.), (1953), *Public Opinion and Communication*, The Free Press glencoe, New York.
- Deutsch, M./Shichman, G. (1986), Conflict: A Social Psychological Perspective, in: Herman, M. G. (Hg.), *Political Psychology, Contemporary Problems and Issues*, San Francisco/London: Josey/Bars.
- Čučković, N. (1998), *Temeljna ekonomska obilježja hrvatskog koncepta privatizacije*, Zbornik, Institut društvenih znanosti 'Ivo Pilar', Zagreb, 75-97.
- Habermas, J. (1989), *The Structural Transformation of the Public Sphere*, Polity Press, Cambridge.
- Lamza-Posavec, V. (1995), *Javno mnijenje*, Alinea, Zagreb, 214.
- Šakić, V. (1999), Socijalna pravednost i privatizacija u Hrvatskoj - Sociopsihološki pogled. in: Rogić, I./Čengić, D., *Privatizacija i javnost*, Zbornik, Institut društvenih znanosti 'Ivo Pilar', Zagreb, 324.
- Tyler, T. R./Smith, H. J. (1998), Social Justice and Social Movements. in: Gilbert, D. T./Fiske, S. T./Lindzey, G. (Hgg.), *The Handbook of Social Psychology*, Band 2, 595-629, McGraw Hill, New York.
- Weber, R. P. (1990), *Basic Content Analysis*, Sage Publications, Newbury Park.



---

Valentin  
ZSIFKOVITS

# GLOBALISIERUNG UND ETHIK



## ZUM BEGRIFF

---

Die Globalisierung ist ein allseits bekanntes Schlagwort. Globalisierung bedeutet dabei, "dass die Länder in der Welt wirtschaftlich zusammenwachsen, die Verflechtung der Märkte enger wird und die Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital über nationale Grenzen hinweg zunimmt."<sup>1</sup> Die so verstandene Globalisierung mit der Fokussierung auf den wirtschaftlichen Bereich möchte ich Globalisierung im engeren Sinn nennen. In diesem Sinn beschreibt der internationale Währungsfonds in seinem 'World Economic Outlook' vom Mai 1997 Globalisierung "als zunehmende internationale Integration der Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte" einerseits und andererseits als "Wiederaufnahme von Entwicklungen in der Weltwirtschaft, die seit weit über hundert Jahren beobachtbar sind."<sup>2</sup> Mit Globalisierung kann aber auch ein weiterer, d.h. umfassenderer Prozess gemeint sein, ein Prozess, der fast alle Lebensbereiche umfasst und diesbezüglich die nationalen Grenzen überschreitet, so etwa die Lebensbereiche der Wissenschaft, der Technik, des Kommunikationswesens, der Massenmedien, des Transportwesens, des Massentourismus, der Politik und natürlich auch der Kriminalität, sodass man z.B. auf das Letzte bezogen von einer Globalisierung der Kriminalität spre-

chen kann. Diese erweiterte Globalisierung möchte ich Globalisierung im weiteren Sinn nennen. Dabei sind die einzelnen Fälle der Globalisierungen miteinander oft mehr oder weniger eng verbunden. So liegt z. B. ein wesentlicher Grund der Beschleunigung des wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses in der Beschleunigung der Globalisierung im weiteren Sinn und in der Verbilligung im Transportwesen und im Kommunikationssystem. Dieser mein Beitrag zum Thema wird sich im Wesentlichen mit der wirtschaftlichen Globalisierung und ihren ethischen Aspekten befassen.

## GRUNDPRINZIPIEN DES INTERNATIONALEN HANDELS

---

Der Beginn der Globalisierung als besonders nennenswerter wirtschaftlicher Überschreitung nationaler Grenzen ist eng verbunden mit Adam Smiths Theorie der Arbeitsteilung inklusive der Theorie der absoluten Kostenvorteile und David Ricardos Theorie der komparativen Kosten. Auf diesen Theorien aufbauend lassen sich zwei wichtige, heute noch geltende Grundprinzipien des internationalen Handels formulieren. Das erste Prinzip lautet folgendermaßen: “Wenn sich von zwei Ländern jedes auf die Produktion derjenigen Güter spezialisiert, bei denen es komparative Vorteile (beziehungsweise die größte relative Leistungsfähigkeit) besitzt, lohnt sich der Handel für alle Beteiligten. In beiden Ländern steigen die Reallöhne. Diese Feststellung gilt auch dann, wenn eine der Regionen in Bezug auf die Produktion jedes beliebigen Gutes absolut leistungsfähiger ist als die andere.”<sup>3</sup> Das zweite Prinzip lässt sich so formulieren: “Ein verfehltes System von Zöllen oder Importkontingenten wird den ‘ge-

schützen' Arbeitern oder Konsumenten eines Landes nicht nützen, sondern vielmehr zu einer Senkung ihrer Realeinkommen führen, weil es die Importe verteuert und die gesamte Welt in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Protektionismus schadet allen Ländern, weil ein verminderter Welthandel die Leistungsfähigkeit zerstört, die ein System der Spezialisierung und Arbeitsteilung mit sich bringt."<sup>4</sup>

## GLOBALISIERUNG UND GEMEINWOHL

---

Auf solchen Einsichten aufbauend hat sich, besonders begünstigt durch die Entwicklung und Verbiligung des Transport- und Nachrichtenwesens, vor allem seit dem vorigen Jahrhundert die Globalisierung der Wirtschaft entwickelt, die freilich auch durch Rezessionszeiten vor allem zweier Weltkriege gekennzeichnet war. In unserem Themenzusammenhang scheint mir die Feststellung wichtig zu sein, dass die Globalisierung der Wirtschaft einen historischen Prozess darstellt, der in einem gewissen Ausmaß einfach als Faktum zur Kenntnis zu nehmen und nicht beliebig rückgängig zu machen ist. Was möglich und notwendig ist, das ist die innerhalb eines gewissen Spielraums mögliche Steuerung und Beeinflussung dieses Prozesses auf ein Optimum hin, und zwar auf das globale Gemeinwohl hin, das ich folgendermaßen definieren möchte: Das globale Gemeinwohl ist das an der Bestimmung der Menschennatur und an der Bewahrung der Schöpfung sich orientierende größtmögliche Glück aller Einzelnen der Weltgesellschaft in Gegenwart und Zukunft mit vorrangiger Beachtung vitaler Lebensbedürfnisse für alle sowie mit besonderer Berücksichtigung der Realisierungsbedingungen beider Anliegen.

## LICHT- UND SCHATTENSEITEN DER GLOBALISIERUNG

---

Bevor nähere Schritte der genannten Optimierung gesucht werden, soll ein kurzer Blick auf Licht- und Schattenseiten der Globalisierung geworfen werden. Die oben erwähnte, in der 2. Hälfte des 20. Jhs. erfolgte schnell voranschreitende internationale Integration der Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte wird auch Reglobalisierung genannt.<sup>5</sup> Im Gegensatz dazu nennt Williamson in seinen wirtschaftshistorischen Arbeiten jene Desintegration der Weltwirtschaft, die mit dem Ausbruch und im Gefolge des 1. Weltkriegs stattfand, die Deglobalisierungs-Implosion.<sup>6</sup> Williamson beurteilt diese Desintegration als katastrophal. In seinem Sinn schreibt denn auch Landmann Folgendes: "Wie die 'Deglobalisierungs-Implosion' in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gezeigt hat, liegt die größte Bedrohung für Arbeitsplätze, Löhne und Wohlstand nicht in der Globalisierung, sondern in einer radikalen Abkehr der Politik vom Prinzip der integrierten Wirtschaft und der offenen Märkte."<sup>7</sup> Der Internationale Währungsfonds schreibt über die Globalisierung und ihre Folgen: "Es gibt keinen Zweifel, dass die Globalisierung enorm zum globalen Wohlstand beiträgt."<sup>8</sup> Solche Positionen sind genährt von Überlegungen etwa folgender Art: dass Globalisierung eine verbesserte Allokation der Produktionsfaktoren und damit eine Erhöhung des Wohlstands der Weltwirtschaft bewirke; dass weltweit steigender Wohlstand gleichzeitig der Motor für die Entwicklung friedlicher demokratischer Verhältnisse zwischen den Staaten sei;<sup>9</sup> dass die Vermutung einiges für sich hat, dass positive Effekte der Globalisierung die negativen überwiegen, weshalb es leichter möglich sei, dass

die Gewinner die Verlierer entschädigen können, ohne ihren eigenen Vorteil ganz einzubüßen;<sup>10</sup> und dass die bisherige Geschichte der Globalisierung vor allem seit dem vorigen Jahrhundert die These bestätige, dass der Wohlstand der Nationen entscheidend durch die internationale Arbeitsteilung bestimmt werde.<sup>11</sup>

Solche positiven Werturteile über Globalisierung, sind zwar – soweit ich das überblicke – in etwa typisch und repräsentativ für Ökonomen, nicht aber für die breite Masse und für andere Gremien. Bei Letzteren ist eher eine Anti-Globalisierungs-Stimmung festzustellen, für welche eine Studie der Brookings-Institution den Begriff ‘Globaphobia’<sup>12</sup> geprägt hat. Eine solche Anti-Globalisierungsstimmung ist in letzter Zeit z.B. bei den Demonstrationen in Seattle anlässlich der WTO-Versammlung und in Davos anlässlich des Weltwirtschaftsforums zu Tage getreten. In diesem Zusammenhang sei an in Massenaufgaben erschienene Bücher mit Titeln wie ‘Die Globalisierungsfalle’<sup>13</sup> oder ‘Der Terror der Ökonomie’<sup>14</sup> oder ‘Turbo-Kapitalismus’<sup>15</sup> erinnert. In diesen bzw. in solchen Büchern wird die These vertreten, “dass die Globalisierung und die hypereffizienten Finanzmärkte einen ‘ungezügelter Turbo-Kapitalismus’ geschaffen haben, der drauf und dran ist, unsere Arbeitsplätze zu vernichten, unsere sozialen Sicherungssysteme auf Dritte-Welt-Niveau hinunterzuschrauben, die Politik zu entmachten, die Umwelt zu zerstören und die Entwicklungsländer auszubeuten.”<sup>16</sup> Entsprechendes kann auch in Bezug auf Transformationsländer hinzugefügt werden. Ferner ist in solchem Zusammenhang von der ‘Diktatur des Marktes’ die Rede, oder von ‘Managern milliardenschwerer Investment-

fonds und Weltkonzerne', welche 'die Nationalstaaten matt setzen'.<sup>17</sup> Bei den oben erwähnten anderen Gremien, welche die Globalisierung eher negativ beurteilen, denke ich z. B. an das 'Dokument der VIII. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 3. bis 14. Dezember 1998 in Harare/Simbabwe' und den damit in Zusammenhang stehenden offenen Brief von ökumenisch engagierten Einzelpersonen, der an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der genannten Vollversammlung gerichtet war.

## DIE SKEPSIS DES ÖKUMENISCHEN RATES GEGENÜBER DER GLOBALISIERUNG

---

Im genannten Dokument der VIII. Vollversammlung ist u.a. zu lesen: Die Macht einer relativ kleinen Zahl von Staaten und Unternehmen insbesondere des Nordens "reicht über den ganzen Erdball und in zahlreiche Lebensbereiche hinein. ... Wichtige Entscheidungen werden von diesen rund 30 Nationen und 60 Großunternehmen getroffen. Die planvolle Globalisierung der Produktion, des Kapitals und des Handels führt zu einer weiteren Stärkung der Macht der Finanzzentren des Weltmarktes."<sup>18</sup> Weiters wird beklagt, dass die Globalisierung zur Aushöhlung des Nationalstaates beitrage, den Zusammenhalt der Gesellschaft zerstöre und die Eroberung der Natur in einem gnadenlosen Angriff auf die Unversehrtheit der Schöpfung verstärke. Sodann wird auf die Inkonzsequenz hingewiesen, dass im Prozess der Globalisierung das Kapital ungehindert weltweit bewegt werden könne, für die Arbeit aber gleichzeitig neue Grenzen errichtet würden, um die Zuwanderung von Arbeitsuchenden einzudämmen. Auch die Liberalisierung des Handels, einer der höchst-



ten Grundsätze der wirtschaftlichen Globalisierung, würde einseitig praktiziert, weil die entwickelten Staaten sich protektionistisch gegen die Importe und überhaupt gegenüber den nationalen Märkten des Südens verhielten. Vom globalisierten Finanzkapital wird festgestellt: "Nur ein kleiner Teil der eineinhalb Billionen Dollar, die täglich an den Devisenmärkten umgetauscht werden, steht in Verbindung mit wirtschaftlichen Grundaktivitäten. Der Löwenanteil davon ist reine Finanzspekulation, keine wirkliche Investition. Diese Spekulation schwächt die ohnehin angeschlagenen Volkswirtschaften. Massive Spekulation hat zum Zusammenbruch der Finanzmärkte in Asien geführt und stellt ein Risiko für die Weltwirtschaft insgesamt dar."<sup>19</sup> Das Dokument anerkennt zwar, dass die schnell voranschreitende Globalisierung potenziell positive Aspekte mit sich bringe, in der Realität überwiegt aber für die Verfasser eindeutig Negatives für die Armen und Schwachen.

In die gleiche Richtung gehen die kritischen Aussagen des oben genannten offenen Briefes, den auf Initiative des früheren Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen, Philip Potter, engagierte Personen aus Deutschland und einigen europäischen Nachbarländern verfasst haben. In diesem Brief heißt es z.B.: "Die Globalisierung produziert extremen Reichtum für einige wenige und wachsende Armut für eine viel größere Zahl von Menschen."<sup>20</sup> Im Blick auf das globalisierte Finanzkapital wird der bekannte Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes zitiert, der schon in den dreißiger Jahren davor gewarnt hatte, dass, "wenn die Finanzwelt dominiert, die Entwicklung eines Landes nur ein Nebenprodukt von Spielbankbetrieben sein wird."<sup>21</sup>

Wenn man sich die Kritik des Dokuments und des offenen Briefes am globalisierten Finanzkapital vor Augen hält, dann fällt einem unweigerlich die Kapitalismuskritik der Enzyklika ‘Quadragesimo Anno’ Pius XI. aus dem Jahre 1931 ein, wo es in der Nr. 109 u. a. heißt: “Die letzten Auswirkungen des individualistischen Geistes sind es, die Ihr, Ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne, vor Augen habt und beklagt: der freie Wettbewerb hat zu seiner Selbstaufhebung geführt; an die Stelle der freien Marktwirtschaft trat die Vermachtung der Wirtschaft; das Gewinnstreben steigerte sich zum zügellosen Machtstreben. ... Im zwischenstaatlichen Leben aber entsprang der gleichen Quelle ein doppeltes Übel: hier ein übersteigerter Nationalismus und Imperialismus wirtschaftlicher Art, dort ein nicht minder verderblicher und verwerflicher finanzkapitalistischer Internationalismus oder Imperialismus des internationalen Finanzkapitals, das sich überall da zu Hause fühlt, wo sich ein Beutefeld auftut.”

## MÖGLICHKEITEN EINER STEUERUNG DER GLOBALISIERUNG AUF DAS INTERNATIONALE GEMEINWOHL HIN

---

Nach dem Aufzeigen der Globalisierung als eines historischen Prozesses und nach einem kurzen Einblick in positive und negative Stimmen über die Globalisierung soll nun versucht werden, Möglichkeiten einer optimalen Steuerung der Globalisierung auf das oben genannte internationale Gemeinwohl hin aufzuzeigen. In einem solchen Steuerungsprozess scheinen besonders auch im Blick auf Entwicklungs- und Transformationsländer drei Schritte besonders wichtig zu sein:

- eine Minimierung der Schattenseiten und, so weit als möglich, deren gerechtere, d.h. ausgewogenere und die Armen und Schwachen entlastendere ‘Verteilung’, wobei klar ist, dass sich die gemeinte ‘Verteilung’ nicht so wie bei einem Kuchen durchführen lässt, sondern bedeutet, dass im Prozess der Globalisierung und in der Korrektur der Ergebnisse die Armen und Schwachen vorrangig beachtet werden;
- als ein weiterer gleichzeitig zu setzender Schritt wird die Maximierung der Lichtseiten mit der gleichen Ausrichtung auf die Armen und Schwachen anzustreben sein;
- ein dritter gleichzeitig zu erfolgender Schritt wird dem Aufbau und dem Ausbau einer entsprechenden globalen Rahmenordnung mit den dazugehörigen globalen Institutionen und einer ebenfalls auf die Besserstellung der Armen und Schwachen zielenden Strategie zu dienen haben. Hier soll sofort hinzugefügt werden, dass diese Rahmenordnung durch eine globale Ethik bzw. ein globales Ethos abgesichert werden muss.

## GLOBALISIERUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT

---

Einer der häufig vorgebrachten Kritikpunkte an der Globalisierung lautet, sie verursache in den Industriegesellschaften Arbeitslosigkeit, weil die global agierenden Unternehmen ihre Produktionen in Länder mit niedrigen Löhnen, niedrigen Sozialkosten und niedrigen Umweltkosten verlagerten und weil damit zusammenhängend mit der Öffnung der Märkte für Produkte aus den billiger produzierenden Ländern unsere Arbeitskräfte, besonders die niedrig Qualifizierten, noch einmal unter Druck gerieten. Sozialethisch gerät man mit diesem Problem in ein gewisses Dilem-

ma, weil der Verlust von Arbeitsplätzen in den Industriegesellschaften ein Übel ist; weil der Druck auf die erworbenen Lohn-, Sozial- und Umweltstandards nicht wünschenswert ist; weil aber andererseits die niedrigen Produktionskosten wenn nicht den einzigen, so doch den wichtigsten Chancenvorteil der ärmeren Länder gegenüber den Industrieländern darstellen.

Wie ist nun ein Ausweg aus diesem Dilemma zu finden? Zunächst einmal ist von den reichen Industrieländern jene Konsequenz zu fordern, die bereits oben im Dokument der VIII. Vollversammlung vermisst wurde. Man kann nicht ethisch gerechtfertigt den freien Zugang zu den Märkten der armen Länder verlangen und nutzen, selber aber die eigenen Märkte durch protektionistische Maßnahmen abschotten. So gesehen hat z.B. der honduranische Erzbischof Rodriguez<sup>22</sup> völlig recht, wenn er für die armen Länder einen fairen und freien Welthandel fordert, weil die armen Länder diesen dringend nötig hätten. Freilich, das muss man gleich hinzufügen: Die Politiker, die in den reichen Ländern ihren Wählern unverblümt diesen Sachverhalt darlegen würden, hätten weniger Chance, wiedergewählt zu werden. Und die Bischöfe der reichen Länder laufen diesbezüglich auch Gefahr, Gläubige zu verlieren oder zumindest zu verstimmen, wenn sie so eindeutig und konkret Stellung beziehen würden. Daraus ist sicherlich nicht zu folgern, dass man die wirtschaftsethische Wahrheit von der Notwendigkeit des solidarischen und gerechten Teilens von Arbeit und anderen Lebenschancen – und zwar national wie international – verschweigen muss, sondern es ist das Dilemma aufzuzeigen, so weit als möglich zu entschärfen und we-

nigstens kompromisshaft zu lösen. Konkret wird es notwendig sein, die arbeitenden Menschen in den Industrieländern auf eventuelles Umsteigen in chancenreichere, im Blick auf komparative Kostenvorteile günstigere Arbeitsfelder vorzubereiten und zu motivieren, sie durch Sozialnetze gegen Verarmung abzusichern und überhaupt Flexibilität und Dynamik als wichtige Orientierung in wirtschaftlicher Hinsicht zu vermitteln. Was in solchen Situationen schwer fällt, aber dennoch nötig ist, das ist das Offenhalten des Blicks für die noch viel Ärmeren in den Elendszonen dieser Welt, die im Falle von Arbeitslosigkeit keine sozialen Auffangnetze besitzen, aber auch das Offenhalten des Blicks für die in erschwerten Umständen lebenden Menschen in den Transformationsländern. Im Übrigen ist in solchem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Wirtschaft im Allgemeinen kein Null-Summenspiel ist, und wenn überhaupt, dann nur kurzzeitig, dass also von einem fairen, gerechten und freien Welt-handel langfristig alle profitieren, also mehr haben als in der Variante der gegenseitigen Abschottung. Denn ein fairer, gerechter und freier Welt-handel ist eher geeignet, institutionelle Sklerose<sup>23</sup> zu verhindern und auf breiter Basis die Kaufkraft zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern.

#### FORDERUNG NACH EINER GERECHTEN INTERNATIONALEN RAHMENORDNUNG

---

Wenn nun der globale Freihandel sein Positives hat, warum gibt es dann so viel Armut in der Welt? Daran muss nicht die Globalisierung an sich schuld sein, sondern es kann an den Gesellschaftsstrukturen in den armen Gesellschaften und an der fehlenden nationalen und internatio-

nalen (globalen) Rahmenordnung liegen. Es ist ja durchaus denkbar, dass ohne Globalisierung die Lage noch katastrophaler wäre. Sollen die positiven Seiten der Globalisierung, also verstärktes Wirtschaftswachstum und steigender Wohlstand, allen im entsprechenden Ausmaß zugute kommen, bedarf es entsprechend gerechter Staats- und Gesellschaftsstrukturen und einer globalen Rahmenordnung. Nun fehlt es diesbezüglich in nicht unerheblichem Ausmaß. Von der ökosozialen Marktwirtschaft weiß man, dass es zu ihrem Wirksamwerden einer freiheitlich-sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie bedarf. Nun sind solche Staats- und Gesellschaftsformen weltweit eher in der Minderheit. Global fehlt eine entsprechend ausgebaute und vertiefte internationale Rechtsgemeinschaft mit Institutionen zur Durchsetzung solchen Rechts. Notwendig wären z.B. die Gewährleistung von Eigentumsrechten im ökonomischen Sinn und die Möglichkeit von Vertragsabschlüssen, die bei Nichterfüllung mit Erfolg eingeklagt werden können. Beide Bedingungen sind nach Watrin<sup>24</sup> in der heutigen Staatenwelt nicht durchgehend erfüllt. Es fehlt z.B. auch eine Weltzentralbank, und es fehlen allseits akzeptierte automatische Regeln für weltweite Maßnahmen zur Ausgaben- und Steuerpolitik.<sup>25</sup>

So ist der politische Ordnungsrahmen, auf den der freie internationale Wirtschaftsverkehr angewiesen ist, "permanent in Gefahr, durch den Druck protektionistischer Interessen ausgehöhlt zu werden."<sup>26</sup> Den vorhandenen internationalen Institutionen, wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Welthandelsorganisati-

on (WTO), dem Internationalen Arbeitsamt, dem vorgeschlagenen Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) und ähnlichen multilateralen Abkommen wird vorgeworfen, die Macht derer zu stärken, die ohnehin privilegiert sind, und die armen und schwachen Länder zu benachteiligen.<sup>27</sup> Es bedürfte auch entsprechender transparenter Kontrollinstanzen solcher Institutionen. Es bleibt aber dabei, dass globalisierte Probleme globalisierter Institutionen samt deren Kontrolle bedürfen.

Die Notwendigkeit globaler Institutionen zur Steuerung und Kontrolle globaler Wirtschaftstätigkeiten ist auch deshalb besonders einsichtig, weil im Globalisierungsprozess immer mehr Megafusionen von Unternehmen zu verzeichnen sind, welche mit ihrer Weltmarktbeherrschung 'gefährlich' zu werden drohen und die Kontrollfähigkeit und Kontrollmacht nationaler Regierungen erheblich übersteigen. Faktum ist, dass schon bei Investitions- und Niederlassungsentscheidungen die finanzmächtigen Investoren Bedingungen diktieren können, welche nicht gerade dem Wohle der dort lebenden Bevölkerung dienen. Denn Wirtschaftsunternehmen sind nicht primär Bannerträger der Menschenrechte und ihrer Standards, sondern Vertreter von Gewinninteressen. Nicht umsonst gibt es national gesehen Gesetze zur Beschränkung bzw. Verhinderung monopolartiger Wirtschaftsmacht. Die Sache wird besonders brisant, wenn es sich bei solchen Megafusionen um international agierende Unternehmen der Medienbranche<sup>28</sup> handelt, die eine wichtige Funktion in der Kontrolle politischer und wirtschaftlicher Macht ausüben sollte, und wo sich da in besonderer Weise die Frage stellt, wer denn die Kontrolleure kontrolliert. Man den-

ke z.B. nur an die Problematik auflagenstarker Boulevardzeitungen in Staaten unserer Breitengrade.

Wirklich globale, über den Interessen von Nationalstaaten stehende Institutionen sind weiters auch deshalb notwendig und wichtig, weil auf dem globalen Markt die Chancen von Nationalstaaten zur Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Interessen asymmetrisch verteilt sind.<sup>29</sup> So beeinflusst z.B. die ökonomische Entwicklung in den USA das Geschehen in Paraguay stärker, als es umgekehrt der Fall ist. Wirkmächtige globale Institutionen könnten hier für einen gewissen Ausgleich sorgen.

## INTERNATIONALE REGIONALE ZUSAMMENSCHLÜSSE ALS EIN WEG?

---

Der bisherige Verlauf der Herausbildung überstaatlicher, also internationaler Institutionen zwecks Koordination und Kontrolle lehrt, dass es leichter ist, funktionsfähige regional-globale Institutionen etwa innerhalb Europas auf- und auszubauen als universal-globale. Dies zeigt sich nicht nur auf dem Gebiet der Menschenrechte, sondern auch auf dem Gebiet der Wirtschaft. Als regional-globale Assoziationen mit entsprechenden Institutionen, welche in unserem Themenzusammenhang von besonderem Interesse sind, wären neben der EU zwei weitere zu nennen, und zwar: die NAFTA (Abkürzung für North American Free Trade Agreement, also die Freihandelszone zwischen den USA, Kanada und Mexiko) und die AFTA (Abkürzung für ASEAN Free Trade Area, also die Asiatische Freihandelszone, der die neun Mitgliedsstaaten der Association of South-East Asian Nations angehören. Dieser ASEAN-Pakt ist



die Vereinigung südostasiatischer Staaten zur Förderung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenarbeit). In solchen regionalen Zusammenschlüssen wird offensichtlich der realistischere Weg supranationaler Koordination gesehen. Dennoch sollte man bedenken, worauf Helmut Hesse in diesem Zusammenhang aufmerksam macht, wenn er schreibt: “Besorgte Stimmen aus Drittländern zum möglichen Bau einer ‘Festung Europa’ oder zur Abschottung des von den USA, Kanada und Mexiko gebildeten gemeinsamen Marktes vom Weltmarkt zeigen aber, dass regionale Koordinierungsabkommen zwar leichter durchsetzbar sein dürften, gleichzeitig aber die Gefahr neuer globaler ökonomischer Verwerfungen bringen können. Aus der Oligopoltheorie ist bekannt, wie instabil und konfliktträchtig eine stark trizentrische Weltwirtschaft sein könnte, da mächtige regionale Wirtschaftsböcke mit größeren Erfolgsaussichten gegeneinander arbeiten könnten, als es einzelnen Staaten möglich ist. Es bedarf besonderer Anstrengungen, um einen Ausgleich zwischen Globalisierung und Regionalisierung zu erreichen.”<sup>30</sup> Es wird in diesem Zusammenhang beispielsweise wichtig sein, dass die Transformationsländer in der EU einen entsprechenden Platz finden.

## SCHLUSSBEMERKUNG

---

Ein Blick ins vorige Jahrhundert erinnert an die Möglichkeit, dass zumindest auf Jahrzehnte hin die Geschichte negativ verlaufen kann, wenn der Globalisierungsprozess nicht rechtzeitig optimal gesteuert wird. Gemeint ist folgende Passage aus dem Manifest der Kommunistischen Partei von 1848, wo es u.a. heißt: “Die fortwährende Umwäl-

zung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altherwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst ... Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen ... Sie hat ... den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, ... deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden.”<sup>31</sup>

Hoffen wir auf den Sieg der weit blickenden Vernunft, den Sieg loyaler Solidarität über den individuellen Gruppen- bzw. firmenspezifischen, nationalstaatlichen und regionalen Egoismus.

Zusammenfassend und abschließend kann mit einer Studie der Sachverständigenkommission ‘Weltwirtschaft und Sozialethik’ und der kirchlichen Werke Adveniat, Caritas international, Misereor, missio Aachen, missio München und Renovabis Folgendes formuliert werden: “Der Globalisierungsprozess bewirkt zwar einen weltweiten Wohlstandszuwachs, führt aber tendenziell zu erheblichen Verteilungsverschiebungen zu Lasten gering qualifizierter Arbeitskräfte in den Industrieländern und ärmerer Bevölkerungsschichten in den Entwicklungs- und Transformationsländern. Außerdem beruhen die Wachstumseffekte teilweise auf einer unzureichenden Einbeziehung

der ökologischen Kosten und schaffen damit ein intergenerationelles Verteilungsproblem.”<sup>32</sup> Und ein wenig später heißt es in dieser Studie: “Wenn die Überwindung der Ausgrenzung vorrangiger ethischer Maßstab universaler Verantwortung ist, dann muss es primäres Ziel politischer Steuerung sein, durch ordnungspolitische Rahmenbedingungen soweit wie möglich zu verhindern, dass der Globalisierungsprozess die Menschen und Generationen in Gewinner und Verlierer spaltet. So wie es im Zeitalter der Nationalökonomien Aufgabe des Staates war (und bleibt), durch Rahmenbedingungen den Markt mit seinen unbestreitbaren Stärken so zu steuern, dass er zum Nutzen aller wirksam werden kann, so bedarf es heute weltweiter Abkommen und Institutionen, um dieses Leitbild der sozialen Marktwirtschaft in eine Globalökonomie einzubringen. Es geht also darum, von vornherein möglichst faire und gerechte Ausgangsbedingungen zu schaffen. Wo es dennoch zu Ungerechtigkeiten kommt, was vermutlich nie restlos zu verhindern sein wird, sind diese durch nachträgliche und sachgerechte Interventionen zu korrigieren. Dies muss vermutlich auch weiterhin hauptsächlich auf nationalstaatlicher Ebene erfolgen.”<sup>33</sup> Und man muss noch hinzufügen, dass die Chancen eines Landes, von der Globalisierung zu profitieren, selbstverständlich auch von dessen Maßnahmen politischer und ähnlicher Art abhängen.<sup>34</sup>

<sup>1</sup> J. B. Donges, Die Globalisierung der Wirtschaft: Eine positive Entwicklung, in: *Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung* 37 (1998), Nr. 9, o. S. 1.

<sup>2</sup> Ch. Watrin, Die Herausforderung der Globalisierung: Chancen und Notwendigkeiten, in: A. Rauscher, (Hg.),

*Zukunftsfähige Gesellschaft. Beiträge zu Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Berlin 1998, 86, 69.

<sup>3</sup> P. A. Samuelson/W. D. Nordhaus, *Volkswirtschaftslehre. Grundlage der Makro- und Mikroökonomie*, Bd. 2, Köln <sup>8</sup>1987, 641.

<sup>4</sup> *Ebd.*, 642.

<sup>5</sup> O. Landmann, Die Globalisierung: Wachstumsmotor oder Job-Killer?, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 44 (1999), 133-152, 136.

<sup>6</sup> Vgl. dazu *Ebd.*, 140.

<sup>7</sup> *Ebd.*, 150.

<sup>8</sup> "There is no doubt that globalization is contributing enormously to global prosperity.", Ch. Watrin, *Die Herausforderung der Globalisierung ...*, 71.

<sup>9</sup> Das ist die Hauptthese des Buches von Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

<sup>10</sup> Ch. Watrin, *Die Herausforderung der Globalisierung ...*, 75.

<sup>11</sup> Vgl. *Ebd.*, 74.

<sup>12</sup> G. Burtless/R. Z. Lawrence/R. E. Litan/R. J. Shapiro, *Globophobia*, Washington 1998.

<sup>13</sup> H.-P. Martin/H. Schumann, *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Reinbek/H. <sup>8</sup>1996.

<sup>14</sup> V. Forrester, *Der Terror der Ökonomie*, München 1998 (Taschenbuchausgabe).

<sup>15</sup> E. Luttwak, *Turbo-Kapitalismus. Gewinner und Verlierer der Globalisierung*, Wien 1999.

<sup>16</sup> O. Landmann, *Die Globalisierung ...*, 133.

<sup>17</sup> *Ebd.*, 133.

<sup>18</sup> Der Herrschaft widerstehen - das Leben bejahen: Die Herausforderung der Globalisierung. Dokument der VIII. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 3. Bis 14. Dezember 1998 in Harare/Simbabwe, in: *Una Sancta* 54 (1999), 16-24, 17.

<sup>19</sup> *Ebd.*, 18.

<sup>20</sup> Globalen Mächten widerstehen. Globalisierung. Ein offener Brief der Sorge und der Hoffnung, in: *Junge Kirche* 59 (1998), 445-452, 446.

<sup>21</sup> *Ebd.*, 447.

<sup>22</sup> Vgl. dazu: Bischof für internationalen Gerichtshof für Wirtschaftsverbrechen. Honduranischer Erzbischof Rodriguez: 'Schmutziges Geld' von Diktatoren und Dro-

genhändlern muss der Kampf angesagt werden, in: *Kathpress-Tagesdienst*, Nr. 294, 30. 12. 1999, 10.

<sup>23</sup> Vgl. dazu M. Olson, *The Rise and Decline of Nations*, New Haven 1982.

<sup>24</sup> Ch. Watrin, *Die Herausforderung der Globalisierung ...*, 82f.

<sup>25</sup> Vgl. dazu H. Hesse, Globalisierung, in: Enderle, G. u.a. (Hg.), *Lexikon der Wirtschaftsethik*, Freiburg/Br. 1993, 402–410, 408.

<sup>26</sup> O. Landmann, *Die Globalisierung ...*, 140.

<sup>27</sup> Vgl. *Der Herrschaft widerstehen ...*, 17, 24.

<sup>28</sup> Vgl. z.B. Größte Fusion aller Zeiten führt Medien und Internet zusammen, in: *Die Presse*, 11. 1. 2000, 15.

<sup>29</sup> Vgl. dazu H. Hesse, *Globalisierung ...*, 406f.

<sup>30</sup> *Ebd.*, 409f.

<sup>31</sup> K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Diess., *Werke*, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin 1974, 459–493, 465f.

<sup>32</sup> *Die vielen Gesichter der Globalisierung - Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung*. Eine Studie der Sachverständigenengruppe 'Weltwirtschaft und Sozialethik' und der kirchlichen Werke Adveniat, Caritas international, Misereor, missio Aachen, missio München und Renovabis, hrsg. v. d. Wissenschaftl. Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1999, 51.

<sup>33</sup> *Ebd.*, 51.

<sup>34</sup> Vgl. dazu *Ebd.*, 54ff.



---

Marijan  
VALKOVIĆ

DIE BEDEUTUNG  
DER SOZIALLEHRE  
DER KIRCHE IN DEN  
TRANSFORMATIONS-  
LÄNDERN





Die Soziallehre der Kirche war in den Transformationsländern – aus bekannten Gründen – ein halbes Jahrhundert lang in ihrer Entwicklung blockiert.

Mit dem Aufkommen von Freiheit, sozialpolitischem Wandel und gesellschaftlichem Pluralismus war die Situation schlagartig verändert. Die politischen Ziele sahen relativ klar aus: Es sollte eine demokratische Gesellschaftsordnung angenommen werden, so wie sie sich ‘im Westen’ und in den ‘hoch entwickelten Industrieländern’ etabliert hatte. Weitaus weniger klar war man sich hingegen über die sozial-wirtschaftlichen Fragen. Aus Erfahrung wusste man zwar, dass die Planwirtschaft nichts taugte, aber man wusste ebenfalls, dass auch die konkrete marktwirtschaftliche (kapitalistische) Ordnung nicht ideal war.

Bei der Analyse der Lage sind wir – was die Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Analysen betrifft – auf Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen und Politologen angewiesen. Von kirchlicher Seite her wird erst in jüngster Zeit versucht, die religiös-moralischen Gegebenheiten in den Reformländern empirisch zu untersuchen, wobei mehrere Untersuchungen im Moment noch im Gange sind.<sup>1</sup> Doch die sozialen Analysen und Suggestionen aus der Perspektive

der kirchlichen Soziallehre stecken noch in ihren Anfängen. Mit einiger Zuversicht hoffen wir allerdings, dass die neu gegründeten Zentren (oder Akademien) der Soziallehre der Kirche diese Entwicklung voranbringen werden.

## DIE SOZIALLEHRE DER KIRCHE

---

Seit einiger Zeit ist die katholische Soziallehre für die Reformländer recht attraktiv und interessant, wenn auch für gewöhnlich nur ganz allgemein über sie gesprochen wird,<sup>2</sup> Zitate aus Enzykliken angeführt werden, ohne tiefer in die Problematik, die durch die neuen sozial-politischen Umstände entstanden ist, einzudringen und vor allem ohne konkret genug zu sein. Selbstverständlich gibt es einige bescheidene Versuche, tiefer in die Problematik vorzudringen, doch in der Gesellschaft ist davon kaum etwas zu spüren. Hauptsächlich liegt das wohl am Fehlen von gebildeten und engagierten christlichen Laien sowie an einem Mangel an qualifizierten Fachleuten und Studienzentren für die Soziallehre der Kirche. Die Bischöfe geben kurze, an sich gewichtige Grundsatzserklärungen und die Kommissionen 'Justitia et pax' reagieren vor allem kritisch auf vereinzelte, für gewöhnlich negative Aspekte des gesellschaftlichen Lebens, ohne nennenswerte Inspiration und ohne soziale und 'politische' Konzepte, die auf weite Teile der Gesellschaft Einfluss nehmen könnten.<sup>3</sup> Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des sozialen Bewusstseins in Kroatien sind in letzter Zeit die kurzen Verlautbarungen des Erzbischofs von Zagreb, J. Bozanić, insbesondere sein Wort zu Weihnachten 1997, in dem er von 'sündhaften Strukturen' sprach und einige Gesetze nannte, die nach seinem Dafürhalten auf die Interes-

sen einiger Gruppierungen zugeschnitten, und nicht zum Wohl der Allgemeinheit verabschiedet worden waren – eine Behauptung, die in der Öffentlichkeit auf ein enormes Echo stieß. Unter den bekannteren kirchlichen Schriften sozialer Natur in den postkommunistischen Ländern scheint der Hirtenbrief der ungarischen Bischöfe, ‘Für eine gerechtere und brüderlichere Welt’, aus dem Jahre 1996 stärkere Wirkung gehabt zu haben.<sup>4</sup> Diese und viele weitere Wortmeldungen in anderen ‘westlichen’ Ländern haben von der Methodik her gezeigt, dass es zwischen generellen, prinzipiellen Standpunkten (hauptsächlich auf der Grundlage von Konzilsdokumenten und päpstlichen Enzykliken) und konkreter Sozial- und Wirtschaftspolitik noch die mittlere Ebene der konkreten sozialen Ethik gibt, auf der Bischöfe, Bischofskonferenzen und katholische Foren als Teilnehmer am Dialog in der pluralistischen Gesellschaft auftreten, bei aller Qualifiziertheit, aber auch eventuellen Relativität ihrer Standpunkte oder ihres Auftretens.

Im vorliegenden Artikel werden jene Aspekte angeführt, von denen der Autor meint, dass sie in den Reformländern von besonderer Aktualität sind.

## ANTHROPOLOGIE

---

Derzeit greift in den postkommunistischen Ländern der Individualismus um sich, und Gemeinschaft hat, im Geiste einer einseitig aufgefassten Globalisierung (neofunktionalistische Zivilgesellschaft), praktisch auf wirtschaftlicher und technologischer Leistung zu fußen. Die falsche Anthropologie, die Papst Johannes Paul II. (neben Atheismus ...)<sup>5</sup> Hauptursache für den Untergang des

kommunistischen Systems nennt, droht auch in den veränderten Umständen, wo auf Osteuropa starke neoliberalistische Strömungen eindringen, das gesellschaftliche Leben zugrunde zu richten. Der scientistische Positivismus droht, um mit Maritain zu sprechen, den christlichen 'integralen Humanismus' zu ersticken. Wir sind davon überzeugt, dass der Humanismus christlicher Provenienz die besten Zukunftsaussichten hat, doch er befindet sich in Verteidigungsstellung und kann sich nur langsam und schwach durchsetzen. Für die Relikte der sozialistisch-kommunistischen Weltanschauung ist das postmodernistische 'anything goes' und die neopositivistische Anthropologie eher akzeptabel als die christliche, da beiden Gruppen eine personalistische Komponente fehlt.

Da die Bereiche des modernen gesellschaftlichen Lebens - zumindest in der Praxis (z.B. Politik und Wirtschaft) - funktional differenziert und beinahe eigenständig sind, scheint es unmöglich, für die Gesamtheit dieser Bereiche konkretere Leitlinien auszuarbeiten, die 'christlich' oder 'katholisch' wären, außer allgemeinen anthropologischen und ethischen Elementen. Ihre Autonomie ist vom Zweiten Vatikanischen Konzil anerkannt worden, doch das heißt keineswegs, dass sie nicht im Lichte der biblischen Botschaften und der großen christlichen Tradition kritisch hinterfragt werden könnten oder dass eine allgemeine 'Ethik der Institutionen' ausgeschlossen wäre, denn Ethik ist bei allem menschlichen Handeln mit eingeschlossen. Die große Aufgabe der Soziallehre der Kirche - soweit sie denn christlich und 'kirchlich' ist - ist es, die Gesellschaft mit christlichen Werten zu inspirieren und zu durchdringen. Doch das ist unbedingt integral aufzufassen,

das heißt, indem nicht nur die individuelle, sondern auch die gesellschaftliche Dimension des Menschen und der Anthropologie bedacht wird. Überwunden werden muss die individualistische Ethik (*Gaudium et Spes*, 30) im Rahmen der christlichen Grundwahrheiten (Dreifaltigkeit, Eucharistie, Christologie ...).<sup>6</sup> Die Soziallehre der Kirche müsste in den Reformländern beide Aspekte – das Individuelle und das Gesellschaftliche – viel stärker herausstreichen als bisher und die Richtung der Entwicklung zumindest ansatzweise zu erkennen geben.

In den Transformationsländern müssen Wert und Würde des Menschen als Person sowie die Menschenrechte stärker betont werden, im Gegensatz zur Hervorhebung von Vergangenheit, Nation und, allgemein gesehen, kollektiven Strukturen. In philosophischer Hinsicht haben einige Strömungen den Personalismus entwickelt, wie beispielsweise K. Wojtyła und seine Schule in Polen,<sup>7</sup> insbesondere die Schüler von E. Mounier, der in seiner Philosophie existenzialistische und marxistische Elemente miteinander zu verbinden versuchte,<sup>8</sup> und in jüngster Zeit auch der Einfluss von J. Maritain. Das halbe Jahrhundert kommunistischer Herrschaft hat die Entwicklung des Menschen als Person aufgehalten. Generell, besonders aber in den Reformländern tut sich die Kirche schwer, an konkrete Fragen der Menschenrechte heranzugehen, auch wenn einige von ihnen erst im Aufkommen begriffen oder teilweise problematisch sind (Rechte der Kinder, Gewalt innerhalb der Familie, Rechte der Frauen, Rechte der Minderheiten in der Gesellschaft, Problem der Homosexuellen /in sozialer und politischer Hinsicht/, Ökologie und Recht usw.). Zwar gibt es

Artikel, Bücher und Fachtagungen über Menschenrechte,<sup>9</sup> doch all das ist noch nicht weit genug vorangekommen, vor allem was die Praxis und die konkreten Probleme anbetrifft.

## DIE FRAGE DER FREIHEIT

---

In der Welt von heute und der neuen Zivilisation stellt sich die Frage der Freiheit. Die christliche Religion ist, um mit Hegel zu sprechen, eine Religion von radikaler Freiheit, und der vollständige Begriff von Freiheit kam erst mit dem Christentum.<sup>10</sup> Das Problem der Freiheit auf religiösem Gebiet liegt im Kern der übrigen Formen von Freiheit begründet. Marx' Kritik an der Religion ist als Kern aller übrigen Gesellschaftskritik hinnehmbar, nicht aber seine Haltung gegenüber der Religion oder seine Schlussfolgerungen. Die 'Erklärung über die Religionsfreiheit' des Zweiten Vatikanischen Konzils war ein bedeutender Wendepunkt im katholischen Verständnis von Freiheit im allgemeinen gesellschaftlichen Kontext der heutigen Welt. Viele praktische soziale Fragen lassen sich heute nicht mehr im Stil einer 'geschlossenen Gesellschaft' lösen.

In der säkularisierten und pluralistischen Gesellschaft von heute scheint sich das Verständnis von Freiheit der theologischen Auffassung anzunähern: Die Freiheit von politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft und Unterdrückung (frei sein 'von etwas') wandelt sich mehr und mehr zur Freiheit 'für etwas' und versteht sich auf humanistischer Ebene praktisch als Weg zur Selbstverwirklichung.<sup>11</sup> Der namhafte Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Amartya K. Sen sieht den internationalen wirtschaftlichen Fortschritt als Weg zur Freiheit.<sup>12</sup> Die Frage ist

nur, was für eine Freiheit der Mensch von heute braucht und will. Da findet die katholische Soziallehre, indem sie anknüpft an die Glaubenslehre von der Sünde als Gipfel von 'Unfreiheit', die geeignete Unterstützung in sozial-politischer Form; wenn auch nur teilweise und tendenziell. Von der verbreiteten Verwendung des Sintagmas der 'Strukturen der Sünde' im sozialen Kontext ganz zu schweigen.

### Globale Postindustrielle Zivilisation und Pluralistische Gesellschaft

---

Die Versuchung ist stark, zurückzuschauen und mit einem gewissen Quäntchen Konservatismus, Traditionalismus und Nationalismus vom Leben in den vorkommunistischen Zeiten zu träumen, ja sogar einige Aspekte des Lebens unter dem kommunistischen Regime zu verherrlichen. Andererseits ist es aber so, dass in den entwickelten Industrieländern oftmals nur einseitig über die Vorzüge, die Prozesse der Globalisierung und die pluralistische Gesellschaft gesprochen wird und dabei zumeist diejenigen außer Acht gelassen werden, die in diesem Prozess die Verlierer sind. Davon war auf dem Weltwirtschaftsforum (Davos 2000) und auf der UNCTAD-Konferenz (Bangkok 2000) hinreichend die Rede. Denken wir nur an die vorzeitig abgebrochene Konferenz der Welthandelsorganisation in Seattle 1999.

Die Soziallehre sollte den Reformländern auf ihrem Weg zu einer Öffnung gegenüber dem aktuellen globalen Geschehen helfen, allerdings kritisch, d.h. nach Möglichkeit mit einer Unterscheidung zwischen dem, was gut, und dem, was schädlich und problematisch ist. Die Grundprinzipien der katholischen Soziallehre – Person, Soli-

darität, Subsidiarität, Allgemeinwohl, ‘Vorrangige Option für die Armen’ – müssen dabei wesentliche Bezugspunkte sein. Zu diesen generellen ‘Bezugspunkten’ darf es keine Alternative geben, auch wenn es bei ihrer Konkretisierung und Umsetzung in die Tat heute zugegebenermaßen große Probleme und Schwierigkeiten gibt, denn die Transformationsländer sind sowohl politisch als auch wirtschaftlich schwach und hängen von den Großmächten und den ‘global players’ ab; aber trotzdem ist es entscheidend, möglichst klare Grundkoordinaten zu haben. Vor allem sozial engagierte gläubige Laien müssen in ihrem Umfeld und ihrer Zeit zur Konkretisierung der Soziallehre der Kirche beitragen.

## DEMOKRATIE, DEMOKRATISCHE PROZEDUR UND ZIVILGESELLSCHAFT

---

Die traditionelle Stellung der Soziallehre der Kirche war im Laufe der Geschichte überwiegend auf Seiten der politischen Strukturen und legitimistisch (Könige, Staaten, heute demokratisch gewählte Regierungen). Unter dem Kommunismus allerdings war die Regierung gegen die Kirche, so dass die Verbundenheit mit dem Volk die eigentliche Stärke der Kirche als Institution ausmachte (Volkskirche). Zum Teil ist es auch heute noch so, zumindest in einigen Ländern (Polen, Kroatien ...).<sup>13</sup> Doch über die traditionelle Verbundenheit der Kirche mit dem Volke, so wie in der vor-modernen Agrargesellschaft, und ihre legitimistische Bindung an die Machtträger (Verbindung zwischen ‘Thron und Altar’) hinweg ist heute der sog. Zivilgesellschaft weitaus mehr Aufmerksamkeit zu widmen, der eine grundsätzliche Eigenständigkeit, Verantwortlichkeit und Initiative zu-



gestanden werden muss.<sup>14</sup> Damit ist aber keine Geringschätzung der Politik gemeint. Politik ist, wie wir zugeben müssen, sehr wichtig, in mancher Hinsicht aufgrund der Komplexität des modernen Lebens sogar wichtiger als je zuvor, worauf die französischen Bischöfe in ihrer Erklärung von 1999, 'Pour réhabiliter la politique',<sup>15</sup> aufmerksam gemacht haben, aber es müssen Reichweite und Grenzen der amtlichen Politik und der Staatsmacht festgelegt werden ('ein begrenzter', aber kein 'minimaler' Staat im liberalen Sinne). Sie muss die Menschenrechte achten, bürgerliche, soziale und wirtschaftliche Sicherheit garantieren und auf allen Ebenen nach den Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität handeln, denn sonst geht sie unweigerlich in Totalitarismus und Diktatur über, was die Transformationsländer in der Zeit der kommunistischen Regime schmerzlich zu spüren bekamen. Die Zivilgesellschaft mit ihrer ganzen Palette von Bewegungen, Initiativen und Organisationen müsste eigentlich der Hauptgesprächspartner der Kirche und ihrer Soziallehre sein, denn sie ist es, die durch die demokratische Prozedur der politischen Macht letztendlich Legitimität verleiht, und die politische Macht muss ständig kontrolliert werden. Es besteht die Gefahr, dass in den postkommunistischen Ländern die Kirche als Institution einerseits 'Volkskirche' bleibt, wie in den Zeiten der Agrargesellschaft (und eine derartige Kirche verliert zunehmend den Boden unter den Füßen), und auf der anderen Seite zu viel Gewicht auf ihre Beziehungen zur politischen Macht legt, wobei dann den autonomen Bürgerbewegungen und -organisationen (nicht nur den sog. Non-Government-Organisationen) zu wenig Beachtung ge-

schenkt wird. Die Konkordate zwischen dem Vatikan und einigen der Reformländer (Polen, Ungarn, Kroatien ...) sind (bei aller kritischen Reserve) an sich wohl nützlich, doch weitaus wichtiger wäre es, mit den Kräften der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten.<sup>16</sup> Für Maritain ist Demokratie ein 'evangelischer Wert'.<sup>17</sup> Elemente der demokratischen Prozedur gibt es, u.z. ohne Abstriche für die hierarchische Ordnung, sowohl im Christentum als auch in der Kirche, eben durch den Standpunkt, dass alle Menschen wesentlich gleich, und mehr noch, Brüder sind. Das frühe Christentum, das Leben in den Ordensgemeinschaften, die Prozedur der Beschlussfassung auf den Synoden und Konzilen, bei der Papstwahl und vor noch gar nicht so langer Zeit auch bei der Wahl der Bischöfe – das alles sollte uns zum Nachdenken bringen und neue Schlüsse ziehen lassen.<sup>18</sup>

Der alte Vorwurf, die Kirche tue sich mit Demokratie und Pluralismus schwer, ist schon für die Kirche generell berechtigt, ganz besonders aber für die Kirche in den Reformländern. Einen gewissen Pluralismus gab es zwar auch früher, doch der fußte nicht auf der persönlichen Freiheit des Einzelnen oder auf freien Gruppierungen, sondern auf primären ethnischen und konfessionellen Gemeinschaften innerhalb der bestehenden politischen Strukturen, die den gesellschaftlichen Rahmen vorgaben und in strittigen Fragen schlichteten (Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich, kommunistische Regime ...)

In der Soziallehre der Kirche müssen unbedingt Leitlinien für das Leben der Gläubigen in einer säkularisierten, pluralistischen und zivilen Gesellschaft ausgearbeitet werden, umso eher, als die Kirche in diesem Bereich über enorme Quel-

len und Möglichkeiten verfügt. Selbstverständlich ist das nicht leicht, aber man muss verstärkt darauf hinarbeiten, einige traditionalistische, d.h. populistische und legitimistische Ansichten über die Rolle der Kirche in der Gesellschaft korrigieren und die Logik der demokratischen Gesellschaft anerkennen (sich allerdings auch deren Grenzen und Relativität bewusst sein).

In den Reformländern ist die Staatsmacht in kirchlichen Kreisen umso beliebter, je mehr sie sich auf die geschichtlichen und nationalen Wurzeln bezieht. Das ist im konkreten Fall zum Teil verständlich, wird aber zu einer Gefahr, wenn die Entwicklung der Zivilgesellschaft dadurch behindert oder aufgehalten wird.

Die Forderungen der Zivilgesellschaft stehen – korrekt aufgefasst – völlig im Einklang mit der katholischen Lehre vom Menschen als ‘Schöpfer, Träger und Ziel’ aller gesellschaftlichen Institutionen (MM 219), von der Subsidiarität sowie von den untergeordneten Gemeinwesen (*corpora intermedia*) die in der Zivilgesellschaft im Prinzip autonom sind. Die kirchliche Soziallehre kann dies nicht nur im politischen und wirtschaftlichen Bereich hervorheben, sondern auch in den Bereichen Erziehung, Bildung, Kultur und Soziales (Gesundheitswesen, Renten ...). In Italien beispielsweise läuft derzeit von katholischer Seite eine groß angelegte Kampagne für die rechtliche und finanzielle Gleichstellung der privaten, zum überwiegenden Teil katholischen Schulen mit den staatlichen.<sup>19</sup> Die Gefahr besteht, dass dies in den Reformländern, zumindest in einigen, außer Acht gelassen wird, bzw. dass der Ausbau der Zivilgesellschaft lediglich als eine Auswirkung und Frucht von Liberalismus und Globalisierung auf-

gefasst wird. Andererseits darf das Ja zur Zivilgesellschaft dem Staat nicht etwa als Vorwand dienen, sich jener sozialen Pflichten zu entledigen, die nur er wahrnehmen kann und muss, vor allem in den Transformationsländern.

## DIE ROLLE DER POLITIK

---

Der Ausbau von Demokratie und Zivilgesellschaft verleiht der Politik in der Gesellschaft neue Akzente. Die Rolle von Politik und Politikern ist sehr häufig mit negativem Vorzeichen versehen, wie ein Blick auf die Ergebnisse verschiedener Meinungsumfragen zeigt. Der Grund für diese negative Beurteilung der Politik sind nicht nur besonders untaugliche Politiker, Skandale und Korruption, sondern auch theoretische Standpunkte: auf der einen Seite der klassische Liberalismus mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber jeglicher politischer Einmischung (*laissez faire*) und auf der anderen Seite die politische Gewalt der allseits bekannten totalitären Regime. Unzufriedenheit mit Politik und Politikern ist im Osten wie im Westen zu spüren, insbesondere unter den Jüngeren.<sup>20</sup>

Allem Missbrauch der Politik durch Personen und Parteien zum Trotz hat die Soziallehre der Kirche, ganz im Einklang mit der 'großen' Tradition, immer noch eine hohe Meinung von der Politik.<sup>21</sup> In der komplexen Welt von heute ist Politik notwendig, vermutlich notwendiger als je zuvor; die Frage ist nur: was für eine Politik und auf welchen Ebenen. In der Enzyklika *Octogesima adveniens* wagte Papst Paul VI. zu behaupten, an den Begriff Politik seien zwar zahlreiche Zweifel geknüpft, die es aufzulösen gelte; doch ein jeder spüre, dass auf sozialem und wirtschaftlichem

Gebiet im nationalen wie im internationalen Rahmen Politiker die endgültige Entscheidung treffen. (OA 46). Und die bereits erwähnte Kommission der französischen Bischöfe für soziale Fragen meint in ihrem Bericht, die Politik sei von wesentlicher Bedeutung ('essentielle'), und eine Gesellschaft, die dies außer Acht lasse, bringe sich selbst in Gefahr (*Réhabiliter la politique*, Nr. 7). Sie stufen sie sehr weit oben ein: Politik sei gewissermaßen ein 'Dachverband' (*l'englobant majeur*), der die verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zusammenfasst: Wirtschaft, Familienleben, Kultur, Umwelt. Sie sei in allem zugegen, sei jedoch nicht alles. Daher fügen die Bischöfe sogleich die Warnung hinzu: Sollte der Staat versuchen, die unmittelbare Lenkung der gesamten Alltagsgeschäfte zu übernehmen, würde er sehr bald in den Totalitarismus abrutschen (Nr. 10). Für den Ausbau der Zivilgesellschaft ist es erforderlich, dass die Kompetenzen von Staat und Politik genauer festgelegt werden. Politische Kultur braucht jeder, doch in besonderem Maße gilt das für die Transformationsländer.

## DIE FRAGE DER WERTE

---

Von dem deutschen Juristen und ehemaligen Richter am deutschen Verfassungsgericht, W. Böckenförde, stammt der bekannte Satz, die Demokratie lebe von Werten, die sie selbst nicht geschaffen habe. Diese Werte sind zu einem großen Teil in den Wurzeln der christlichen Weltanschauung zu finden oder zumindest mit ihnen in Verbindung zu bringen und kohärent, auch wenn sie historisch gesehen ihren Ursprung oft außerhalb der Kirche haben (z.B. die Menschenrechte). Auch die heutige Debatte über die 'Zivilgesell-

schaft' scheint dieses Schicksal zu teilen, auch wenn es sich bei ihren Grundlagen um ursprüngliches soziales und politisches Geistesgut der Kirche handelt.

Die liberale Demokratie ist nicht das Ende der Geschichte, wie dies F. Fukuyama in seinem bekannten Buch über das 'Ende der Geschichte' suggeriert. Die Mutmaßungen des italienischen Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlers Pareto vor hundert Jahren über die mögliche Gefährdung der Demokratie wurden durch die totalitären Regime bestätigt.<sup>22</sup> Heute stellt sich die Frage, wie weit der heutige Kapitalismus in seinen Wurzeln mit der vollen Demokratie zu verbinden ist.<sup>23</sup> Karl Poppers 'Offene Gesellschaft' wird es geben, falls sie auf anthropologischen und ethischen Werten oder Konstanten gegründet wird. Doch bei größeren Dimensionen müssen sie, vor allem in den Bereichen Politik und Wirtschaft, als humanistische Werte vermittelt werden, nicht einmal so sehr in religiöser oder konfessioneller Gestalt, aber offen für Transzendenz. Hier sind die Aussichten für die Soziallehre der Kirche günstig, vorausgesetzt, sie ist nicht kirchliche Ideologie, wie es ihr der Konzilstheologe und Dominikaner M.-D. Chenu vorgehalten hat,<sup>24</sup> sondern vielmehr echte humanistisch-soziale Weiterführung und Konkretisierung der evangelischen Vision von Mensch und Welt.

## ERLERNEN UND FÖRDERN DES DIALOGS <sup>25</sup>

---

In unseren Kreisen fehlt es bei der Lösungsfindung an Zusammenarbeit und Dialog. Viele Katholiken, und nicht nur in den Reformländern, mögen, um es etwas grob auszudrücken, die Verfahrensweise von 'oben' nach 'unten', klerikal

und hierarchisch, und nach außen hin kämpferisch und 'frontal' ('wir' und 'die'), wobei leicht hin unterschieden wird zwischen Kämpfern für die 'Wahrheit' und Anhängern von 'Irrtümern'. Dass es dieses 'autoritäre Syndrom' unter den 'kirchlichen' Gläubigen wirklich gibt, wird auch durch die aktuellen sozioreligiösen Untersuchungen in Kroatien bestätigt.<sup>26</sup>

Die ökumenische Annäherung unter den Christen und der Dialog mit nicht christlichen Religionen und humanistischen Gruppierungen sind von enormer kultureller und sozialer Bedeutung. Beides sollte in einem auch eine Schule für den Dialog in der Gesellschaft generell sein.

Angesichts der Komplexität der heutigen sozialen Problematik und der Notwendigkeit, dass auch die Kirche einen Beitrag zum Allgemeinwohl leistet – und nicht nur durch das Herausstreichen von Prinzipien, sondern auch durch Hilfe in der ganz konkreten Situation des jeweiligen Landes ('kontextueller Ansatz') –, kommt der oberste Stellenwert dem offenen Dialog zu bzw. dem, was man auch 'konsultativen Prozess' nennt, der im größeren Stil erstmals 1986 von den amerikanischen Bischöfen angewandt wurde, nach ihnen von den österreichischen und dann auch von der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz bei der Ausarbeitung ihrer gemeinsamen Schrift 'Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit'.<sup>27</sup> Dabei handelt es sich nicht etwa um ein absolutes Novum, aber doch zweifellos um eine höhere Stufe von Zusammenarbeit und Partizipation (Übung, Schule der Gemeinsamkeit). Andererseits ist hinlänglich bekannt, zu welcher Geheimhaltung Oswald von Nell-Breuning bei seiner Arbeit

an der Enzyklika *Quadragesimo anno* gezwungen war.<sup>28</sup>

Das Üben des Dialogs und seine Ausübung werden in einem auch helfen, das notwendige Maß an Toleranz zu erlangen, und die ist in der Welt von heute nötiger denn je.

## RECHTSORDNUNG UND RECHTSSTAAT

---

Die Menschen in den postkommunistischen Ländern sind reich an Erfahrungen mit dem Lösen sozialer Probleme ‘von oben’ durch pseudo-demokratische und pseudorechtliche Prozeduren. Um Reichweite und Qualität von Gesetzen und staatlichen Strukturen in der pluralistischen Gesellschaft bestehen daher auch enorme Probleme. Auf der anderen Seite stehen die katholischen Kirchenkreise mit ihrem übertriebenen Moralisieren im Hinblick auf Recht und Gesetz im Staate. Zwar hat das Recht auch eine ethische Komponente, doch muss sorgfältig überprüft werden, was für eine Komponente das in einer säkularisierten pluralistischen Gesellschaft denn ist. Soziologischen Untersuchungen zufolge lassen ‘kirchliche’ Gläubige im Vergleich zu den übrigen Bürgern ein höheres Maß an autoritärer und paternalistischer Mentalität erkennen, was auch durch sozioloreligiöse Studien bei uns und in anderen Ländern bestätigt wird.<sup>29</sup> Wie es aussieht, sind wir mit der Frage ‘unvollkommener Gesetze’ (‘leggi imperfette’)<sup>30</sup> oder einem Handeln ‘in zwei Runden’ konfrontiert bzw., um mit W. Böckenförde zu sprechen, mit einer ‘zweiten Fahrt’.<sup>31</sup>



## DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN KIRCHE UND STAAT

---

Strittig sind hier für gewöhnlich vor allem die Punkte Schule und Erziehung, Ehe und Familie, menschliches Leben und Abtreibung sowie Eigentumsangelegenheiten. Bei der Erörterung dieser Fragen muss die Soziallehre der Kirche die säkularisierte, pluralistische Zivilgesellschaft von heute vor Augen haben. Wenn wir ehrlich sind, so müssen wir zugeben, dass in einigen Reformländern, beispielsweise in Kroatien (wie auch in Polen), der Katholizismus in historischer und kultureller Hinsicht eine bedeutende Komponente ist, was eine konkrete und ernsthafte Politik nicht außer Acht lassen darf. Doch die Konkretisierung der Lösungen muss aus einer echten demokratischen Prozedur hervorgehen und den Willen der Bürger respektieren. Die mit Polen, Ungarn und Kroatien geschlossenen Konkordate versuchen auf die eine oder andere Art und Weise diese Bedingungen zu erfüllen, auch wenn zu einigen konkreten Lösungen, zumindest in Kroatien, auch kritische Stimmen zu hören sind und darüber noch weiter debattiert werden kann. Ausschlaggebend ist aber, dass nun, wo sich die Umstände geändert haben, im Verhältnis zwischen Kirche und Staat auch ein neuer Stil zu erkennen ist und unnötige Konflikte vermieden werden.

## FREIHEIT, GLEICHHEIT, SOZIALE GERECHTIGKEIT UND 'VORRANGIGE OPTION FÜR DIE ARMEN'

---

Die tiefe soziale Kluft zwischen einer kleinen Anzahl Reicher und einer breiten Schicht Armer ist ein allgemeines Leiden der Transformationsländer. Das Anwachsen der Armut in diesen Ländern ist erschreckend. Den jüngsten Angaben der

FAO zufolge gibt es in den Reformländern 26 Millionen Menschen, die Hunger leiden (34 Millionen in den entwickelten Ländern).<sup>32</sup> Das ist der Bereich, in dem die Soziallehre der Kirche besonders kompetent ist, da sie von der Bibel inspiriert ist, aber sie kann mit der liberalistischen Wirtschaft und der pragmatischen Tagespolitik, die die sozialen Verpflichtungen des Staates gern auf den privaten Sektor und freiwillige Initiativen abschieben würden, leicht in Konflikt geraten.

Wenn die Soziallehre der Kirche jedoch überzeugen will, dann muss die Kirche selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Eine relativ große Zahl von Bürgern ist der Meinung, dass die Kirche als Institution (Priester, Bischöfe) finanziell besser gestellt ist als das Gros der Bevölkerung, und dadurch verliert sie an Glaubwürdigkeit und Authentizität.<sup>33</sup> Das gerade begonnene Jahrhundert sollte ein Jahrhundert der Solidarität sein, erklärte Papst Johannes Paul II. bei verschiedenen Gelegenheiten.

Damit in Zusammenhang steht auch die Frage der sozialen Sicherheit, die in der heutigen Zeit technologischer Innovation und ständigen Wandels auch in den Industrieländern so akut geworden ist. Aufgrund der Erfahrungen in den postkommunistischen Ländern ist manch einer zu der Überzeugung gelangt, dass den Menschen praktisch Sicherheit über Freiheit geht (Kolakowski, Szczygiorsky), was auch durch verschiedene Untersuchungen in den neuen deutschen Bundesländern bestätigt zu werden scheint.

Freiheit ist wirklich die Grundkategorie des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens, und man könnte, wenn auch vielleicht etwas verallgemeinernd, sagen, dass das Verlangen nach Frei-

heit und Menschenrechten im bürgerlichen Sinne der Hauptmotor für die Veränderungen in den postkommunistischen Ländern war. Doch unterhalb dessen gab es auch ein Gefühl für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Von daher muss die Soziallehre der Kirche für das Problem der sozialen Gerechtigkeit beim Übergang zur freien Marktwirtschaft besonders feinfühlig sein.

Andererseits zeigt die Erfahrung aber auch, wie schwach die soziale Praxis in den Reformländern ist, in einigen Bereichen unter den kirchlichen Gläubigen sogar noch schwächer, was Besorgnis erregend ist und zu denken geben sollte. Für die Soziallehre der Kirche als Initiator sozialer Veränderungen ist dies, im Hinblick auf ihre Effizienz, eine große Herausforderung. Wie kritisch die Einstellung Helder Camaras gegenüber der Effizienz der amtlichen Soziallehre der Kirche in seinem Land war, ist allgemein bekannt. Was fehlte, war der Brückenschlag zur sozialen Praxis.

## DIE FRAGE DER PRIVATISIERUNG

---

Eines der größten sozialwirtschaftlichen Probleme ist die Frage der Privatisierung des ehemals gesellschaftlichen oder staatlichen Eigentums. Allerdings muss man zugeben, dass dieser Prozess einmalig dasteht und es kein 'Muster' gab, an dem man sich hätte orientieren können: Während die kommunistische Praxis der Verstaatlichung und Kollektivierung nach dem Zweiten Weltkrieg einfach und leicht vonstatten ging, stellt das umgekehrte Verfahren des Übergangs zur Marktwirtschaft und die Privatisierung einen Schritt ins Unbekannte dar. Die wirtschaftlichen Berater im Westen, insbesondere die Amerikaner,

waren in zwei Lager gespalten: die einen – und das war anscheinend die Mehrzahl – waren für möglichst rasche Veränderungen, ohne Rücksicht auf eventuelle soziale Folgen (Jeffrey Sachs' Schocktherapie), während die Bedächtigeren für einen schrittweisen Wandel waren ('gradualism'). Zehn Jahre danach konstatiert der oberste Ökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, die Letzteren hätten die bessere Lösung gehabt, wie die bessere wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern zeige, die die Privatisierung nicht so überstürzt durchgeführt haben (Polen, Slowenien).<sup>34</sup> Doch die erste Gruppe hatte mehr Durchsetzungsvermögen und Einfluss. Die Folgen sind bekannt: In den meisten Reformländern liegt die Wirtschaft im Argen, wurden einige wenige Menschen über Nacht reich, stürzten weite Bevölkerungsteile in Armut, wurden die sozialen Unterschiede größer, spitzten sich die sozialen Probleme zu und die Korruption griff um sich usw.<sup>35</sup> Dabei wurde zudem noch der Fehler gemacht, dass das privatisierte Gesellschaftseigentum – großenteils durch (partei)politischen Klüngel – in die Hände von untauglichen und rücksichtslosen Personen und Spekulanten geriet, die, statt für Entwicklung und Beschäftigung zu sorgen, es darauf abgesehen hatten, mit den Firmen Handel zu treiben, und mit leichter Hand einen Teil der Beschäftigten entließen.

Stärkere Kritik und Impulse von katholischer Seite blieben aus, abgesehen von allgemeinen und grundsätzlichen Moralappellen. Was jedoch hätte getan werden müssen, ist eine solide Analyse der Situation und eine kreative Suche nach neuen Wegen. Doch das blieb aus. Was die Rolle der Christen betrifft, so lag die Hauptursache im Mangel an Laien mit sozialem Engagement und

der Fähigkeit, das Problem zu erfassen und sozial zumutbare Lösungsvorschläge zu machen.

Marijan Valković  
**Die Bedeutung der  
Soziallehre der Kirche in  
den Transformationsländern**

## SOZIALE ETHIK UND KORRUPTION

---

Das Zweite Vatikanische Konzil hat die Notwendigkeit hervorgehoben, die individualistische Ethik zu überwinden (*GS 30*). Und das muss in katholischen Kreisen auch heute noch betont werden, denn kirchliche Praxis und Seelsorge fördern, größtenteils auch *de facto*, immer noch in erster Linie die individualistische Ethik. Das ist auch der Grund dafür, dass auf das Phänomen der Korruption so schwach reagiert wird, das überall auf der Welt verbreitet ist, aber ganz besonders in den Reformländern, Kroatien mit eingeschlossen. Der Aufschrei gegen Korruption und Amtsmissbrauch zur persönlichen Bereicherung hat in Kroatien nicht zuletzt dazu geführt, dass die Regierungspartei Anfang des Jahres 2000 sowohl die Parlaments- als auch die Präsidentschaftswahlen verloren hat.

Die Missachtung der sozialen Ethik führt zu schlimmen Deformationen und häufigen Krisen im politischen Leben, wobei auch Parteien mit ‘christdemokratischem’ Profil nicht ausgenommen sind (Italien, Deutschland ...)

## NATIONEN, EUROPÄISCHE UND GLOBALE INTEGRATIONEN

---

Die meisten Transformationsländer stehen bekanntlich zwischen zwei kulturellen Traditionen oder, vielleicht genauer gesagt (nach A. Toynbee), zwischen zwei Varianten der europäischen Kultur (der westeuropäischen und der osteuropäischen/orthodoxen) und waren Jahrhunderte lang den

Einflüssen und Übergriffen mächtiger politischer Zentren ausgesetzt (in einigen Fällen einschließlich des Osmanischen Reichs). Im 19. und 20. Jahrhundert entwickelte sich das Nationalbewusstsein, das sich nicht selten zu Nationalismus, ja sogar Chauvinismus auswuchs. Die Früchte dessen sind uns bekannt.

Völker, Nationen, Staaten: wie viele ja, wie viele nicht? Darüber wird in den europäischen *politischen* Diskussionen heftig debattiert. Wir wollen hier nicht tiefer in die Problematik eindringen, sondern uns vielleicht am besten darauf berufen, was die Bischofssynode – Sondersitzung für Europa 1991 dazu gesagt hat. Da der Nationalismus in der Geschichte Europas ein schmerzliches Problem ist und zur selben Zeit, als die Synode abgehalten wurde, Vukovar zerstört und Dubrovnik bombardiert wurde, kam – und das ist äußerst bemerkenswert – auf der Synode das Problem der Zugehörigkeit sowohl zu Europa wie auch zum eigenen Volk zur Sprache, sogar mit ausdrücklicher Erwähnung von Kroatien in jener tragischen Zeit, obwohl konkrete Namen für gewöhnlich in Dokumenten dieser Art nicht genannt werden.<sup>36</sup>

Fest steht, dass sich die Reformländer – die ja um ein Vielfaches schwächer sind als die Länder, die bereits zur Europäischen Union gehören – gegenüber Europa und der Welt weiter öffnen müssen, fest steht aber auch, dass sie sehr empfindlich reagieren und verwundbar sind, wenn es um ihre Identität und nationalen Werte gehen sollte, vor allem da es sich hauptsächlich um kleine Länder handelt. Die katholische Soziallehre hat da in ihrer authentischen Form – eben weil sie ‘katholisch’ ist – die wichtige Aufgabe, bei Öff-

nung und Wachstum, aber auch bei der Bewahrung von kulturellem Erbe und Identität Hilfe zu leisten.

Im Großen und Ganzen ist in den Reformländern der Wunsch nach einem Anschluss an die europäischen Integrationen zu spüren. Im Grunde gibt es auch keine Alternative dazu. Und nur ein kleiner Teil der Bevölkerung steht dem kritisch gegenüber. Die Einbeziehung in die Prozesse der europäischen Integration wirft neue Probleme auf und schafft neue Bedingungen für die Gemeinschaft, eröffnet aber auch neue Möglichkeiten.

#### UMWELTBEWUSSTSEIN, NACHHALTIGKEIT VON LEBEN UND WIRTSCHAFT

---

Seit einiger Zeit besteht auch für die kirchliche Soziallehre die dringende Notwendigkeit, sich stärker mit Umweltfragen zu befassen.<sup>37</sup> In ihrem traditionellen Pochen auf Gerechtigkeit in der Wirtschaft darf sie die Verflechtungen von wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Umweltproblematik nicht außer Acht lassen. Doch leider müssen wir uns eingestehen, dass in den Reformländern der Kampf für eine gesunde und humane Umwelt meist von Leuten außerhalb der Kirche geführt wird und die Kirche abseits steht. In Kroatien bemüht sich von kirchlicher Seite her das Franziskanerinstitut für die Kultur des Friedens in Split (*Franjevački institut za kulturu mira*, zu dem Franziskaner aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina gehören) – wenigstens ansatzweise – um eine systematische Weckung des Umweltbewusstseins. Bislang haben sie einige Symposien und auch mehrere Veröffentlichungen vorzuweisen.

## LEBEN – MENSCHLICHES LEBEN

---

Die Position der katholischen Kirche zum Thema Schutz des menschlichen Lebens ist allgemein bekannt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Soziallehre ‘kohärent’ (*seamless*) ist, wie dies der amerikanische Kardinal J. Bernardin sagte,<sup>38</sup> und die verschiedenen Stufen zum Erhalt des menschlichen Lebens in einer pluralistischen Gesellschaft bedenkt (Frage der humanen und allgemeinen Bioethik). Aufgrund von Armut, wissenschaftlicher und technologischer Rückständigkeit und unterentwickeltem Bewusstsein vom Wert des Lebens, aber auch wegen des Fehlens von geeigneten gesetzlichen Regulativen besteht die Gefahr, dass die Reformländer vorschnell und ohne kritische und humanistische Überprüfung einige biotechnologische Verfahren und Methoden übernehmen.

## EHE UND FAMILIE

---

Ehe und Familie sind die klassische Domäne der katholischen Moral- und Soziallehre. Trotz zahlreicher, in einigen Details auch berechtigter Kritik an der überholten katholischen Haltung zu Ehe und Familie müssen deren Grundwerte als grundlegende Institutionen der Gesellschaft aber doch hartnäckig verteidigt werden, wobei selbstverständlich aber auch die Veränderungen bedacht werden müssen, die die Weiterentwicklung der Zivilisation mit sich bringt. Doch da dies in den katholischen Diskussionen über die Förderung von Ehe und Familie häufig fehlt, verliert die Argumentation der katholischen Kirche in den Augen der Öffentlichkeit an Gewicht. Was nötig ist, sind bessere Kenntnisse von der Fami-



lienproblematik sowie auch von der Komplexität und dem Wandel der Gesellschaft von heute. Die Lehre von Ehe und Familie sowie auch die Pro-Familia-Bewegung müssen von daher unbedingt auf der Grundlage ernsthafter wissenschaftlicher Erkenntnisse über die sozialen Gegebenheiten intensiviert und vertieft werden, statt bloß abstrakt allgemeingültige Grundsätze vorzubringen. Die Soziallehre der Kirche muss in den Reformländern ihren Beitrag leisten zur Förderung von Ehe und Familie, aber nicht nur auf prinzipieller Ebene, sondern nach Möglichkeit durch konkrete Vorschläge zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Maßnahmen zum Wohle von Ehe und Familie.

Wenn wir uns vor Augen halten, dass wir uns – und zahlreiche Anzeichen sprechen dafür – bereits in einer völlig neuen Epoche der Menschheitsgeschichte befinden, in der Individualismus, Pluralismus, Zivilgesellschaft, Globalisierung, Informationsgesellschaft und Internet mehr und mehr an Bedeutung gewinnen, dann scheint es so zu sein, dass sich Kroatien und auch andere Reformländer in religiöser, kultureller, politischer und allgemein gesellschaftlicher Hinsicht noch nicht oder nur zögerlich den neuen Herausforderungen für Demokratie und Sozialstaat, für die neue Gemeinschaft und die neue, menschenwürdige und ‘zukunftsfähige’ Gesellschaft gestellt haben.

Die Gefahr besteht, die Entwicklung der kulturellen und sozialen Verhältnisse in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft aus einem abwehrenden und vereinfachenden Blickwinkel zu betrachten. Das traditionelle Bild der Kirche als Volkskirche kann sich an der Oberfläche noch halten, allerdings eher in Form von

Praktiken in einigen Segmenten und bei feierlichen Anlässen sowie in einigen Formulierungen. Aber inhaltlich verblasst dieses Bild zunehmend, sodass sich die Kirche, auch in Kroatien, in religiöser Hinsicht allmählich zu einer 'kleinen Herde' entwickelt. Doch wird sie auch der 'Sauerteig' sein? Unter dem Kommunismus fühlte sich die Kirche kompakt und im Inneren relativ stark, obwohl sie im äußeren - sozialen und politischen - Leben stark eingeengt war und ständig unter Druck stand. Soziologisch gesehen wusste sie, wer der Feind war, und das machte sie stark und brachte ihr auch die Sympathien vieler ein, die nicht gerade zu den Gläubigen zählten. Doch seit dem Aufkommen von Freiheit und pluralistischer Gesellschaft steht die Kirche vor neuen Herausforderungen. Die neuen Probleme verlangen neue, zusätzliche Anstrengungen. Aber es besteht die Gefahr, dass Kirche und Gläubige in der Suche nach einem neuen Feind einen einfachen Ausweg sehen und ihn in Neoliberalismus und Verbrauchergesellschaft gefunden zu haben meinen, was zum Teil ja auch zutrifft, aber nicht die gesamte Problematik erfasst. Eine große Herausforderung sind Jugend, Familie, Intellektuelle und die wirklich große Masse der Armen in der Gesellschaft. Dringend erforderlich ist es, das Niveau der religiösen Kultur anzuheben, die konventionellen Stereotype aus der Vergangenheit zu überwinden und das religiöse Leben zu vertiefen, vor allem aber christliche Laien von Format hervorzubringen und lebendige christliche Gemeinden zu schaffen. Die werden die Soziallehre der Kirche dann unmittelbar leben - indirekt auch als Sauerteig - und können deren Lebendigkeit

durch die Praxis bezeugen und überzeugend an die Gesellschaft weitergeben.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Religionssoziologische Untersuchung *Vjera i moral u Hrvatskoj. Djelomično izvješće*, in: *Bogoslovska smotra* 4/1998 (Befragte: 1245). Weitere auf Meinungsforschung basierende Studien in Nummer 4/1999 und 1/2000. Bearbeitet ist auch die auf demselben Fragebogen beruhende Zusatzuntersuchung unter den Studenten der vier kroatischen Universitäten (692 Befragte; nicht veröffentlicht). Eine Umfrage unter Schülern der Klassen 9 bis 12 in Kroatien ist in Bearbeitung und eine Umfrage unter Intellektuellen geplant. Ein Teil der Mitarbeiter am erwähnten Projekt arbeitet auch an zwei internationalen Projekten mit: M. Tomka/P. M. Zulehner, *Religion in den Reformländern Ost-/Mittel-Europas (Gott nach dem Kommunismus)*. Herausgeber P. M. Zulehner/M. Tomka/Niko Toš in Zusammenarbeit mit dem Pastoralen Forum Wien, Ostfildern, Schwabenverlag 1999 (Band 1 des Projektes) und *Europäische Wertestudie 1999 (European Values Study 1999)*, Tilburg), noch unveröffentlicht. Daneben gibt es noch weitere Untersuchungen zu Glauben und Kirche in den Reformländern.
- <sup>2</sup> Systematischer in Polen und Ungarn. In Polen erscheint in den letzten Jahren die Zeitschrift *Spoleczeństwo (Gesellschaft)*, eine Variante der italienischen Zeitschrift für die Erforschung der Soziallehre der Kirche *La Società (Verona)*.
- <sup>3</sup> Vgl. dazu: C. M. Kard. Martini, *Kršćani i politika*, in: St. Baloban (Hg.), *Kršćanstvo, Crkva i politika*. Zagreb 1999, 89–90 (vollständiger Text in: *Aggiornamenti sociali*, Februar 1999, 155–165).
- <sup>4</sup> In deutscher Übersetzung: Katholische Bischofskonferenz Ungarns, *Für eine gerechtere und brüderlichere Welt*, Budapest 1996; italienische Übersetzung: *Il Regno - Doc.* 19/1996, 608–626 ('Per un mondo più giusto e più fraterno').
- <sup>5</sup> In Bezug auf das in den Enzykliken *Laborem exercens* und *Sollicitudo rei socialis* bereits Vorgebrachte sagt Johannes Paul II., hinzuzufügen sei noch, dass der Kardinalfehler des Sozialismus anthropologischen Charakters gewesen sei (*Centesimus annus*, 13).

- <sup>6</sup> H. de Lubac, *Catholicisme. Les aspects sociaux du dogme*, Paris <sup>5</sup>1952; G. Greshake, *Der dreieine Gott. Eine trinitarische Theologie*, Herder, Freiburg-Basel-Wien 1997, Teil 3, Kapitel 2: 'Gesellschaft und Trinität', 465–498; L. Boff, *Trinity and Society*, Orbis Books, Maryknoll N.Y. 1988; M. K. Hellwig, *The Eucharist and the Hunger of the World*, New York 1976; M. Valković, *Socijalni značaj Euharistije*, in: *Homo Imago et Amicus Dei*. Miscellanea in honorem Joannis Golub, Editionem curavit Ratko Perić, Romae 1991, 132–138.
- <sup>7</sup> Kard. K. Wojtyła, *The Acting Person*, D. Reidel, Dordrecht 1979 (polnisches Original 'Osoba i czyn' 1969).
- <sup>8</sup> In Kroatien: F. Zenko, *Personalizam Emmanuela Mouniera. Pokušaj sinteze marksizma i egzistencijalizma*, Zentrum für Geschichtswissenschaften, Zagreb 1980 (1964/65 entstanden; 1965, 1967 und 1976 auszugsweise in Zeitschriften erschienen). Ebenso: E. Mounier, *Angažirana vjera*. (Ausgewählte Texte, bearbeitet von Paulette E. Mounier), kroatische Übersetzung von F. Zenko und Dj. Zorić, Verlag Kršćanska sadašnjost, Zagreb <sup>2</sup>1972.
- <sup>9</sup> Die Frage der Menschenrechte war Thema der '5. Sozialen Woche' 1998 in Warschau. Vgl. die Darstellung in: *La Società* 3/1998.
- <sup>10</sup> G. F. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*. §18, Erweiterung. "Weder die Griechen noch die Römer, weder Platon noch Aristoteles oder die Stoiker hatten sie /die Idee der Freiheit, M. V./... Diese Idee kam mit dem Christentum auf die Welt" (*Enzyklopädie*, § 482). Seither ist die Weltgeschichte 'Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit' (*Philosophie der Weltgeschichte*, Einleitung I, 1c).
- <sup>11</sup> R. J. Samuelson, The fate of liberty in the next century is fragile, in part, because the very notion is now so ill-defined, in: *Newsweek*, 27. Dez. 1999 – 3. Jan. 2000, 102f.
- <sup>12</sup> A. K. Sen, *La Libertà individuale come impegno sociale*, Ed. Laterza, Bari 1997 (zwei Essays; vgl. Ebd., *Development as Freedom*; ebenso: Ebd., *On Ethics and Economics*. Blackwell, Oxford 1987.
- <sup>13</sup> Die jüngsten religionssoziologischen Untersuchungen zu Glaube und Kirche in den Reformländern ergaben drei Ebenen: In Polen, Kroatien und Teilen Rumäniens (Siebenbürgen) sind die traditionellen Formen von Gläubigkeit und kirchlichem Leben noch am stärksten; die mittlere Ebene, mit einer starken Polarisierung zwi-

schen Gläubigen und Nichtreligiösen, bilden Ungarn, Slowakei und Slowenien, während die neuen deutschen Bundesländer und Tschechien weitgehend dechristianisiert sind. Vgl. die unter Anmerkung 1 angegebene Literatur. Die wichtigsten Ergebnisse hat Professor P. M. Zulehner verschiedentlich in den Medien zusammengefasst, wie z. B. in der italienischen katholischen Zeitung *Avvenire* (Zenit 8. April 2000). Vgl. auch: M. Tomka, *Mađarski katolici u pluralističkom društvu*, in: *Svesci* 97/1999, 70–76 (übernommen aus *Stimmen der Zeit*, 5/1999, 329–340).

<sup>14</sup> Vgl. U. Nothelle-Wildfeuer, *Soziale Gerechtigkeit und Zivilgesellschaft*, F. Schoeningh, Paderborn 1999 (Abhandlungen zur Sozialethik, 42); L. Roos, *Eine verantwortungsbereite Bürgergesellschaft*, Bachem, Köln 2000 (Kirche und Gesellschaft, 226). Das Thema der italienischen ‘43. Sozialen Woche’ (Neapel 16.–20. November 1999) war ‘die Zivilgesellschaft’ (vgl. *Il Regno* – Doc. 9/1999, 204–301 und 1/2000, 13–32; ebenso: *Rivista di teologia morale* 125/2000, Nr. 1, 55–57 /G. Campanini/). In seinem Grußwort an die ‘Soziale Woche’ hat Johannes Paul II. mit Blick auf eine ‘Zivilgesellschaft in tiefer Gärung’ zahlreiche ihrer Initiativen begrüßt (und auf wirtschaftlichem Gebiet ‘finanza etica’, ‘micro-credito’ und ‘commercio equo e solidare’ empfohlen). Vom 6. bis 9. April 2000 fand in Bad Honnef die zweite ‘European Social Week’ statt, die ebenfalls der Zivilgesellschaft gewidmet war (*On the Way to a Civil Society in Europe – Christian Social Visions*). Das Eröffnungsreferat, vor zahlreichen Teilnehmern, hielt Romano Prodi. Die Zivilgesellschaft in Europa war auch Gegenstand der ‘Gespräche in Castelgandolfo’ vor rund zehn Jahren (vgl. K. Michalski /Hg./, *Europe and the Civil Society*, Klett-Cotta, Stuttgart 1991; Teilnehmer waren: W. T. de Bary, E.-W. Böckenförde, O. Chadwick, R. Dahrendorf, B. Geremek, E. Le Roy Ladurie...).

<sup>15</sup> Erklärung der Kommission der französischen Bischöfe für soziale Fragen, *Für eine Rehabilitation der Politik*, auf Kroatisch erschienen bei Kršćanska sadašnjost (Dokumenti 118), Zagreb 1999.

<sup>16</sup> B. Z. Šagi, *Civilno društvo, Crkva i kršćani*, in: *Svesci* 96/1999, 82–85.

<sup>17</sup> J. Maritain, *Cristianesimo e democrazia*, Vita e Pensiero, Mailand 1977, 35f (Original: *Christianisme et démocratie*, New York 1943).

- <sup>18</sup> V. Zsifkovits, *Die Kirche, eine Demokratie eigener Art?*, Lit., Münster 1997; John R. Quinn, *Per una riforma del papato*, in: *Il Regno - Doc.* 17/1996, 513-521; (die Konferenz fand am 29. Juni 1966 im Campion-Hall-College /Jesuiten/ der Universität Oxford aus Anlass des hundertjährigen Bestehens dieses Colleges statt); Ebd., *The Reform of the Papacy: the costly call to Christian unity*, Herder/Crossroad, New York 1999. Vgl. die Darstellung in: *The Tablet*, 11. Dezember 1999 (N. Lash). Ebenso: F. König, *Kolegijalitet namjesto centralizma*, in: *Svesci* 97/1999, 81-85 (Herder-Korrespondenz 53 /1999/, 4, 176-181); *Ojačati sinodalne elemente u Crkvi*. Razgovor s Peterom Hünermannom, in: *Crkva u svijetu* 4/1999, 500-507. Die Antwort von Kardinal Lucas Moreira-Nevesa, Präfekt der Bischofskongregation im Vatikan, auf das sog. 'Grazer Modell' in Bezug auf die Bischofsbestellung (*Bischofsbestellung - Mitwirkung der Ortskirche?*, hg. von B. Körner, Styria, Graz 1999), so wie sie in die Presse durchsickerte (*Die Tagespost*, 18. April 2000, 4: 'Bischofsbestellung bleibt Chef-Sache'), ist vom Standpunkt 'ius conditum' aus einzuordnen, aber es ist eine andere Frage, ob die Entwicklung in der Kirche ein zusätzliches 'ius condendum' verlangt oder nahe legt.
- <sup>19</sup> Nationale Konferenz über die katholischen Schulen in Italien, 27.-30. Oktober 1999. Vgl. CEI, *Per un progetto educativo*, in: *Il Regno - Doc.* 21/1999, 693-703 (Kard. Ruini, G. Malizia, Johannes Paul II.). Ebenso: C. Nosiglia, *Lettera dopo l'Assemblea nazionale sulla scuola cattolica*, Agentur SIR, 1. Februar 2000.
- <sup>20</sup> Untersuchung in Kroatien: V. Ilišin, *Mladi na margini društva i politike*, Alinea, Zagreb 1999.
- <sup>21</sup> Zweites Vatikanisches Konzil, GS 73-75.
- <sup>22</sup> Vgl. *Pareto aujourd'hui*. Sous la direction d'Alban Bouvier, PUF, 1999.
- <sup>23</sup> Zum Thema Demokratie gegenüber Marktwirtschaft: "Demokratie und Kapitalismus haben sehr unterschiedliche Standpunkte zur korrekten Gewaltenteilung. Die Demokratie glaubt an eine völlig gleiche Verteilung der politischen Macht, 'ein Mensch, eine Stimme', während der Kapitalismus glaubt, es sei die Pflicht des wirtschaftlich Tüchtigeren, den Unfähigen aus dem Geschäft zu verdrängen und ihn wirtschaftlich zu Grunde zu richten. Das 'Überleben der Tüchtigsten' und ungleiche Kaufkraft sind das, worauf kapitalistische Leistung zu-

rückzuführen ist. Der Einzelne und die Firma steigern ihre Leistung, um reicher zu werden. Wenn wir dem die schlimmste Form verleihen, dann ist der Kapitalismus vollkommen kompatibel mit der Sklaverei. Der amerikanische Süden hatte dieses System mehr als zweihundert Jahre lang. Demokratie ist mit Sklaverei nicht kompatibel.“ (übersetzt aus dem Kroatischen. Lester C. Thurow, *Budućnost kapitalizma. Kako današnje gospodarske snage oblikuju sutrašnji svijet*. Mate, Zagreb 1997, 242; Original: *The Future of Capitalism*. W. Morrow & Co., New York 1996).

- <sup>24</sup> M.-D. Chenu, *La 'doctrine sociale' de l'Eglise comme idéologie*, Paris 1979; deutsche Übersetzung: *Kirchliche Soziallehre im Wandel. Das Ringen der Kirche um das Verständnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit*, Exodus, Fribourg/Luzern 1991.
- <sup>25</sup> Außer der Enzyklika *Ecclesiam suam* von Paul VI. (1964) vgl. F. Franić, *Putovi dijaloga*, Crkva u svijetu, Split 1973; *Vom Dialog als Form der Kommunikation und Wahrheitsfindung in der Kirche heute*. Eröffnungsreferat von Bischof Karl Lehmann bei der Herbstversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda, 19. September 1994 (Deutsche Bischöfe, 17). Ebenso: T. Vereš, *Filozofsko-teološki dijalog s Marxom*, FTI, Zagreb, 1981; F. Prcela (Hg.), *Dijalog. Na putu do istine i vjere*. Nakladni zavod Globus, Zagreb /Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz/Kroatische Dominikanerprovinz, Zagreb 1996. Bekanntlich setzt sich die Kirche in Österreich sehr für den Dialog ein, insbesondere den innerkirchlichen.
- <sup>26</sup> Vgl. Vjera i moral u Hrvatskoj. Djelomično izvješće, in: *Bogoslovska smotra* 4(1998).
- <sup>27</sup> National Conference of Catholic Bishops, *Economic Justice for All*. Pastoral Letter on Catholic Social Teaching and the U. S. Economy, Washington 1986; *Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe Österreichs*. 15. Mai 1990, Wien 1990; *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zu den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in Deutschland, 1997. Den kontextuellen Ansatz vertrat zuvor schon die Kirche in Lateinamerika (Medellín 1968, Puebla 1979), und die Richtung hat Papst Paul VI. 1991 in der Enzyklika *Octogesima adveniens* festgelegt.

- <sup>28</sup> O. von Nell-Breuning, *Wie sozial ist die Kirche?* Patmos, Düsseldorf 1972 (vor allem: *Zur Entstehung der Enzyklika Quadragesimo anno*). Kritisch über Nell-Breunings Anteil an der Entstehung der Enzyklika: J. Schasching, *Zeitgerecht - zeitbedingt. Nell-Breuning und die Sozialenzyklika Quadragesimo anno* nach dem Vatikanischen Geheimarchiv, Ketteler Verlag, Bornheim 1994.
- <sup>29</sup> Vgl. die in *Anmerkung 1* angeführte Literatur.
- <sup>30</sup> J. Joblin/R. Tremblay (Hgg.), *I Cattolici e la società pluralista. Il caso delle leggi imperfette*, Ed. studio Domenicano Bologna, 1996; J. Joblin, *I Cattolici e le leggi imperfette*, in: *La società* 1/1998, 121-132; ebd., *L'étique, l'Eglise et les rouages de l'économie*, *Gregorianum* 79 I (1998), 85-111.
- <sup>31</sup> E.-W. Böckenförde, *Zur Theologie des modernen säkularen Rechts*, in: *Stimmen der Zeit* 9/1999, 579-596.
- <sup>32</sup> *Alternatives économiques. Le tour du monde des inégalités* (Dossier), Januar 2000.
- <sup>33</sup> Zu Untersuchungen in Kroatien siehe *Anmerkung 1*: G. Črpić/S. Kušar/N. Kuzmičić, *Aspekti gledanja katoličkih svećenika iz perspektive građana Hrvatske*, in: *Bogoslovska smotra* 4/1999, 498.
- <sup>34</sup> J. Stiglitz, *Two Models of Economic Reform, and Why Only One Worked (For Economists No Time to Party)*, Newsweek Sonderausgabe: 'Facing the Future, Issues 2000', Dezember 1999-Februar 2000, 62.
- <sup>35</sup> *Corruption and Democracy* (Hg. Dc V. Trang), ICLP, Budapest 1994; A. Etchegoyen, *Podmićivač i podmićeni*, Laus, Split 1997; J. Kregar, *Nastanak predatorskog kapitalizma i korupcija*, Rifin, Zagreb 1999. Der tschechische Staatspräsident V. Havel hat den Kapitalismus in Tschien einmal als mafios bezeichnet, was selbstverständlich helftige Reaktionen vonseiten des ehemaligen Premiers V. Klaus nach sich zog, der ein starker Befürworter der raschen Privatisierung ist und sie auch durchgeführt hat. (FAZ vom 22. 4. 2000, 44).
- <sup>36</sup> "Während der Weg zur europäischen Einheit beschränkt wird, stellt sich jetzt wiederum in mehreren Teilen Europas akut das Problem der Beziehungen zwischen den Nationen. Die Nationen sind lebendige kulturelle Ausformungen, die den Reichtum Europas zum Ausdruck bringen. Die nationalen Differenzierungen sollen also nicht verschwinden, sondern vielmehr beibehalten



und gepflegt werden als historisch gewachsenes Fundament der europäischen Solidarität. Nachdem aber das marxistische Herrschaftssystem zugrunde gegangen ist, welches mit erzwungener Gleichförmigkeit der Völker und Unterdrückung kleiner Nationen gekoppelt war, taucht nun nicht selten die Gefahr auf, dass die Völker Europas in Ost und West wiederum zu alten nationalistischen Konstellationen zurückkehren. Die nationale Identität wird aber nur in der Öffnung auf andere Völker hin und in Solidarität mit ihnen vollendet. Konflikte müssen durch Gespräche und Verhandlungen gelöst werden, nicht aber durch den Gebrauch von Gewalt, in welcher Form auch immer, zur Unterdrückung des anderen. Nach dem Zeugnis der kroatischen Bischöfe hört auch während der Synode diese Gewalt nicht auf, ihr Vaterland zu zerstören. Man darf die Rechte von Minderheiten nicht vergessen, vielmehr müssen die Traditionen eines jeden Volkes gewahrt und gefördert werden. Die katholische Kirche anerkennt und bejaht den Wert der Nationen. Als eine Gemeinschaft aus mehreren Völkern übersteigt sie zugleich alle Partikularismen. Die enge Verbindung mit der Gesamtkirche – mit und unter Petrus – hat die Teilkirchen oft auf wunderbare Weise davor bewahrt, von den einzelnen Systemen einer nationalen Herrschaft aufgesogen zu werden. Auch in der heutigen Situation behält dieses Prinzip der Katholizität ganz und gar seine Geltung., *Damit wir Zeugen Christi sind, der uns befreit hat. Bischofssynode: Sonderversammlung für Europa 1991*, Nr. 10, S. 31-32. Deutsche Bischofskonferenz: Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 103. Vgl. ebenso: *Christentum und Kultur in Europa. Gedächtnis - Bewusstsein - Aufgabe. Akten des präsynodalen Symposiums (Vatikan, 28. bis 31. Oktober 1991)*, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Stimmen der Weltkirche 33, Bonn 1993.

<sup>37</sup> Die deutschen Bischöfe, Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen (19), *Handeln für die Zukunft der Schöpfung*, Bonn, 22. Oktober 1998; sowie auch: *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*, Nr. 224-232 (siehe Anmerkung 27); Kommission der französischen Bischöfe für soziale Fragen (CEF-Commission sociale), *Le respect de la création. La Documentation catholique* 82 (2000), 3, 117ff.

<sup>38</sup> J. Bernardin, Un' etica coerente per la vita, in: *Il Regno - Doc.* 17/1993, 575-580 (Original in: *Catholic International* 4/1993, 5. Mai 1993, 215ff).



---

Vlado  
PULJIZ

SOZIALE SICHERHEIT  
ZWISCHEN  
WIRTSCHAFT UND  
POLITIK IN KROATIEN



### (1)

Es bestehen mehrere Definitionen von sozialer Sicherheit, doch die einfachste, wenn auch vielleicht etwas eingeschränkte scheint jene des ehemaligen norwegischen Ministerpräsidenten Einar Gerhardsen (1945–65) zu sein, die er 1971 in seinem Buch ‘Samarbeid og strid’ (*Zusammenarbeit und Streit*) niederschrieb. In seiner Beschreibung der Mechanismen der sozialen Sicherheit heißt es: “Diejenigen, die gesund sind, helfen denen, die krank und behindert sind; diejenigen, die arbeiten, den Arbeitslosen; diejenigen, die sich im Arbeitsprozess befinden, den Älteren. Ob es sich dabei nun um eine Finanzierung über Beitragsleistungen oder Steuern handelt, in jedem Falle handelt es sich darum, dass die arbeitenden Bevölkerungsteile durch ihre tägliche Arbeit die Gesellschaft dazu befähigen, über das System der Sozialversicherung und sozialen Sicherheit Hilfe leisten zu können” (zitiert – aus dem Kroatischen – nach R. Andersen, 1994, S. 62).

Diese Definition Gerhardsens entstand in der Zeit des raschen Wirtschaftswachstums und der relativ hohen Beschäftigung der Nachkriegszeit. Im Hinblick auf die veränderten Umstände der heutigen Zeit müsste sie ausgeweitet werden, so dass die Reichen und Dazugehörigen den Armen und Ausgeschlossenen helfen, deren Zahl heute

stetig steigt. Auf diese Weise würde über den Mechanismus der sozialen Sicherheit eine gerechtere Einkommensverteilung in der Gesellschaft erreicht, für mehr soziale Gerechtigkeit gesorgt und der soziale Zusammenhalt gefestigt. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass Gerhardsen zwischen *sozialer Versicherung* und *sozialer Sicherheit* unterscheidet. Unter dem Ersteren (*social insurance*) versteht er die Finanzierung der Versicherung der Beschäftigten gegen soziale Risiken über Beitragszahlungen aus Löhnen und Gehältern. Die Zahlungen aus den Kassen der Sozialversicherung im Falle von Krankheit, Arbeitsunfall, Arbeitsunfähigkeit, Alter oder Arbeitslosigkeit sind in der Regel an Lohn und Gehalt gebunden bzw. an Beitragsleistungen und dienen zur Einkommenssicherung (*income maintenance*) bzw. dessen Umverteilung im Laufe des Lebens. Der Terminus *soziale Sicherheit* (*social security*) dagegen, so wie er in den angelsächsischen und auch skandinavischen Ländern aufgefasst wird, bezeichnet staatliche Unterstützung für Arme, Behinderte, hilfsbedürftige Familien (z.B. Alleinerziehende), Kinder, Rentner mit niedrigen Renten u.Ä. Die solchermaßen definierte soziale Sicherheit wird in der Regel über die Steuern finanziert und armen und sozial schwächeren Bevölkerungsteilen zur Deckung ihres Existenzminimums gewährt, wenn sie nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit oder Sozialversicherungsleistungen zu bestreiten. Für gewöhnlich ist die Bewilligung dieser staatlichen Hilfe, abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie z.B. Kindergeld, an die Überprüfung des materiellen Status der Empfänger geknüpft (*means test*), sodass Sozialhilfe zumeist als Stigma empfunden wird.<sup>1</sup>

Im Kroatischen, im öffentlichen Sprachgebrauch, aber auch in Fachkreisen, umfasst der Begriff *soziale Sicherheit* in der Regel beides, die Sozialversicherung und die soziale Sicherung im engeren Sinne, wobei man darunter sowohl die staatlichen Strukturen versteht, über die diese soziale Sicherheit gewährt wird, als auch die Lage in der Gesellschaft oder, besser gesagt, deren gesamte Fähigkeiten, die grundlegendsten Lebensbedürfnisse zu sichern bzw. die Erwartungen der Bürger zu erfüllen.

## (2)

Zum besseren Verständnis des Problems der sozialen Sicherheit und der Kontroversen, zu denen es in diesem Zusammenhang heute kommt, scheint es angebracht, auf das Konzept der sozialen Rechte selbst sowie auf deren Natur hinzuweisen. Der Theorie des britischen Wissenschaftlers T. H. Marshall zufolge haben sich in Westeuropa, allen voran in Großbritannien, drei Grundkategorien des Rechts entwickelt, die in den letzten drei Jahrhunderten sukzessive aufkamen. Dabei handelt es sich um die bürgerlichen, die politischen und die sozialen Rechte, die alle drei zusammen in den westeuropäischen Demokratien dem heutigen Menschen seinen vollen Bürgerstatus (*citizenship*) garantieren (Marshall, 1950). Die sozialen Rechte, die sich als Letzte, im 20. Jahrhundert, entwickelt haben, sichern dem Bürger von staatlicher Seite her das Existenzminimum.

Im Unterschied zu den bürgerlichen und politischen Rechten, welche die Autonomie des Individuums (Eigentum und persönliche Integrität) und seine Partizipation am Leben der Gemeinschaft schützen und daher auch von manchem

*Freiheitsrechte (droits libertés)* genannt werden, weisen die sozialen Rechte auf die Schuld der Gesellschaft gegenüber dem Individuum hin, sodass sie auch *Forderungsrechte (droits créances;* Rosanvallon, 1995) genannt werden. Die Natur der sozialen Rechte fordert staatliche Intervention bei der Umverteilung des nationalen Einkommens zu Gunsten der armen und sozial schwachen Bürger. Das stellt sie in den Kontext der wirtschaftlichen Lage einer konkreten Gesellschaft und setzt sie in Beziehung zur Politik als bewusster Lenkung der Gesellschaft. Mit anderen Worten: Die sozialen Rechte garantieren den Bürgern die grundlegendsten Lebensbedingungen und sind eine Art Gegengewicht zum Markt und ein Mittel zur Korrektur von Ungleichheiten, die der Markt hervorbringt.<sup>2</sup>

Entgegen dem Schema von T. H. Marshall hat der Sozialismus nicht wenig zur Entwicklung der sozialen Rechte beigetragen, während die bürgerlichen und politischen Rechte in den Hintergrund gerückt wurden. Sie wurden monopolistisch, paternalistisch vom Staat aufoktroziert und dienten ihm als Instrument zur Kontrolle seiner Bürger. Gerade aus dem Sozialrecht und der sozialen Sicherung leitete die herrschende Nomenklatur ihre Herrschaftslegitimierung ab. Dazu dienten die Systeme der sozialen Sicherheit, die Sozialleistungen von relativ 'niedrigem Profil' gewährten. Außerdem waren die Preise der Grundlebensmittel subventioniert und daher niedrig. Öffentliche Dienstleistungen (Schule, Gesundheit und Kultur) waren kostenlos, und es herrschte Vollbeschäftigung (wenn auch bei geringer Produktivität). Als dann allerdings der Sozialismus in eine Wirtschaftskrise geriet, aus der er mit sei-



nen traditionellen Methoden der staatlichen Mobilisierung und Intervention nicht herauskam, waren auch die grundlegenden Systeme der sozialen Sicherheit, die er aufgebaut hatte, in Gefahr. Die Führungsschicht büßte so ihr legitimierendes Argument für die Lenkung der Gesellschaft ein, sodass das ganze System als Folge der allgemeinen Krise und Unzufriedenheit der Bürger schließlich in sich zusammenbrach (Puljiz, 1998).

### (3)

Heute sind soziale Sicherung und soziale Rechte überall auf der Welt Gegenstand heftiger Diskussionen und politischer Auseinandersetzungen. Heftig wird auch über die Krise des Wohlfahrtsstaates (*welfare state*) diskutiert, vor allem im Zusammenhang mit den Folgen der Globalisierung. Die Krise des Sozialstaats im Westen ist eine Folge der demographischen Veränderungen, in erster Linie der höheren Lebenserwartung der Bevölkerung auf der einen und den sinkenden Geburtenziffern auf der anderen Seite.<sup>3</sup> Zudem sind große Veränderungen an der Familienstruktur im Gange, die mit dem Termin 'Deinstitutionalisierung der Familie' treffend bezeichnet werden (Roussel, 1988). Das bedeutet, es gibt mehr und mehr Alleinstehende, eheähnliche Beziehungen, Alleinerziehende, auf sich gestellte Kinder u.Ä., was in zunehmendem Maße staatliche Intervention nötig macht. Von besonderer Bedeutung sind auch die Arbeitsstrukturveränderungen, die gekennzeichnet sind durch den Rückgang von stabiler und kontinuierlicher Beschäftigung - bzw. durch deren 'Flexibilisierung' (Valković, 1998) - und den Arbeitsmarkt spalten: auf der einen Seite haben wir feste und gut bezahlte Anstellungen und

auf der anderen Seite sporadische und schlecht bezahlte.

All das hat den klassischen keynesschen Sozialstaat ernsthaft in Frage gestellt, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte und dessen Hauptpfeiler stabile demographische und Familienstrukturen, beständiges Wirtschaftswachstum, Nationalstaat mit geschütztem Binnenmarkt und gut ausgebautem sozialem Netz und, was besonders wichtig ist, Vollbeschäftigung waren. Die demographischen, technologischen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten drei Jahrzehnte, insbesondere aber die intensive Globalisierung, verlangen den Ausbau eines sog. kompetitiven Staates, der im Wettbewerb auf dem Weltmarkt mithalten kann. Das wäre dann der so genannte schumpetersche Sozialstaat und bedeutet Marktöffnung, Deregulierung und ein Verweisen der Bevölkerung auf eigene Ressourcen sowie auf die Ressourcen verschiedener Institutionen der Zivilgesellschaft: Familie, Nachbarschaft, lokale Gemeinschaften, Kirche sowie verschiedene humanitäre Organisationen, also auf das, was die Soziologen im weitesten Sinne des Wortes unter sozio-kulturellem Kapital verstehen.

In besonderem Maße haben sich die Globalisierung und die anderen Veränderungen auf die soziale Sicherheit in den postsozialistischen Ländern ausgewirkt. Für viele dieser Länder war die Transformation ein sehr schmerzvoller und mühsamer wirtschaftlicher und sozialer Prozess. Zwar wurden die bürgerlichen und politischen Rechte verwirklicht, doch die Bürger verlangten auch mehr soziale Rechte. Esping-Anderson meint in diesem Zusammenhang: "Dem Volk waren Freiheit und soziale Sicherheit vorenthalten, und

jetzt will es beides.” (zitiert – aus dem Kroatischen – nach Rasmussen, Pijl, 1994). Wie die Erfahrung zeigt, sind die bürgerlichen und politischen Rechte nach dem Ende des Totalitarismus relativ schnell zu verwirklichen (Beispiel Spanien und Portugal). Doch die sozialen Rechte sind, wie gesagt, von der wirtschaftlichen Lage und dem Gesamtvermögen der betreffenden, ganz konkreten Gesellschaft abhängig, sodass die postsozialistischen Länder vor dem mühevollen und langwierigen Ausbau von Marktwirtschaft und bürgerlicher Gesellschaft stehen, wobei gleichzeitig auch Zivilgesellschaft und Wirtschaft auf ein Niveau angehoben werden müssen, das als neues Fundament der sozialen Rechte dienen und deren Qualität garantieren kann. Die Erfahrung zeigt, dass man nicht, wie sich das so mancher vorgestellt hatte, ‘mit einem Schlag’ (durch den *big bang*) in eine neue Gesellschaft überwechseln kann, sondern nur durch geduldiges Überwinden der Hindernisse auf dem Weg von Liberalisierung und Privatisierung sowie durch die Entwicklung marktwirtschaftlicher Institutionen, wie dies die sog. Gradualisten vorschlagen. Auf diese Weise sind die postsozialistischen Länder infolge ihrer wirtschaftlichen und institutionellen Krise in den ersten Jahren der Transformation in einen Zustand ‘neuer Ungewissheit’ gelangt, wie Bob Deacon sagt. Belegt wird das durch Indikatoren wie vermehrte Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung weiter Bevölkerungsteile. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass in den Ländern Mittel- und Osteuropas zwischen Mitte der 80er- und Mitte der 90er-Jahre die Zahl der Armen von 8 auf 58 Millionen gesprungen ist (Eatwell, 1996).

Dennoch ist zu vermerken, dass die Länder der sog. Višegrader Gruppe und Slowenien, die uns in puncto Entwicklungsstand am nächsten stehen, die Talsohle der Transformationskrise bereits durchschritten haben und sich nun allmählich auf neuen, auf Westeuropa abgestimmten Grundlagen weiterentwickeln. Das gilt sowohl für das wirtschaftliche und politische Leben als auch für soziale Sicherheit und soziale Rechte.

#### (4)

Kroatien hatte sich in den letzten Jahren des Sozialismus - wie im Übrigen auch das ganze ehemalige Jugoslawien, jedoch in höherem Maße als der jugoslawische Durchschnitt - im Hinblick auf Wirtschaft und soziale Sicherheit erheblich von den zuvor erwähnten sozialistischen Ländern unterschieden. Man könnte sagen, dass es sich bei uns um eine Art Mixtum compositum aus sozialistischem Etatismus und Marktwirtschaft handelte, denn es gab marktwirtschaftliche Elemente, Unternehmensautonomie, Kleinunternehmen und Eigentum, vor allem in Landwirtschaft und Handwerk, und was besonders wichtig ist: eine im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern weitaus größere Offenheit gegenüber dem Westen. In diesem Zusammenhang stellten Tourismus, Gastarbeiter und die große kroatische Diaspora in Übersee ein gut entwickeltes Kapillarsystem für den Austausch mit Menschen, Gütern und Erfahrungen aus dem Westen dar (Puljiz, 1996). Das System der sozialen Sicherheit selbst war eine Kombination aus einer Variante der bismarckschen Sozialversicherung und sozialistischem Staatspaternalismus.

Dank Vollbeschäftigung hat der sozialistische Sektor ein recht weites System sozialer Sicherung

geschaffen. In den letzten Jahren des Sozialismus wurden einige Sozialrechte in den Unternehmen verwirklicht, was sie zu Inseln der sozialen Sicherheit machte.<sup>4</sup> Doch gleichzeitig tauchten an der Oberfläche der Gesellschaft zunehmend soziale Probleme auf, die auf die alte Art und Weise kaum zu lösen waren, in erster Linie Arbeitslosigkeit und Armut. Gegen Ende wurden einige Versuche unternommen, die Sozialausgaben des Staates einzuschränken bzw. einige soziale Rechte zu externalisieren und zu kommerzialisieren. Das heißt, ihre Verwirklichung erfolgte nun auf Kosten der Bürger, und die Rolle des Staates als Garant für soziale Sicherheit wurde geschwächt.

Doch die Wirtschafts- bzw. Akkumulationskrise, wie sie Claus Offe nennt, führte in Jugoslawien, wie auch in den anderen sozialistischen Ländern zu einer Störung und Krise im System der sozialen Sicherheit, was letzten Endes eine Bedrohung für die Legitimität der sozialistischen Führung darstellte. Zudem kam es im Gefolge der durch das großserbische Hegemoniestreben entstandenen nationalen Konflikte zum Zerfall des jugoslawischen Vielvölkerstaats, und das alte Jugoslawien ging in einem Meer von Blut und Zerstörung unter. Für Kroatien war entscheidend, dass es sich in dieser Situation, unter großen Opfern und Anstrengungen, als selbstständiger Staat konstituieren und seinen eigenen Weg der Entwicklung einschlagen konnte, der – wie kontrovers er in diesen vergangenen zehn Jahren auch gewesen sein mag – doch immerhin auf eine Annäherung an die westliche Welt und schließlich auf die Integration in sie hinführt.

## (5)

In der Verfassung vom Dezember 1990 ist die Republik Kroatien definiert als Staat, der all seinen Bürgern die sozialen Grundrechte garantiert, so wie es in anderen demokratischen Ländern üblich ist. Doch wie wir wissen, hatte Kroatien aufgrund des Krieges keine Gelegenheit, sich in Ruhe zu einem demokratischen Sozialstaat zu entfalten, denn es musste seine Unabhängigkeit schwer erkämpfen.

Zum Verständnis der derzeitigen sozialen Lage in Kroatien muss auf zwei Phänomene hingewiesen werden, die in den Kriegsjahren – für gewöhnlich gilt 1991 als Anfang und 1995 als Ende – in Erscheinung traten. Das erste ist die starke soziale Kohäsion während des Krieges, als die nationalen Energien auf die Verwirklichung eines großen Ziels konzentriert waren – die Erlangung des unabhängigen Staates.<sup>5</sup> Wie es die Soziologen ausdrücken, hat der horizontale Konflikt (Landesverteidigung) die vertikalen Konflikte (Kämpfe um gesellschaftliche Stellung) in den Hintergrund rücken lassen oder verdeckt, was nicht ungewöhnlich ist für solche Umstände. Die Menschen verspüren ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, denn sie werden sich dessen bewusst, dass sie alle im selben Boot sitzen, das nur durch gemeinsame Anstrengung vor dem Versinken bewahrt werden kann. Unter diesen Umständen scheint es, wie dies P. Rosanvallon sagt, zu einer Erneuerung des Gesellschaftsvertrags und einer starken Manifestierung des Verlangens nach Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit zu kommen. Von daher ist verständlich, dass Kriege starke Generatoren sozialer Reformen sind, wie das Beispiel der Reform in Großbritannien zeigt, die

auf dem berühmten Bericht von Lord W. Beveridge aus dem Jahre 1942 fußt (Titmuss, 1958).

In Kroatien wurde während der Kriegsjahre die Transformation und Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums durchgeführt. Sie hat zu vermehrter Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung im Lande geführt. Die schlechten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sind aber nicht nur auf die Privatisierung zurückzuführen, sondern lassen sich auch mit den schwierigen Umständen der Kriegsjahre und dem Verlust der Absatzmärkte im Osten erklären. Außerdem kann Privatisierung auch als Grundvoraussetzung für den Übergang zu kapitalistischer Gesellschaft und Marktwirtschaft verstanden werden, ohne die eine Integration in die westliche Welt ausgeschlossen ist. Trotz aller Rechtfertigungsversuche – angesichts der schwierigen sozialen Lage und der Frustrierung ganzer Gesellschaftsschichten, den Folgen dieses Prozesses, werden die Privatisierung und die neue Eigentümer-Elite, die zum großen Teil im Schulterschluss mit der neuen politischen Elite entstanden ist, vom Volk als großer Betrug und letztendlich als Raub des Nationaleigentums empfunden. Daher besteht eines der derzeitigen Hauptprobleme der kroatischen Gesellschaft darin, dass die neue Eigentümer-Elite aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Krise im Gefolge der Privatisierung von der Gesellschaft nicht sanktioniert wurde und im Kollektivbewusstsein der Menschen die Hauptschuld an der schwierigen Lage des Gros der Bevölkerung trägt.

**(6)**

Heute, nachdem der Krieg nun schon einige Jahre hinter uns liegt und der durch den Kampf um die nationale Unabhängigkeit bewirkte soziale Zusammenhalt nicht mehr da ist, sind die vertikalen Konflikte um die gesellschaftliche Stellung, die Umverteilung des nationalen Vermögens und die Nutzung der gesamten gesellschaftlichen Ressourcen wieder an die Oberfläche geschwommen.

Man könnte, wenn auch stark vereinfacht, sagen, dass sich die kroatische Gesellschaft heute in einer Situation befindet, die von zwei entgegengesetzten Seiten aus unter Druck steht. Auf der einen Seite stehen die verarmten und frustrierten Schichten, die vehement vom Staat eine Umverteilung des Nationaleinkommens zur Verbesserung ihrer Lage einklagen, in die sie, wie sie meinen, unverschuldet geraten sind. In erster Linie handelt es sich da um Kriegsoffer (Vertriebene, Flüchtlinge und Rückkehrer), Rentner, Arbeitslose, Arme und ganz allgemein sozial verwundbare Gruppen. Hinzu kommen noch die zahlreichen Kriegsveteranen, von denen sich viele nach getaner Arbeit, der Landesverteidigung, ins Abseits gestellt fühlen. Die überhöhten Forderungen nach staatlicher Intervention durch Einkommensumverteilung lassen sich unter anderem mit überhöhten Erwartungen an den endlich realisierten eigenen Staat erklären, der in den Köpfen vieler Bürger ein Allheil- oder Wundermittel zur Lösung der dringlichsten Probleme in der Gesellschaft zu sein scheint. Da aber die Umverteilung des Nationaleinkommens in der Regel über das System der sozialen Sicherheit läuft, ist dieses für die große Zahl der verarmten Bürger zum letzten Bollwerk für die Bewahrung ihres materiellen Sta-



tus geworden. Doch da die Zahl der Beschäftigten und damit derjenigen, die durch ihre Beiträge die sozialen Kassen 'füttern', empfindlich gesunken ist und gleichzeitig die Wirtschaft keinerlei Steuererhöhung mehr verkraften kann, durch die die Kassen aufgefüllt werden könnten, ist die soziale Lage in Kroatien schwächer geworden und das Niveau der sozialen Leistungen gesunken, wobei einige dieser sozialen Rechte sogar zu 'leeren Rechten' wurden. So gilt auch für Kroatien G. Standings Bild von den 'abgerutschten Ankern und zerrissenen Netzen' der sozialen Sicherheit, die er überall in den postsozialistischen Ländern bemerkt hat (Standing, 1998).

An dieser Stelle scheint es angebracht zu sein, einige Angaben zur Illustration der Lage in Kroatien zu machen. Einem unveröffentlichten Bericht der Weltbank über die Untersuchung von Armut in Kroatien zufolge beträgt der Gini-Koeffizient, der die Spannweite der sozialen Ungleichheit anzeigt, bei uns 0,38 im Hinblick auf das monetäre Einkommen, was hochgradige Ungleichheit bedeutet. Dieser Koeffizient ist indessen etwas niedriger, wenn der Verbrauch veranschlagt wird, der außer den monetären Einkünften auch Naturalien und gegenseitige Hilfe umfasst. Außerdem hat Kroatien rund 350.000 Arbeitslose und zudem noch 120.000 Erwerbstätige, die seit langem schon keinen Lohn oder Gehalt mehr bekommen. Besonders hoch und, wie wir meinen, gefährlich ist die Jugendarbeitslosigkeit. So haben beispielsweise nur 55 Prozent der 25- bis 34-Jährigen einen Arbeitsplatz, was weit unter dem westlichen Durchschnitt liegt.<sup>6</sup> Auf der anderen Seite besitzen die Jugendlichen die stärksten Energien zur Entwicklung der Gesell-

schaft, die, wenn sie ungenutzt bleiben oder gedrosselt werden, für die Gesellschaft in hohem Maße desintegrierend sein können. Die Zahl der Rentner hat die Millionengrenze überschritten. Das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern beträgt im Moment 1,3 : 1 und verschlimmert sich weiter. Und das Verhältnis von Durchschnittsrente zu Durchschnittslohn und -gehalt ist auf 44 Prozent gesunken, was der Grund ist für die große Unzufriedenheit unter den Rentnern, die sich geprellt fühlen, worin ihnen im Übrigen das Verfassungsgericht mit seinem bekannten Urteil von 1998 Recht gab.<sup>7</sup> Darüber hinaus gibt es in Kroatien 46.000 Vertriebene, 140.000 Flüchtlinge (Kroaten aus Bosnien-Herzegowina und Jugoslawien), und 35.000 Serben warten auf die Rückkehr und den Wiederaufbau ihrer Häuser (Angaben aus dem Programm der kroatischen Regierung aus dem Jahr 2000). Es ließen sich noch weitere Daten anführen, um das Bild von der äußerst ernsten sozialen Lage in Kroatien zu vervollständigen.

Zur selben Zeit ist Kroatien – unter dem Druck der Globalisierung – gezwungen, sich zu einem konkurrenzfähigen, offenen Staat zu entwickeln. Außerdem gibt es den Imperativ neuer Investitionen. Das erfordert Kürzungen bei den Ausgaben der öffentlichen Hand, d.h. auch bei den Sozialleistungen. Ein Land, das Kapital vom Weltmarkt herbeiziehen will, muss Arbeitskosten und Steuern niedrig halten, doch dadurch fließen automatisch auch weniger Gelder in die Sozialversicherungskassen. Die Forderungen stammen von internationalen Finanzinstituten, wie Weltbank und Weltwährungsfond, von denen die Kredite Kroatiens abhängen. Sie bestehen auf mehr

marktwirtschaftlichen Elementen im Renten- und Krankenversicherungssystem, auf mehr Zurückhaltung des Staates bei dessen Finanzierung und gewissermaßen auf einer Residualisierung der Sozialpolitik.<sup>8</sup> Hinzu kommen noch die Forderungen der einheimischen Unternehmer nach Steuer- und Sozialabgabensenkung und mehr finanziellen Mitteln für Akkumulation und Investition. Zwar handelt es sich hier um den üblichen Konflikt um die Verteilung des Nationaleinkommens, den es in allen Ländern gibt, doch bei uns hat er – eben wegen der erwähnten Frustrierung und überzogenen Erwartungen der Bevölkerung sowie wegen der fehlgeschlagenen und allseits angefochtenen Privatisierung – dramatische Ausmaße angenommen.

### (7)

Unter diesen Umständen bleibt nur wenig Spielraum für eine Definition der Sozialpolitik. Der Erhalt des Status quo kann auf einen Kampf um ‘begrenzte Güter’ hinauslaufen, der nichts Gutes verheißt. Doch zweifellos ist der Archimedische Punkt, von dem aus der soziale und wirtschaftliche Fortschritt in Bewegung gesetzt werden kann, die Beschäftigung – vor allem von jungen Leuten, welche die Arbeitskraft und schöpferische Energie eines Landes schlechthin darstellen. Das ist einfach gesagt, doch Mittel und Programme für diesen Schritt nach vorn sind nur schwer zu finden. Fest steht jedoch, dass das Ende der internationalen Isolation, die grundlegenden Veränderungen der nationalen Politik und die erwartete internationale Hilfe den größten Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Krise in Kroatien leisten können.

Wie kann sich unter diesen verwickelten Umständen die kroatische Sozialpolitik weiterentwickeln? Hier sollte an das Urteil einiger Analytiker erinnert werden, denen zufolge die Sozialpolitik in der Vergangenheit eher reaktiv als prospektiv, eher akzidental als planvoll war und deren Entwicklung auch ergebnislos verlaufen musste (Rus, 1990).

Wenn man die Prognosen zur Entwicklung der sozialen Sicherheit (z.B. Doron, 1995) auf unsere Verhältnisse überträgt, dann kommen auch für Kroatien mehrere Möglichkeiten in Frage. Die erste ist die Bewahrung der gegenwärtigen institutionalen Strukturen bei allmählicher Anpassung an die veränderten Umstände. Die zweite ist die Privatisierung der sozialen Sicherung, u.z. dahin gehend, dass die Bürger einen Teil der Leistungen (z.B. für Gesundheit o.Ä.) zunehmend auf dem freien Markt suchen, sodass die staatlichen Systeme schwächer, gewissermaßen residual werden. Das wäre im Hinblick auf das Solidaritätsprinzip in der Gesellschaft die schlimmste Lösung. Denkbar wäre nämlich, dass die organisierte soziale Sicherung hauptsächlich an Beschäftigung geknüpft ist, doch das hieße, dass weite Teile der nicht oder nur sporadisch beschäftigten Bevölkerung die Unterstützung durch die Systeme der sozialen Sicherheit verlören. Es besteht ein dritter Weg, indem der Staat seine Interventionen in der sozialen Sphäre reduziert, sich allerdings bemüht, die Organisationen der Zivilgesellschaft, die nun einen Teil der ehemals staatlichen Sozialverpflichtungen übernehmen, nach Kräften zu unterstützen.

Wie die Dinge im Moment liegen, wagen wir zu behaupten, dass sich die Sozialpolitik in Rich-

tung auf eine Variante des sozialen Liberalismus weiterentwickeln wird, wie sie M. Rhodes definiert.<sup>9</sup> Das heißt, eine etwas reduzierte Rolle des Staates im sozialen Sektor bei gleichzeitiger Stärkung der Rolle von Familie, lokaler Gemeinschaft und den Institutionen der Zivilgesellschaft bzw. gewissermaßen einer 'Individualisierung des Sozialen' auf den unteren Ebenen der Gesellschaft. Ein Argument für eine solche Beurteilung der Lage liefert auch das Regierungsprogramm für den Zeitraum 2000 bis 2004, das neben einer Berufung auf die sozialen Grundrechte eine rationale und ausgeglichene Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie weitere Reformen, insbesondere in der Renten- und Krankenversicherung ins Auge fasst, was eine Reduzierung der staatlichen Verpflichtungen mit sich bringen dürfte.

Demzufolge kann in absehbarer Zeit eine Erstarkung bislang vernachlässigter Prinzipien erwartet werden, wie etwa der Subsidiarität. Das bedeutet eine erstarkende Rolle der Familie (obgleich diese zurzeit weltweit ziemlich kontrovers diskutiert wird), der lokalen Gemeinschaften sowie der humanitären und anderen Verbände, die auf sozialem Gebiet tätig sind.

Hier stellt sich nun natürlich die Frage nach der Vitalität der Familie und der anderen Gruppen der primären Solidarität in der kroatischen Gesellschaft. Doch der Gini-Koeffizient des gesamten (nicht nur des monetären) Verbrauchs zeigt, dass die Mechanismen der familiären und auch anderen gegenseitigen Hilfe noch immer stark sind. Im Krieg haben sich außerdem zahlreiche humanitäre Organisationen affirmiert, darunter in erster Linie die katholische Caritas, die bei der Umsetzung des Regierungsprogramms zur

Unterstützung der Kriegsoffer ein bedeutender Faktor war. Es ist wohl davon auszugehen, dass auf diesen Grundlagen ein neues Modell der sozialen Solidarität aufzubauen ist, in dem die Rollen zwischen Staat und Gesellschaft neu verteilt und beide als Partner tätig sein werden. Das kann eine Erneuerung der gesellschaftlichen Grundwerte bedeuten, für die sich auch die Kirche bzw. die Soziallehre der Kirche einsetzt und die in den usurpatorisch-etatistischen Regimen der Vergangenheit aus dem Licht der Öffentlichkeit gedrängt worden waren.

Für ein Gelingen der eingeleiteten Sozialreformen reichen allerdings Proklamationen von Seiten der Regierung nicht aus. Vielmehr muss geduldig an einem nationalen Konsens über die Grundfragen gearbeitet werden. Mit dieser Aufgabe wird die kroatische Gesellschaft einen neuen schweren Test zu bestehen haben.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Zu beachten ist, dass sich der Begriff *Welfare state* z.B. in den USA gerade auf diese unmittelbaren Formen staatlicher Hilfe für Arme und sozial Schwache bezieht, wohingegen *Sozialstaat* im europäischen Sinne auch die an die Beschäftigung geknüpfte Sozialversicherung mit beinhaltet.

<sup>2</sup> Zu erwähnen ist, dass auch die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise in den 30er-Jahren erheblich zur Entwicklung der sozialen Rechte beigetragen haben. In der Atlantikcharta von 1941 heißt es, den Menschen müsse 'eine Existenz ohne Angst und Entbehrung' garantiert werden, weil Angst und Entbehrung, wie die Geschichte lehre, ein fruchtbarer Nährboden für totalitäre Regime seien.

<sup>3</sup> In Westeuropa stieg die durchschnittliche Lebenserwartung in der Zeit von 1960 bis 1990 um sieben Jahre. Auf der anderen Seite fiel die Geburtenziffer von 2,5 in den Fünfzigern auf 1,5 in den Neunzigerjahren. Ein verlängertes Alter bringt aber Kosten mit sich. Hinzu kommt,

dass auch mehr Kindergeld verlangt wird, um die Geburtenziffer zu erhöhen.

- <sup>4</sup> Der namhafte kroatische Soziologe Josip Županov sprach in jener Zeit vom ‘Sozialbetrieb’, womit er die Belastung der Unternehmen mit sozialen Problemen und deren niedrige Produktivität meinte. (Županov, 1970)
- <sup>5</sup> Dazu schrieben wir seinerzeit: “Obwohl der Krieg für viele Menschen eine große Tragödie war und die Zerstörung materieller Güter mit sich brachte, strahlte die kroatische Gesellschaft in jener Zeit kollektiven Optimismus aus. Die Menschen empfanden den Verteidigungskrieg in höchstem Maße als gerecht und moralisch. Sie versammelten sich um die höchsten kollektiven Ziele, wie nationale Freiheit und Unabhängigkeit.” (Puljiz, 1993, S. 157)
- <sup>6</sup> Auch die übrigen Angaben zur Arbeitslosigkeit sind bedenklich. So haben in Kroatien beispielsweise nur ca. 30 % der Gesamtbevölkerung und ca. 40 % der Arbeitsfähigen eine Anstellung. Dafür blüht die Schwarzarbeit, durch die ein Teil der Arbeitslosen sein Brot verdient.
- <sup>7</sup> Laut Verfassungsgerichtsurteil hat die Regierung durch ihre Bestimmungen die Rentenerhöhung zu Unrecht eingeschränkt d.h. nicht, wie vom Gesetz vorgesehen, an die Löhne und Gehälter angepasst und ist verpflichtet, die Fehlbeträge rückwirkend auszus zahlen. Einigen Schätzungen zufolge handelt es sich um eine Summe von 30 Milliarden Kuna, was ein Viertel des Bruttosozialprodukts ausmachen würde. Diesen Betrag wird die neue Regierung, entgegen ihren Versprechungen, den Rentnern in absehbarer Zeit wohl kaum zurückzahlen können.
- <sup>8</sup> Besonders engagiert zeigte sich die Weltbank bei der Reform der kroatischen Rentenversicherung bzw. der Einführung der zweiten Säule des Rentensystems – dem sog. vermögensbildenden Pflichtsparen. Doch wegen der ernsten Finanzlage der Rentenversicherung und der hohen Umstellungskosten musste die Reform vorerst aufgeschoben werden.
- <sup>9</sup> Im Übrigen besteht die aus den letzten Wahlen hervorgegangene Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Sozialliberalen, die heute in Kroatien als Mitte-links eingeordnet werden.

## LITERATUR

- Anderson, R. (1994), *The Norwegian Welfare system: a 40-year old experiment*, in: Rasmussen, H. C. und Pilj, A. M. (Hg.), *Some Reflection on Social Development in Europe*, 62-70.
- Doron, A. (1995), *Tri scenarija budućnosti socijalne sigurnosti*, in: Revija za socijalnu politiku, Nr. 1/1995, 79-86.
- Eatwell, J. (1995), *The international origins of unemployment*, in: Michnic, J./Smith J. G. (Hgg.), *Managing the Global Economic*, Oxford University Press, Oxford.
- Marshall, T. H. (1950), *Citizenship and Social Class*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Puljiz, V. (1998), *Globalizacija i socijalna država*, in: Zrinščak S. (Hg.), *Globalizacija i socijalna država*, Revija za socijalnu politiku i SSSH, Zagreb.
- Puljiz, V. (1993), *Hrvatsko društvo, prognanici i izbjeglice*, in: Zbornik Pravnog fakulteta Nr. 1-2, Band XLIII, 135-148.
- Puljiz, V. (1996), *Trendovi u socijalnoj politici Hrvatske*, in: Puljiz, V. (Hg.), *Hrvatska kao socijalna država*, Centar za industrijsku demokraciju SSSH, Zagreb.
- Regierung der Republik Kroatien (2000), *Program Vlade Republike Hrvatske za razdoblje 2000.-2004. godine*, Zagreb.
- Rosanvallon, P. (1997), *La nouvelle question sociale*, Seuil, Paris.
- Roussel, L. (1989), *La famille incertaine*, Ed. Odil Jacob, Paris.
- Rus, V. (1990), *Socijalna država in država blaginje*, Institut za sociologijo. Domus, Ljubljana.
- Standing, G. (1998), *Socijalna zaštita u Srednjoj i Istočnoj Europi - priča o pokliznulim sidrima i potrganim mrežama*, in: Revija za socijalnu politiku, Nr. 1/1998, 51-74.
- Titmuss, R. (1958), *Essays on the Welfare State*, Allen and Unwin, London.
- Valković, M. (1998), *Rad danas: promjene i posljedice*, in: Balaban, St. (Hg.), *Socijalni nauk Crkve u hrvatskom društvu*, Centar za promicanje socijalnog nauka Crkve, Zagreb.
- Županov, J. (1970), *Egalitarizam i industrijalizam*, in: *Naše teme*, Nr. 12/1970.



**SOZIALETHIKERTAGUNG**  
Zagreb 2000

**WIRTSCHAFT UND POLITIK  
UNTER BESONDERER  
BERÜCKSICHTIGUNG DER  
TRANSFORMATIONSLÄNDER**

**Programm**  
Zagreb, 20. bis 23. Februar 2000

Veranstalter:  
**Zentrum zur Förderung der Soziallehre  
der Kirche – Zagreb**  
*und*  
**Hanns-Seidel-Stiftung**

Mit Unterstützung des Vereins zur Förderung der katholischen Sozialethik in Mittel- und Südosteuropa; dem Institut für den Donauraum und Mitteleuropa und dem Dr. Karl Kummer-Institut für Sozialreform und Sozial- und Wirtschaftspolitik (alle Wien)

Veranstaltungsort:  
*Tribina grada Zagreba* – Kaptol 27, Zagreb

---

**Sonntag, 20. Februar 2000**

- 18.00 Eintreffen für die Teilnehmer mit  
Quartier im Hotel Palace  
19.00 Abendessen

---

**Montag, 21. Februar 2000**

- 8.00 Frühstück  
9.00 *Eröffnung und Begrüßung*  
9.45 *Europäische Union und  
Transformationsländer: Herausforderung für  
Supsidarität und Solidarität*  
(Prof. Dr. **Alois Baumgartner**, München)  
10.30 *Kaffeepause*  
10.45 *Reformdemokratien und Europa:  
wirtschaftlich-politische Aspekte aufgrund des  
Wandels von Systemen und Mentalitäten*  
(Prof. DDr. **Johannes Michael  
Schnarrer**, Wien)  
11.30 *Diskussion*  
13.00 Mittagessen  
15.00 *Wirtschaft und Politik in Kroatien*  
(Prof. Dr. **Đuro Njavro**, Zagreb)  
15.45 *Die Privatisierung in den Augen der  
kroatischen Öffentlichkeit*  
(Prof. Dr. **Vlado Šakić**, Zagreb)  
16.30 Kaffeepause  
16.45 *Diskussion*  
18.00 Gelegenheit zur Konzelebration  
19.00 Abendessen

---

**Dienstag, 22. Februar 2000**

- 7.30 Gelegenheit zur Konzelebration  
8.30 Frühstück  
9.30 *Globalisierung und Ethik*  
(Prof. DDr. **Valentin Zsifkovits**, Graz)

- 10.15 *Bedeutung der Soziallehre der Kirche in den Transformationsländern*  
(Prof. DDr. **Marijan Valković**, Zagreb)
- 11.00 Kaffepause
- 11.15 *Diskussion*
- 12.30 Mittagessen
- 13.30 Möglichkeit der Stadtbesichtigung
- 15.30 *Soziale Sicherheit zwischen Wirtschaft und Politik in Kroatien*  
(Prof. Dr. **Vlado Puljiz**, Zagreb)
- 16.15 *Schlussdiskussion*
- 18.00 Abendessen und gemütliches Beisammensein

---

**Mittwoch, 23. Februar 2000**

Abreise

Angemeldete Teilnehmer aus dem Ausland  
werden im Hotel Palace untergebracht  
(Strossmayerov trg 10, Zagreb, Tel. 4814-611)



**Teilnehmerinnen und Teilnehmer  
an der Sozialethikertagung  
vom 20. bis 23. Februar  
in Zagreb/Kroatien**

**AUSLAND**

1. *Günter Baadte*, Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle, Mönchengladbach, Deutschland
2. *Prof. Dr. Alois Baumgartner*, Institut für Moraltheologie und Christliche Sozialethik, München, Deutschland
3. *Prof. Dkfm. Hugo Bogensberger*, Wien, Österreich
4. *Prof. Dr. Elmar Fastenrath*, Männerseelsorge, Fulda, Deutschland
5. *Prof. Dr. János Goják*, 'Justitia et pax', Pécs, Ungarn
6. *Dr. Tomislav Jozić*, Katholische Theologie des Erzbistums Sarajevo, Sarajevo, Bosnien und Herzegowina
7. *Bohdan Kalynyak*, Ukraine
8. *Josef Kaman*, Institut für die Förderung der Soziallehre der Kirche, Brno, Tschechien
9. *Ing. Dkfm. Georg Kopetzky*, Berater zur Förderung des Laienapostolates Mittel- und Osteuropa, Altlengbach, Österreich
10. *Tetyana Krushelnytska*, Technische Universität Lviv, Lviv, Ukraine
11. *Oleksandra Krypyakevych*, St. Wolodymyr Fonds, Lviv, Ukraine
12. *Dipl. Ing. Cyril Martinek*, Institut für die Förderung der Soziallehre der Kirche, Brno, Tschechien
13. *Ihor Matushevsky*, St. Wolodymyr Fonds, Lviv, Ukraine
14. *Ihor Melnyk*, 'Posstyp', Lviv, Ukraine
15. *Pfarrer Mag. Dr. Andreas Michalski*, Götzendorf/Leihe, Österreich

16. *Prof. Dr. Leopold Neubold*, Institut für Ethik und Sozialwissenschaft, Graz, Österreich
17. *Heinz-Josef Nüchel*, Unum omnes, Eitorf, Deutschland
18. *Anita Prokopovych*, Lviv, Ukraine
19. *Dr. Tadeusz Pyzdek*, Wien, Österreich
20. *Wolfgang Reichel*, Fulda, Deutschland
21. *Prälat Sigfried Schindele*, Unum omnes, Augsburg, Deutschland
22. *Andriy Shkolyk*, Universität Lviv, Lviv, Ukraine
23. *Prof. Dr. Janos Soltesz*, Nyíregyháza, Ungarn
24. *Prof. Dr. Ivan Štubec*, Theologische Fakultät, Ljubljana, Slowenien
25. *Bogdan Trojanowski*, Svichado Verlag, Lviv, Ukraine
26. *Prof. Dr. Ratko Valenčič*, Theologische Fakultät, Ljubljana, Slowenien
27. *Dr. Ing. Miroslav Vano*, Bratislava, Slowakei
28. *Prof. DDr. Rudolf Weiler*, Verein zur Förderung der katholischen Sozialethik, Wien, Österreich
29. *Prof. DDr. Valentin Zsifkovits*, Institut für Ethik und Sozialwissenschaft, Graz, Österreich

#### KROATIEN

1. *Baronin Angela Adamovich*, Hanns-Seidel-Stiftung, Zagreb, Kroatien
2. *Zvonimir Ancić*, Kroatisches Katholisches Radio, Zagreb, Kroatien
3. *Stjepan Androić*, Kirchenzeitung 'Glas koncila', Zagreb, Kroatien
4. *Danica Babić*, 'Koraci' GmbH, Zagreb, Kroatien
5. *Stjepan Balent*, Focolar-Bewegung, Križevci, Kroatien
6. *Prof. Dr. Josip Baloban*, Katholisch-Theologische Fakultät, Zagreb, Kroatien
7. *Prof. Dr. Stjepan Baloban*, Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche; Katholisch-Theologische Fakultät, Zagreb, Kroatien
8. *Josip Baotić*, 'Intercon' GmbH, Zagreb, Kroatien
9. *Mr. Vice Batarelo*, Kroatische Caritas, Zagreb, Kroatien
10. *Željka Bišćan*, Katholisch-Theologische Fakultät, Postgraduierten-Studium, Zagreb, Kroatien

11. *Prof. Dr. Marijan Biškup*, Katholisch-Theologische Fakultät, Zagreb, Kroatien
12. *Aleksandra Markić-Boban*, Hanns-Seidel-Stiftung, Zagreb, Kroatien
13. *Prof. Mladen Božić*, Gymnasium, Karlovac, Kroatien
14. *Prof. Ivan Butković*, Direktor, Technische Schule, Gospić, Kroatien
15. *Dr. Ilija Čabraja*, Theologie in Rijeka, Rijeka, Kroatien
16. *Gordan Črpić*, Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche
17. *Franica Depolo*, Verteidigungsministerium, Zagreb, Kroatien
18. *Prof. Dr. Ivan Devčić*, Theologie in Rijeka, Rijeka, Kroatien
19. *Mr. Vlatko Dugalić*, Theologie in Đakovo, Đakovo, Kroatien
20. *Prof. Dr. Ivan Dugandžić*, Katholisch-Theologische Fakultät, Zagreb, Kroatien
21. *Zdravko Dujmović*, Rechtsanwalt, Zagreb, Kroatien
22. *Marija Fabjan*, Focolar-Bewegung, Križevci, Kroatien
23. *Rudi Fabjan*, Focolar-Bewegung, Križevci, Kroatien
24. *Doz. Dr. Josip Grbac*, Sekretär, 'Justitia et pax' der Kroatischen Bischofskonferenz, Rijeka, Kroatien
25. *Miljenko Grubeša*, Religionslehrer, Zagreb, Kroatien
26. *Prof. Dr. Tomislav Ivančić*, Katholisch-Theologische Fakultät, Zagreb, Kroatien
27. *Vesna Ivančević-Ježek*, Übersetzerin, Philosophische Fakultät, Zagreb, Kroatien
28. *Perica Jurič*, Unum omnes, Zagreb, Kroatien
29. *Mag. Nikola N. Kekić*, griechisch-katholisches Priesterseminar, Zagreb, Kroatien
30. *Dr. Zvonimir Knezović*, Institut für Sozialwissenschaften 'Ivo Pilar', Zagreb, Kroatien
31. *Mons. Dr. Vlado Košić*, Erzbischof Zagreb, Zagreb, Kroatien
32. *Prof. Mile Lulić*, Direktor, Technische Schule, Karlovac, Kroatien
33. *Vjekoslav Martinko*, Kroatischer Katholischer Unternehmerverband, Zagreb, Kroatien
34. *Dr. Mirko Mataušić*, Kroatisches Katholisches Radio, Zagreb, Kroatien

35. *Dr. Tonči Matulić*, Katholisch-Theologische Fakultät, Zagreb, Kroatien
36. *Dr. Vine Mihaljević*, Institut für Sozialwissenschaften 'Ivo Pilar', Zagreb, Kroatien
37. *Ivan Miklenić*, Kirchenzeitung 'Glas koncila', Zagreb, Kroatien
38. *Adriano Milovan*, Tageszeitung 'Vjesnik', Zagreb, Kroatien
39. *Dr. Vladimir Mrčela*, Kroatischer Katholischer Unternehmerverband, Zagreb, Kroatien
40. *Prof. Nikola Mrzljak*, Direktor, Technische Schule, Duga Resa, Kroatien
41. *Prof. Dr. Đuro Njavro*, Wirtschaftswissenschaftliches Institut, Zagreb, Kroatien
42. *Marinko Papuga*, Zagreber Börse, Zagreb, Kroatien
43. *Šime Pavlović*, Kolping, Zagreb, Kroatien
44. *Marija Perčić*, Rechtsanwältin, Zagreb, Kroatien
45. *Vinko Perinić*, Kroatische Bauernpartei, Zagreb, Kroatien
46. *Jasna Plevnik*, Kroatische Industrie- und Handelskammer, Karlovac, Kroatien
47. *Dr. Adolf Polegubić*, Kirchenzeitung 'Glas koncila', Zagreb, Kroatien
48. *Prof. Milan Poljak*, Direktor, Handwerks- und Technischule, Ogulin, Kroatien
49. *Prof. Dr. Vlado Puljiz*, Juristische Fakultät - Studienzentrum für Sozialarbeit, Zagreb, Kroatien
50. *Dr. Đuro Puškarić*, Pfarrer, Rijeka, Kroatien
51. *Gorana Rabatić*, Ministerium für Europäische Integration, Zagreb, Kroatien
52. *Dr. Marko Radačić*, Institut 'Ruđer Bošković', Zagreb, Kroatien
53. *Anika Rešetar*, Übersetzerin, Zagreb, Kroatien
54. *Blaženka Sataić*, Kroatischer Rundfunk, Zagreb, Kroatien
55. *Nikolina Sertić*, Katholisch-Theologische Fakultät, Postgraduierten-Studium, Zagreb, Kroatien
56. *Krešimir Sever*, Unabhängige Kroatische Gewerkschaften, Zagreb, Kroatien
57. *Ljubomir Sturko*, Katholisch-Theologische Fakultät, Postgraduierten-Studium, Zagreb, Kroatien



58. *Prof. Dr. Vlado Šakić*, Institut für Sozialwissenschaften 'Ivo Pilar', Zagreb, Kroatien
59. *Mr. Ana Štambuk*, Juristische Fakultät – Studienzentrum für Sozialarbeit, Zagreb, Kroatien
60. *Hrvoje Štefančić*, Institut 'Ruđer Bošković', Zagreb, Kroatien
61. *Dr. Stipe Tadić*, Institut für Sozialwissenschaften 'Ivo Pilar', Zagreb, Kroatien
62. *Mr. Petar Tomašić*, Theologie in Rijeka, Rijeka, Kroatien
63. *Prof. DDr. Marijan Valković*, Katholisch-Theologische Fakultät, Zagreb, Kroatien
64. *Ivan Višnjić*, Unternehmer, Zagreb, Kroatien
65. *Blanka Will*, Außenministerium, Zagreb, Kroatien
66. *Doz. Dr. Siniša Zrinščak*, Juristische Fakultät – Studienzentrum für Sozialarbeit, Zagreb, Kroatien
67. *Mislav Žebec*, Institut für Sozialwissenschaften 'Ivo Pilar', Zagreb, Kroatien





AUTOREN



**Đuro Njavro – Valerija Botrić**

*Đuro Njavro*, Zagreb, Kroatien, Dozent an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Zagreb; Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Zagreb; Mitglied des Abgeordnetenhaus des Kroatischen Parlaments (*Sabor*), Autor des Bauspar- und Bausparförderungsgesetzes; Verfasser mehrerer Bücher und Artikel.

*Valerija Botrić*, Zagreb, Kroatien, Jungassistentin, Institut für Wirtschaftswissenschaften, Zagreb.

**Vlado Puljiz**, Zagreb, Kroatien, Universitätsprofessor an der Juristischen Fakultät der Universität Zagreb – Studienzentrum für Sozialarbeit. Verfasser und Herausgeber mehrerer sozialpolitischer Bücher. Haupt- und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift ‘*Revija za socijalnu politiku*’ (‘Revue für Sozialpolitik’) und Autor zahlreicher Fachbeiträge.

**Marijan Valković**, Zagreb, Kroatien, emeritierter Universitätsprofessor für Moralthologie und katholische Soziallehre an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Zagreb. Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Abhandlungen und Fachbeiträge in Zeitschriften im In- und Ausland, Mitglied mehrerer theologischer

Vereinigungen in Europa sowie Autor des Werks ‘Civilno društvo - izazov za državu i Crkvu’ (‘Zivilgesellschaft - Herausforderung für Staat und Kirche’).

**Johannes Michael Schnarrer**, Wien, Österreich, Dr. theol. und Dr. phil., Verein zur Förderung der katholischen Sozialethik in Mittel- und Südosteuropa und Mitglied der Direktion der Johannes-Messner-Gesellschaft, beide in Wien. Gastprofessor in Karlsburg (Siebenbürgen, Rumänien) sowie Vorlesungen in mehreren Reformländern; Verfasser mehrerer Bücher und zahlreicher wissenschaftlicher Abhandlungen.

**Vlado Šakić**, Zagreb, Kroatien, außerordentlicher Professor der Psychologie und Lehrstuhlinhaber an den Kroatischen Studien in Zagreb. Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften ‘Ivo Pilar’ und Leiter des wissenschaftlichen Projekts ‘Integration von Inlands- und Auslandskroaten’. Verfasser mehrerer Bücher und zahlreicher Fachstudien und -artikel.

**Valentin Zsifkovits**, Graz, Österreich, Universitätsprofessor und Direktor des Instituts für Ethik und Sozialwissenschaften der Karl-Franzens-Universität Graz. Namhafter und anerkannter Sozialethiker, mit den Schwerpunkten Sozialethik und Friedensforschung. Unter seinen zahlreichen Werken zu aktuellen Themen sei vor allem das Buch ‘Politik ohne Moral?’ erwähnt, das auch auf Kroatisch vorliegt.

#### **Anmerkungen**

Alle Angaben beziehen sich auf den Zeitpunkt der Sozialethikertagung Zagreb 2000, d.h. Februar 2000.

Die wirtschaftlich-sozialen Herausforderungen, vor denen die kroatische Gesellschaft heute steht, ähneln in vielerlei Hinsicht denen in den anderen Reformländern. Von daher ist es positiv, dass dieses Buch als Frucht der Arbeit von Fachleuten aus unterschiedlichen Ländern und mit unterschiedlichen Erfahrungen – vor allem im Hinblick auf das Finden von Antworten auf diese Herausforderungen – entstanden ist. ... Das Lesen dieses Buches kann als eine Form von vorbeugender Tätigkeit gelten, nicht nur für Sozialethiker und Theologen, sondern auch für jeden wohlmeinenden Politiker und Wirtschaftler.

Einige der im Buch vorgelegten Lösungen können Richtlinien sein bei der Schaffung einer Ethik der Privatisierung, einer Ethik der Globalisierung, einer Ethik der Arbeitsplatzbeschaffung usw.

*(Josip Grbac)*

Im Ganzen gesehen leisten die Texte einen sehr nützlichen Beitrag zum Verständnis der Eigenheiten des kroatischen Transformationsprozesses überhaupt sowie zum Verständnis der für die kroatischen Um- bzw. Missstände spezifischen Besonderheiten. ... Innerhalb des gegebenen thematischen Rahmens macht jeder der Autoren

in überzeugender Weise deutlich, wie notwendig es ist, einen analytischen Ansatz und eine Sensibilität zu fördern und zu entwickeln, die in einem einzigen Modell eine Verbindung herstellen zwischen dem Interesse für 'krasse' Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur und dem Interesse für die Qualität der sozialen Konfigurationen, die einerseits solche Veränderungen ermöglichen und andererseits als Folgen dieser Veränderungen auftauchen.

*(Ivan Rogić)*